

Jahrgang / Année 1993

Bulletin

**zur schweizerischen
Sicherheitspolitik
sur la politique
de sécurité
suisse**

Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und
Konfliktanalyse ETH Zürich
Centre de recherche sur la politique de sécurité et la
polémologie, EPF de Zurich

Vorwort

Im Teil "Aktuelle Diskussion" des vorliegenden dritten "Bulletins zur schweizerischen Sicherheitspolitik" werden nicht Entwicklungen in einzelnen Bereichen der schweizerischen Sicherheitspolitik nachgezeichnet, wie das in den ersten beiden Ausgaben dieser Publikation der Fall war. Vielmehr wird das bedeutendste innenpolitische Ereignis der jüngsten Vergangenheit ausgewählt und auf seine Relevanz für die Sicherheitspolitik der Schweiz untersucht: das Nein zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) vom 6. Dezember 1992.

Sowohl im Vorfeld jener bedeutungsvollen Volksabstimmung als auch bei der Analyse des Neins vom 6.12.92 standen fast ausschliesslich (aussen)wirtschaftspolitische Aspekte im Vordergrund - von der sicherheitspolitischen Dimension wurde nur ganz am Rande gesprochen. Die drei Aufsätze im ersten Teil des "Bulletins 1993" sollen dazu beitragen, diese erstaunliche Lücke zu schliessen.

Thomas Köppel untersucht, inwiefern das Nein vom 6. Dezember 1992 mit den sicherheitspolitischen Zielen und der sicherheitspolitischen Strategie im Bericht 90 des Bundesrates über die Sicherheitspolitik der Schweiz vereinbar ist. Der Autor gelangt zum Schluss, dass das sicherheitspolitische Ziel "Beitrag an die internationale Stabilität, vornehmlich in Europa" nach dem Nein zum EWR schwieriger erreichbar geworden sei und dass die Strategiekomponente "Friedensförderung durch Kooperation und Hilfeleistung" in bezug auf die wirtschaftliche Integration einen empfindlichen Rückschlag erlitten habe.

Dr. Jacques Hürlimann zeigt effektive und potentielle negative Auswirkungen des Neins vom 6. Dezember 1992 auf den inneren Zusammenhalt, die Wirtschaft, die Wirtschaftliche Landesversorgung, die Integrationspolitik, die innere Sicherheit, die Information und die strategische Führung unseres Landes auf. Einige hauptsächliche Befunde des Verfassers lauten: Effektiv büsste die Schweiz weit über den (aussen)wirtschaftspolitischen Bereich hinaus an Handlungsfreiheit ein, und sie bekommt bereits erste kleinere wirtschaftliche Nachteile zu spüren; potentiell hat sie mit

grösseren ökonomischen Einbussen und mit der Gefährdung ihrer inneren Sicherheit zu rechnen.

Dr. Mauro Mantovani geht der Frage nach, ob die Nichtteilnahme der Schweiz am EWR - entgegen allen Beteuerungen im Vorfeld der Abstimmung - nicht auch sicherheitspolitische Folgen im engeren Sinne für unser Land habe. Der Autor erkennt erste negative Auswirkungen zum einen in der geschwächten Stellung der Schweiz im europäischen sicherheitspolitischen Dialog, zum andern in der seither weniger integrationsfreundlichen offiziellen Rhetorik, die sich entsprechend auf die zukünftige Bereitschaft der Öffentlichkeit zur sicherheitspolitischen Öffnung auswirken könnte.

Im "dokumentarischen Teil" enthält die diesjährige Ausgabe des "Bulletins" erstmals eine Chronologie zur schweizerischen Sicherheitspolitik. Das von Daniel Bircher unter Mitarbeit von Martin Arnet zusammengestellte Verzeichnis soll eine rasche Übersicht über die direkt oder indirekt sicherheitspolitisch relevanten Ereignisse in den letzten rund anderthalb Jahren ermöglichen.

Am Schluss der Publikation wird wiederum eine Liste von Forschungsprojekten zur Sicherheitspolitik veröffentlicht, die zurzeit an Schweizer Hochschulen laufen oder kürzlich abgeschlossen worden sind. Allen Forschern, die mit ihren sorgfältigen und fristgerechten Angaben zu diesem Verzeichnis beigetragen haben, sei an dieser Stelle herzlich gedankt. Die Umfrage 1994 wird möglicherweise erstmals in Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Informations- und Daten-Archivdienst für die Sozialwissenschaften (Sidos) durchgeführt.

Das "Bulletin 1993" kann erst jetzt erscheinen, weil die Veröffentlichung des bundesrätlichen "Berichts über die Aussenpolitik der Schweiz in den 1990er Jahren" abgewartet wurde. Dieser ist ein wichtiges Dokument zu den Themen der drei Aufsätze im ersten Teil der Publikation.

Zürich, 6. Dezember 1993

Prof. Dr. Kurt R. Spillmann

Inhaltsverzeichnis

Vorwort von Kurt R. Spillmann

Aktuelle Diskussion

Gefährdung von Zielen und Strategie der Sicherheitspolitik durch die EWR-Abstimmung <i>von Thomas Köppel</i>	1
Negative Auswirkungen des Neins zum EWR im weiteren Bereich der Sicherheitspolitik <i>von Jacques Hürlimann</i>	18
Folgen des EWR-Neins auch im engeren sicherheitspolitischen Bereich? <i>von Mauro Mantovani</i>	74
Kurzangaben über die Autoren	91

Chronologie

Chronologie zur schweizerischen Sicherheitspolitik von Mai 1992 bis Dezember 1993	93
---	----

Forschungsprojekte

Forschungsprojekte	123
--------------------------	-----

Aktuelle Diskussion

Gefährdung von Zielen und Strategie der Sicherheitspolitik durch die EWR-Abstimmung

von *Thomas Köppel*

Die Abstimmung vom 6. Dezember 1992 über den Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum wurde von den in- und ausländischen Kommentatoren vor allem in zwei Richtungen analysiert. Die einen stilisierten den Abstimmungssonntag beinahe zum zweiten Marignano der Schweizergeschichte, wobei der Verzicht auf eine engagiertere schweizerische Europapolitik im Vergleich zu 1515 diesmal ohne militärische Niederlage zustande kam.¹ Die anderen hingegen sahen das Abstimmungsergebnis als notwendige (Rück-)Besinnung auf die Rolle eines souveränen Kleinstaates.² Eine mindestens auf den ersten Blick wirtschaftspolitische Abstimmung wurde so zur Gretchenfrage über die Stellung der Schweiz in Europa stilisiert, zu einem "Europlebiszit".

Damit stellt sich auch die Frage nach den sicherheitspolitischen Implikationen des 6. Dezembers 1992. Die sicherheitspolitische Bedeutung des Vertragswerkes wurde kurz vor der Abstimmung auch vom Bundesrat selbst implizit anerkannt, nachdem andere als wirtschaftspolitische Folgen im Vorfeld der Abstimmung immer

¹ Zu den Anklängen an die alte Schweizerschlachten-Ideologie passt, dass am 6. Dezember 1993 bereits ein Jubiläumfest "Ein Jahr nach dem EWR-Entscheid: Ja zur Schweiz mit Nationalrat Christoph Blocher" gefeiert wurde (siehe Schweizerzeit, 29. Oktober 1993). Den Bogen von Marignano bis hin zum EWR spannt z.B. Hirter, Hans. Die schweizerische Abstimmung über den EWR. Tübingen 1993. S. 1.

² So heisst es in einer Auswertung der Abstimmung: "Ici, c'est clairement la vision traditionnelle d'une Suisse neutre, bénéficiant d'une large autonomie de décision et protégée des 'juges étrangers', que les opposants ont souhaité défendre." (GfS Institut de Recherche, Université de Genève, Analyse des votations fédérales du 6 décembre 1992 (Kriesi, Hanspeter; Longchamp, Claude; Passy, Florence; Sciarini, Pascal), Genève 1993, S. 55). Für eine stärker regional-soziale Deutung des Abstimmungsergebnisses siehe: Meier-Dallach, Hans-Peter; Nef, Rolf. Scherbenhaufen, Katharsis oder Chance? Motive und Hintergründe des Ja und Nein zum EWR im Vergleich zwischen den Sprachregionen, Randregionen und Zentren sowie sozialen Schichten. Zürich 1992.

bestritten worden waren. Bundesrat, Parlament und Kantonsregierungen befürworteten den Beitritt nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen, heisst es im Aufruf, sondern "... auch in der Überzeugung, dass die Schweiz an einem Raum des Friedens teilhaben kann und muss ...".³ Dank dem EWR könne sich die Schweiz, zusammen mit den anderen Ländern Westeuropas, noch stärker für eine ausgeglichene und friedliche Entwicklung Europas einsetzen.

Nach der Ablehnung des EWR-Beitritts ist die Schweiz für ihre weitere Integration in den "Friedensraum Europa" vorläufig auf den langwierigen und unsicheren Weg der bilateralen Abkommen angewiesen. Sind damit die sicherheitspolitischen Ziele und die sicherheitspolitische Strategie, soweit sie sich auf den Raum (West-)Europa beziehen, noch mit der sich abzeichnenden Integrationspolitik nach dem 6. Dezember 1992 vereinbar?

Der vorliegende Artikel will den Auswirkungen der EWR-Abstimmung auf die sicherheitspolitische Ziele und die sicherheitspolitische Strategie wie folgt auf den Grund gehen: Einer Analyse der Ziele und der Strategie des Berichts 90 über die Sicherheitspolitik der Schweiz im Hinblick auf die europäische Integration schliessen sich einige Überlegungen zur hier aufgestellten These an, dass die EWR-Abstimmung tatsächlich als Europlebiszit verstanden wurde. Anhand von aktuellen Aussagen von Bundesrat und Aussenministerium inklusive des Berichts über die Aussenpolitik der Schweiz⁴ soll drittens aufgezeigt werden, wie der Konflikt zwischen den Zielen der Sicherheitspolitik und den Realitäten nach dem 6. Dezember 1992 interpretiert wird, respektive ob sich bereits eine neue Strategie abzeichnet.

³ Aufruf des Bundesrates an das Schweizervolk für den Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum (vom 2. Dezember 1992). In: EDA-Agenda, Dezember 1992. S. 3-4. Hier S. 4.

⁴ Bundesrat, Schweizerischer. Bericht über die Aussenpolitik der Schweiz in den 1990er Jahren vom 29. November 1993 (Vorabdruck). Zitiert als Aussenpolitischer Bericht.

Die sicherheitspolitischen Ziele bezüglich Europa

Der aktuelle sicherheitspolitische Bericht des Bundesrates⁵ nennt fünf sicherheitspolitische Ziele: "Friede in Freiheit und Unabhängigkeit, Wahrung der Handlungsfreiheit, Schutz der Bevölkerung und ihrer Lebensgrundlagen, Behauptung des Staatsgebietes, Beitrag zur internationalen Stabilität, vornehmlich in Europa."⁶

Wenn das Nein zum EWR zumindest in der tonangebenden Deutschschweiz als "Nein zur europäischen Integration" interpretiert werden muss - und einiges spricht dafür⁷ -, dann sind ausser dem nicht tangierten Ziel der Behauptung des Staatsgebietes alle sicherheitspolitischen Ziele vom negativen Ausgang der Volksabstimmung betroffen. Bei drei der anderen Ziele - Friede in Freiheit und Unabhängigkeit, Wahrung der Handlungsfreiheit, Schutz der Bevölkerung und ihrer Lebensgrundlagen - ist allerdings umstritten, welchen Einfluss eine verstärkte Integration hätte. Beschneidet vermehrte Integration die Handlungsfreiheit dadurch, dass immer weitere Bereiche unseres Rechtssystems von einer zentralistischen Instanz in Brüssel beeinflusst werden, wie vor allem die Gegner im Vorfeld der Abstimmung behaupteten? Oder bewahrt die Integration unsere Handlungsfreiheit überhaupt erst, weil Entscheidungen von europäischem Interesse heute immer mehr im Rahmen der europäischen überstaatlichen Institutionen, konkret der EU⁸ und - teilweise - des EWR gefällt werden?⁹ Der Bundesrat neigt zur zweiten These: Er hatte sich bereits im Bericht 90 dafür

⁵ Bundesrat, Schweizerischer. Schweizerische Sicherheitspolitik im Wandel: Bericht 90 des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz vom 1. Oktober 1990. In: BBl 1990 III 847-904. Zitiert als Bericht 90.

⁶ Bericht 90, S. 873f.

⁷ Siehe unten, S. 7f.

⁸ Da die Europäische Gemeinschaft erst seit Anfang November 1993 Europäische Union heisst, wird jeweils jener Name verwendet, der der zitierten Quelle entspricht.

⁹ Erste Anzeichen für eine direkte Benachteiligung der Schweiz und die Einschränkung ihrer Handlungsfreiheit durch ihr Fernbleiben vom EWR zeigen sich bereits. Zu den konkreten Indikatoren siehe den Aufsatz von Jacques Hürlimann in diesem Bulletin.

ausgesprochen, dass Integration den Unabhängigkeitswillen eines Landes nicht ausschliesse.¹⁰ Auch wurde im Zusammenhang mit dem möglichen EU-Beitritt immer wieder betont, dass die Handlungsfreiheit der Schweiz nur gewahrt werden könne, wenn man an den Entscheidungen der EU auch tatsächlich beteiligt sei.¹¹ Noch klarer drückt sich der Bundesrat im aussenpolitischen Bericht aus. Unabhängigkeit, verstanden als ein möglichst hoher Grad von Selbstbestimmung in der Zukunft, erfordere heute enge internationale Zusammenarbeit und umfassende Mitwirkung in internationalen und supranationalen Organisationen: "Sie wird nicht mehr in der Abgrenzung gegen ein internationales Umfeld, sondern in der optimalen Mitwirkung bei der Gestaltung dieses Umfeldes erreicht. Aussenpolitik muss daher heute auf Mitverantwortung und Mitbestimmung ausgerichtet werden."¹² Damit zeichnet sich bei diesen zwei sicherheitspolitischen Zielen bereits eine grosse Diskrepanz zwischen dem Anspruch des Berichts 90 und der integrationsfeindlichen politischen Realität von 1993 auf.

Ebenfalls umstritten ist der Einfluss der europäischen Integration auf den "Schutz der Bevölkerung und ihrer Lebensgrundlagen". Während die Integration in ein europäisches Sicherheits- oder Militärbündnis¹³ durch den EWR-Entscheid nicht präjudiziert

¹⁰ "Unabhängigkeitswille und Bereitschaft zu internationaler Kooperation sind keine Gegensätze. ... Eine ganze Reihe von Sicherheitsproblemen, vor allem im vorbeugenden Bereich, lassen sich nur noch im Zusammenwirken mit anderen Staaten lösen." (Bericht 90, S. 874).

¹¹ So meinte der Bundesrat im Bericht über einen Beitritt der Schweiz zur Europäischen Gemeinschaft vom 18. Mai 1988: "Wollen wir hingegen unsere Integrationspolitik nicht rein auf die Verfolgung von weitgehend wirtschaftlichen Interessen beschränken, sondern uns auch zum Ziel setzen, dass die Schweiz vollumfänglich an den Entscheidungen im europäischen Rahmen teilhaben kann, bleibt keine andere Wahl als der EG-Beitritt. Die Schweiz sollte als gleichberechtigter Partner mit ihren Nachbarn an der Gestaltung der Politik in Europa teilnehmen und damit in der Lage sein, ihre Interessen wirksam wahrzunehmen." (Bericht über einen Beitritt der Schweiz zur Europäischen Gemeinschaft vom 18. Mai 1992. In: BBl 1992 III 1185-1381. Hier S. 1205f).

¹² Aussenpolitischer Bericht, S. 4.

¹³ Zu den Perspektiven einer sicherheitspolitischen Integration der Schweiz siehe z.B. Fajnor, Michael. Die europäische Integration und ihre sicher-

wird,¹⁴ ist der Schutz der Lebensgrundlagen im Rahmen des Umweltschutzes direkt betroffen. Die Beteiligung an und Koordination von europaweiten Umweltschutzmassnahmen wird für die Schweiz als Nichtmitglied des EWR tendenziell schwieriger werden. Ein Bericht des Bundesamtes für Umwelt, Wald und Landschaft (Buwal) über die ökologischen Folgen von möglichen Integrations-szenarien zeigt auf, dass der Handlungsspielraum für eine nationale Umweltpolitik immer kleiner wird. Für das Szenario Alleingang prophezeit der Bericht vor allem einen "autonomen Nachvollzug" von EU-Recht.¹⁵

Das fünfte sicherheitspolitische Ziel schliesslich, der "Beitrag zur internationalen Stabilität, vornehmlich in Europa", wird durch den negativen EWR-Entscheid eindeutig schwieriger erreichbar. Was versteht der Bundesrat unter einem Beitrag zur internationalen Stabilität? In der Begründung dieses Zieles im Bericht 90 heisst es: "Indem wir zur allgemeinen Friedenssicherung, zur Krisenbewältigung und zur Beseitigung von Konfliktursachen namentlich in Europa beitragen, leisten wir auch einen wesentlichen Beitrag an unsere eigene staatliche Sicherheit."¹⁶

heitspolitischen Folgen für die Schweiz. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Nr. 17. Zürich 1991; Mantovani, Mauro. Stand und Perspektiven der Sicherheitspolitik in Europa. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Nr. 26. Zürich 1992.

¹⁴ Allerdings lässt die "Rütli- und Winkelried-Rhetorik" gegnerischer Inse-
rate im EWR-Abstimmungskampf bereits eine scharfe Opposition gegen
einen zukünftigen Entscheid in Richtung sicherheitspolitische Integration
vermuten.

¹⁵ "Ein deutlicher Anpassungsdruck an das EG-Recht ist in jedem Fall - d.h.
auch bei einer allfälligen Bevorzugung des Szenarios Alleingang - vorhan-
den. Demnach wird der Handlungsspielraum für die Gestaltung einer
nationalen Umweltpolitik inskünftig in jedem Fall kleiner werden. Nur
eine EG-Mitgliedschaft schliesst auch die Möglichkeit ein, sich an der EG-
Umweltpolitik vollberechtigt zu beteiligen und auf entsprechende Ent-
scheide Einfluss zu nehmen." (Arbeitsgemeinschaft Ecosens: IPSO;
Brugger, Hanser und Partner. Europäische Integration und ökologische
Folgen für die Schweiz. Im Auftrag des BUWAL. Schriftenreihe Umwelt,
Nr. 177. Bern 1992. S. v).

¹⁶ Bericht 90, S. 873.

Strategie der europäischen Solidarität

Wie sich der Bundesrat den schweizerischen Beitrag zur allgemeinen Friedenssicherung vorstellt, zeigt der Abschnitt "Sicherheitspolitische Strategie" des Berichts 90. Den ersten Schwerpunkt setzt der Bundesrat darin bei der Stärkung und Festigung des Friedensprozesses in Europa. Dies soll durch solidarische Mitwirkung beim Abbau von Spannungen und Ungleichgewichten geschehen.¹⁷ Ein Paradebeispiel dieser solidarischen Mitwirkung am Aufbau eines geeinten Europas wäre der schweizerische Anteil an den in Artikel 116 des EWR-Vertrags vorgesehenen Kohäsionsfonds gewesen.¹⁸ Mit diesem Fonds, dessen Speisung die Schweiz in den Jahren 1993-1997 je etwa 60-70 Millionen Franken gekostet hätte, sollte ein Beitrag an die in Artikel 115 postulierte Verringerung der regionalen und sozialen Ungleichheiten zwischen den Regionen des EWR geleistet werden.¹⁹ Der Bundesrat hatte diese Art von solidarischer Mitwirkung schon in seinem EG-Bericht von 1992 betont, indem er als eines der Hauptziele der Schweiz als zukünftiges EG-Mitglied "Wirtschaftliche Entwicklung, sozialen Fortschritt und Umweltschutz" nannte: "Wir wären auch gehalten, zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der am wenigsten begünstigten Regionen der EG beizutragen. Diese Aufgabe haben wir schon lange erkannt und uns daher bemüht, sie in die Tat umzusetzen Im

¹⁷ "Erster Schwerpunkt ist die Stärkung und Festigung des Friedensprozesses in Europa. Es geht darum, die heute dafür bestehenden Chancen wahrzunehmen. Es geht um solidarische Mitwirkung, Engagement, Kooperations- und Hilfsbereitschaft, das heisst um die Fortsetzung und den Ausbau unserer traditionellen Bemühungen zur Friedensförderung. ... Unser Hauptziel ist es, die Ursachen und nicht bloss die Symptome von Konflikten zu bekämpfen. Der Bundesrat ist der Auffassung, dass solche Konfliktursachen durch vertiefte Kooperation im Wirtschaftsbereich, Zusammenarbeit auf politischem Gebiet, Verstärkung der rechtlichen Beziehungen und durch möglichst enge sicherheitspolitische Kooperation im Bereich der Friedensförderung beseitigt werden können." (Bericht 90, S. 874).

¹⁸ Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum In: BBl 1992 IV 668-724. Hier S. 713.

¹⁹ Bundesrat, Schweizerischer. Botschaft zur Genehmigung des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum. In: BBl 1992 IV 1-667. Hier S. 423-425.

Rahmen des EWR gingen wir noch einen Schritt weiter, um gemeinsam mit unseren Efta-Partnern einen Mechanismus finanzieller Beihilfen für die am wenigsten begünstigten Regionen des EWR zu schaffen So würden wir am Aufbau eines wohlhabenderen, solidarischeren Europa mitwirken und dadurch zur Stabilität im Gemeinschaftsraum beitragen - einer Stabilität, die für unsere eigene Entwicklung notwendig ist."²⁰

Nach der Ablehnung des EWR-Beitritts und damit auch des schweizerischen Anteils am Kohäsionsfonds forderte der Präsident der aussenpolitischen Kommission des Nationalrates, der Berner SVP-Nationalrat Albert Rychen, wenigstens diesen Solidaritätsbeitrag an den EWR nicht mit dem Rest des Vertragswerks untergehen zu lassen. Es sei zu prüfen, ob nicht der Beitrag an den Fonds trotzdem geleistet werden könne, in der Hoffnung, dem Ausland zu zeigen, dass "der Rückzug aus dem EWR-Projekt ... nicht als Schweizer Absage an die europäische Solidarität gewertet" werde.²¹ Dieser Vorschlag löste allerdings keinerlei Echo aus, wie auch der Kohäsionsfonds selber praktisch kein Abstimmungskampftema gewesen war.²² Die sicherheitspolitische Strategiekomponente der solidarischen Mitwirkung in Europa wurde damit durch die Ablehnung des EWR-Beitritts ganz konkret tangiert.

EWR-Abstimmung als Europebiszit

Hatte die EWR-Abstimmung einen europebiszitären Charakter? War sie ein allgemeines "Nein zu Europa"? Kann damit die Ablehnung des EWR mindestens indirekt auch als Ablehnung der europelevanten Ziele des Berichts 90 interpretiert werden?

²⁰ Bundesrat, Schweizerischer. Bericht über einen Beitritt der Schweiz zur Europäischen Gemeinschaft vom 18. Mai 1992. In: BBl 1992 III 1185-1381. Hier S. 1220.

²¹ Rychen, Albert. Die Umsetzung des EWR-Neins: Ein Diskussionsbeitrag zur Aussenwirtschaftspolitik der Schweiz. SVP-Pressedienst, 11. Januar 1993. Siehe auch NZZ, 13. Januar 1993.

²² Etwa ein Drittel des schweizerischen Anteils am Fonds wurde schliesslich in einem Kompromiss von den anderen EFTA-Staaten übernommen. (Tages-Anzeiger, 26. Februar 1993).

Die Analyse des Abstimmungsergebnisses zeigt vor allem eines auf: Die Taktik der Gegner der Vorlage, die EWR-Frage zu emotionalisieren, sie der Frage "ja oder nein zur EG" und damit auch "ja oder nein zur schweizerischen Identität" gleichzusetzen, hat sich auszahlt.²³ Laut der Analyse des GfS-Forschungsinstitutes und der Universität Genf können die wichtigsten Argumente der Nein-Stimmenden unter dem Stichwort "Verlust der schweizerischen Identität" subsumiert werden. Diese Argumente sind: Angst vor Verlust der Unabhängigkeit (von 14% der Nein-Stimmenden als Ablehnungsgrund genannt), allgemeine Unsicherheit und Anti-EG-Stimmung (14%), Fremdenangst (13%) und fehlende Mitbestimmung (11%).²⁴ Die Abstimmung wurde somit von den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern als eine Abstimmung über die Grundfesten der schweizerischen Gesellschaft interpretiert:

A ce titre, la lecture des motivations ... fait apparaître que ce sont bien deux visions antagonistes de la Suisse et de son avenir qui se sont opposées le 6 décembre, plutôt que deux évaluations froides et rationnelles

²³ Die Gleichsetzung von EWR- und EG-Beitritt - die ja auch der Bundesrat anfänglich mit seiner Losung, der EWR sei als Vorstufe zur EG zu verstehen, propagiert hatte - wurde vor allem mit Motiven aus der schweizerischen Mythologie emotionalisiert. EWR- und EG-Bürokratie wurden mit den "fremden Vögten" des Bundesbriefes von 1291 verglichen und mit einer an die geistige Landesverteidigung des Zweiten Weltkrieges erinnernden Bildersprache illustriert. (Quelle der Illustration: Der EWR-Vertrag: Eines freien Volkes unwürdig. Schweizerzeit-Schriftenreihe Nr. 12. Flaach 1992. S. 11.)



²⁴ GfS Institut de Recherche, Université de Genève. Analyse des votations fédérales du 6 décembre 1992 (Kriesi, Hanspeter; Longchamp, Claude; Passy, Florence; Sciarini, Pascal). Genève 1993. S. 57. Die Befragten konnten jeweils zwei Gründe angeben.

des coûts et bénéfiques de l'EEE. D'un côté, les partisans ont souhaité défendre une Suisse ouverte, audacieuse et tournée vers l'avenir. De l'autre, c'est la vision d'une Suisse traditionnelle, repliée sur elle-même, cultivant ses mythes fondateurs et vénérant le courage à rester seul, qui a été plébiscitée par les opposants. En d'autres termes, le vote sur l'EEE a été l'occasion d'un affrontement entre deux définitions opposées de l'identité helvétique. Même l'évaluation des effets économiques d'une participation à l'EEE a certainement été opérée au travers de ce "prisme identitaire".²⁵

Dieser Gegensatz zwischen einer traditionellen, auf sich selbst gestellten und einer nach aussen offenen, zukunftsgerichteten Schweiz wurde damit vor allem von den Abstimmungsgegnern zur Kernfrage der ganzen Vorlage stilisiert.²⁶

Ein weiteres Indiz für die grosse Emotionalisierung der Abstimmung war der äusserst hohe Anteil an üblicherweise Stimmabstinenten. So beteiligten sich an der EWR-Abstimmung 62% der Stimmabstinenten und sogar 90% der unregelmässig Stimmenden.²⁷ Diese Gruppe schloss sich in beiden Landesteilen der Mehr-

²⁵ Ebenda.

²⁶ Stellvertretend für andere Äusserungen folgt ein Zitat von SVP-Nationalrat Walter Frey in der "Schweizerzeit": "Wenn sich die Schweiz in diesen Grossraum einordnet, ohne sich ihre Besonderheiten auch für die Zukunft zu sichern, dann sind die Folgen klar: Abschied von der Neutralität, Abschied von jeglicher eigenständigen Aussenpolitik, Abschied von der direkten Demokratie, Abschied von der internationalen Disponibilität! Kurz: Die Souveränität der Schweiz würde der Vergangenheit angehören. Der Föderalismus, der die Schweiz bisher geprägt hat, würde entscheidend eingeschränkt." (Frey, Walter. Wirtschaftsstandort Schweiz. In: Der EWR-Vertrag: eines freien Volkes unwürdig. Schweizerzeit-Schriftenreihe Nr. 12. Flaach 1992. S. 25-43. Hier S. 36f). Die in der GfS-Analyse ebenfalls untersuchten Ablehnungswerte gegenüber der EG bestätigten im übrigen den Erfolg der Strategie der EWR-Gegner, EWR und EG zu verknüpfen: Nur 29% der Stimmenden waren klar oder eher für einen EG-Beitritt, 17% eher dagegen und 42% sicher dagegen. Noch nicht entschieden hatten sich nur 12%. (GfS-Analyse, S. 63). Zur Kampagne siehe auch Hirter, S. 9-11.

²⁷ GfS-Analyse, S. 77.

heit an,²⁸ was sich natürlich zugunsten der Nein-Stimmen auswirkte. Interessant ist ebenfalls das Verhältnis von Informations- und Kompetenzgrad. Während sich im März 1991 erst 33% der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger und auch im November 1992 erst 54% als informiert bezeichneten, war der Kompetenzgrad²⁹ der Befragten extrem hoch, nämlich 82% statt der üblichen 46%.³⁰ Der Grund für diesen hohen Wert hängt wieder mit der emotionalisierten Abstimmungskampagne zusammen: Die gerade von den Gegnern geförderte Reduktion der Fragestellung auf "Einschränkungen der Unabhängigkeit und Identitätsverlust ja oder nein" vereinfachte die Stellungnahme zu der sehr komplexen Vorlage. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger stimmten damit in ihrer Mehrheit tatsächlich "für oder gegen Europa" und nicht nur für oder gegen eine rein wirtschaftspolitische Vorlage. Der europelebiszitäre Charakter der Abstimmung ist damit gegeben.

Etwas widersprüchlich ist dabei allerdings, dass 78% der befragten Stimmberechtigten und immer noch 63% der Nein-Stimmenden meinten, die Schweiz müsse sich Europa gegenüber solidarisch verhalten.³¹ Gerade der in den EWR-Verträgen enthaltene Kohäsionsfonds hätte doch diesem Ziel gedient.³² Der Widerspruch zwischen der abgelehnten Beteiligung am EWR und damit der europäischen Integration und der grundsätzlich positiven Einstellung gegenüber Europa lässt sich eigentlich nur mit der in der Analyse ebenfalls diagnostizierten Prozesshaftigkeit der Europafrage erklären. Kurzfristige Wellen³³ werden dabei von langfristigen Deter-

²⁸ Dazu heisst es in der Analyse: "Sagt ein zögernder Romand schliesslich 'Mais, oui', übersetzt ein Deutschschweizer dies mit 'Aber nei!'" (Ebenda, S. 24).

²⁹ Kompetenz wurde in der Analyse definiert als Bekanntheit des Themas und der Stellungnahme des Bundesrates sowie Fähigkeit des Befragten, seine Stellungnahme für oder gegen die Vorlage zu begründen.

³⁰ GfS-Analyse, S. 34.

³¹ Ebenda, S. 60.

³² Siehe vorne, S. 6.

³³ So zum Beispiel breit aufgetischte Geschichten über gewisse bürokratische Exzesse - wie die Festlegung des Krümmungsgrades von Gurken - oder das Schockerlebnis nach dem Nein vom 6. Dezember 1992, das viele

minanten wie Werthaltungen und Überzeugungen überlagert. Verbunden mit einer an Reizüberflutung grenzenden Informationskampagne von beiden Seiten kann dies zu einer Entscheidung führen, die mindestens teilweise eigenen Werthaltungen widerspricht. Die Analyse folgert denn auch, dass der 6. Dezember 1992 aus diesem Grund nur eine Zwischenstation und Momentaufnahme im Prozess der europäischen Integration sei.³⁴ Die Frage stellt sich allerdings, ob nicht einige dieser langfristigen Werthaltungen eher integrationsfeindlich sind, wie die anfangs dieses Kapitels genannten Begründungen der Nein-Stimmenden vermuten lassen. Damit ist fraglich - falls sich diese Werthaltungen nicht durch intensivierte Information beeinflussen lassen -, ob selbst kurzfristige "Pro-Europa-Wellen" in nächster Zeit die Zustimmungsrate des Schweizer Volkes zu Fragen der europäischen Integration deutlich über 50% steigen lassen werden. Die vom Bundesrat erhofften geänderten innenpolitischen Voraussetzungen, die einen Beitritt der Schweiz zur EU bis Ende dieses Jahrhunderts ermöglichen sollen,³⁵ könnten damit bis auf weiteres auf sich warten lassen.

Bruch mit der Integrationstradition

Wie reagierten nun Bundesrat und Parlament, die im Abstimmungskampf vielgeschmähte "Classe politique", auf dieses negativ ausgefallene Europlebiszit? Wenn sie sich auch nach der Abstimmung vor allem bemühten, ihre Respektierung des Volkswillens zu betonen und den wirtschaftlichen Schaden durch die Aufnahme von bilateralen Verhandlungen und forcierter interner Liberalisierung in Grenzen zu halten,³⁶ wurden doch einige Stimmen laut, die auf

Leute bewog, ihre negative Meinung in Umfragen gleich wieder zu revidieren: Eine zwischen dem 16. und dem 18. Dezember 1992 durchgeführte repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes DemoSCOPE im Auftrag des Sonntags-Blicks ergab eine komfortable EWR-Mehrheit von 64%, was gemäss den Erfahrungswerten auch für ein zustimmendes Ständemehr gereicht hätte (Sonntags-Blick, 20. Dezember 1992, S. 6f).

³⁴ GfS-Analyse, S. 3.

³⁵ Aussenpolitischer Bericht, S. 30.

³⁶ Diese Marschrichtung wird auch im aussenpolitischen Bericht aufgezeigt: "In der laufenden Legislaturperiode (1991-1995) stehen die bilateralen

die aussen- und sicherheitspolitischen Folgen der Ablehnung aufmerksam machten. Der damalige SPS-Aussenminister René Felber meinte am Tag nach der Abstimmung, dass die Schweiz mit einer Tradition der europäischen Integration gebrochen habe:

Le peuple suisse, dans sa majorité, a dès lors choisi d'engager notre pays et toutes ses composantes dans la voie probablement la plus difficile. Le Conseil fédéral prend acte de ce choix qu'il respecte. Il regrette que la Suisse renonce ainsi aux possibilités d'ouverture qui lui étaient offertes et *rompe ainsi également avec sa politique de rapprochement avec l'Europe, qui était le fait politique engagé dès après la Deuxième Guerre mondiale.*³⁷

Felbers Nachfolger im Aussenministerium, CVP-Bundesrat Flavio Cotti, betonte am 27. April 1993 vor dem Nationalrat, dass gerade aus aussen- und sicherheitspolitischen Gründen eine Abkoppelung von der EG auch nach diesem negativen Ausgang nicht in Frage komme:

Wir stellen fest, dass Europa, Westeuropa auf alle Fälle, nach langen Jahrhunderten eindeutig den Weg des Friedens, der Befriedung in Freiheit und in Demokratie gefunden hat. ... Die EG - die ehemalige EWG - hat zu dieser Befriedung Wesentliches beigetragen, und zwar nicht nur, weil die Geschichte es so gewollt hat, sondern weil sich die Gründer dieser EG (Adenauer, Schumann, De Gasperi) diese Befriedung als letztes Ziel ihrer Aufgabe gestellt hatten. Sie gestatten, dass ich gleich am Anfang, nachdem wir so lange Zeit in diesem Land ein gewisses Feindbild der EG gegenüber entwickelt haben, klipp und klar sage, *dass die EG wohl der zentrale Motor der Entwicklung unseres westlichen Kontinents gewesen ist, dass wir mitten in dieser EG leben und dass es kaum denkbar wäre, wenn wir, in welcher Form auch immer, keinen Kontakt pflegen und keine Verantwortung dieser EG gegenüber übernehmen würden.*³⁸

In einer Ansprache am Europatag der Universität Freiburg am 4. Mai 1993 doppelte Cotti nach. Die Diskussion um die EWR-

Verhandlungen mit der EU im Vordergrund." (Aussenpolitischer Bericht, S. 30).

³⁷ Bundesrat Felber vor dem Parlament. 7. Dezember 1992. In: EDA-Agenda, Dezember 1992. S. 26-28. Hier S. 26. Hervorhebung durch den Verfasser.

³⁸ Rede von Aussenminister Flavio Cotti über das Programm des Bundesrates nach dem 6. Dezember 1992 am 27. April 1993 vor dem Nationalrat. In: EDA-Agenda, April 1993. S. 69-73. Hier S. 69. Hervorhebung durch den Verfasser.

Abstimmung habe sich zu stark um rein wirtschaftliche Aspekte gedreht (daran war allerdings der Bundesrat mit der von ihm erst spät propagierten Entkoppelung von EG- und EWR-Diskussion zu einem guten Teil selbst schuld), und es sei an der Zeit, die "friedensstiftende Mission" der EG wieder stärker in Erinnerung zu rufen:

Wenn wir einen Moment auf den 6. Dezember letzten Jahres zurückblicken müssten - nur für einen Augenblick allerdings, denn ich wiederhole es, fortan werden wir uns an der Zukunft orientieren - so stellen wir fest, dass sich mehr als 90% aller Argumente der öffentlichen Diskussion stets um wirtschaftliche Fragen gedreht hatten. Dieser übertragende Anteil ist trotz der Bedeutung wirtschaftlicher Aspekte deutlich zu gross und verdrängt die politischen und aussenpolitischen Elemente der Diskussion.³⁹

Trotz des Resultats vom 6. Dezember müsse die aussenpolitische Diskussion weitergehen, ja sie müsse intensiviert werden. Denn die Fortentwicklung Europas sei im ureigensten Interesse der Schweiz:

Europa braucht übernationale, föderalistische, dezentralisierte politische Strukturen. Europa muss die verschiedenen Eigenständigkeiten in eine gemeinsame Vision integrieren, welche die Grundlagen für die Einheit in der Vielfalt schafft. Sie werden mir erlauben, darauf hinzuweisen, dass kein anderes Land in Europa in den vergangenen 150 Jahren so viele entscheidende Schritte in diese Richtung gemacht hat wie die Schweiz. ... Ohne überheblich zu sein, glaube ich sagen zu können, dass das schweizerische Modell eine Orientierungshilfe für Europa darstellen könnte.⁴⁰

Dieser grundsätzlich integrationsfreudigen Standortbestimmung stellte Staatssekretär Jakob Kellenberger allerdings am 2. Juni in einem Vortrag in Bern einige realpolitische Hindernisse gegenüber. Die Schweizer hätten Mühe, sich mit der EG sachlich auseinanderzusetzen und einzusehen, "... dass die europäische Wirklichkeit der Schweiz in erster Linie durch die EG und ihre Mitgliedstaaten

³⁹ Ansprache von Bundesrat Flavio Cotti am Europatag der Universität Freiburg, 4. Mai 1993: "Europäische Integration und schweizerische Identität". In: EDA-Agenda, Mai 1993. S. 3-13. Hier S. 6.

⁴⁰ Ebenda, S. 12.

geprägt ist."⁴¹ Es werde zwar sehr viel über unnütze EG-Verordnungen gesprochen, aber einige sehr naheliegende Fragen seien dafür nicht gestellt worden:

Welches sind die Mitwirkungsmöglichkeiten in der Gestaltung Europas für ein Land, das zwar Mitglied des Europarates und der KSZE, nicht aber der Uno, der EG, der Nato, der WEU, des Nato-Kooperationsrates und des WEU-Zusammenarbeitsforums ist?⁴²

Die Schweiz werde sich zwar weiterhin darum bemühen, einer "politischen und kulturellen Isolierung auf dem Kontinent entgegenzuwirken",⁴³ doch müsse man auch die Grenzen im aussenpolitischen Spielraum sehen, welche durch das Nein zum EWR und damit mindestens kurz- und mittelfristig auch zur EG gesteckt worden seien. Die Schweiz sei durch die beschränkte Anzahl aussen- und sicherheitspolitisch relevanter Organisationen, bei denen sie Mitglied sei, in ihren Wirkungsmöglichkeiten eingeschränkt, und auch die internen Rechtsgrundlagen, um sich an internationalen friedenserhaltenden Massnahmen zu beteiligen (zum Beispiel Blauhelme), seien noch nicht in Kraft gesetzt worden. Wegen den Folgen des 6. Dezembers sei damit "... der aussenpolitische Handlungsspielraum in einem zentralen Teil unserer Europapolitik, nämlich im Verhältnis zur EG, ... gegenwärtig aus innenpolitischen Gründen eingeschränkt".⁴⁴

Zwar könne die Schweiz auch ausserhalb der EG - also im Rahmen von Europarat und KSZE - am Aufbau einer europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung mitwirken, aber die aussen- und sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit der EG dürfe auch nicht unterschätzt werden, wie es sich trotz aller Probleme doch auch im Fall Jugoslawien gezeigt habe. Immerhin werde die Jugoslawienkonferenz gemeinsam von der EG und der Uno präsiert, die Blauhelm-Truppen stammten zum grössten Teil aus EG-Ländern,

⁴¹ "Europa in uns und um uns: Versuch einer europapolitischen Standortbestimmung". Vortrag von Staatssekretär Dr. Jakob Kellenberger vom 2. Juni 1993 in Bern. In: EDA-Agenda, Juni 1993. S. 18-41. Hier S. 19.

⁴² Ebenda, S. 20.

⁴³ Ebenda, S. 22.

⁴⁴ Ebenda, S. 39.

wie auch die Schiffe, die die Überwachung der Sanktionen in der Adria besorgten.⁴⁵

Diese Einschätzung der eminenten Wichtigkeit eines EU-Beitritts auch aus sicherheitspolitischen Gründen wird im aussenpolitischen Bericht auch vom Bundesrat geteilt. Als eine der Hauptaufgaben für die Erhaltung der Sicherheit der Schweiz in den 90er Jahren nennt er den Beitritt zur EU und damit den Willen, "durch die vertiefte sicherheitspolitische Zusammenarbeit die Sicherheit der Schweiz in einem umfassenden Sinne zu verbessern und einen Beitrag zur Stabilität auf dem europäischen Kontinent zu leisten."⁴⁶ Die westeuropäische Integration habe eine gesamteuropäische Dimension und ziele auf die Einbindung ost- und mitteleuropäischer Staaten in gesamteuropäische Dimensionen.

Dilemma erkannt

Der Konflikt zwischen dem durch die EWR-Abstimmung erzwungenen langsameren Vorgehen in der Integrationspolitik und dem vom Bericht 90 postulierten "Beitrag zur internationalen Stabilität, vornehmlich in Europa"⁴⁷ ist von Bundesrat und Aussenministerium erkannt worden. Im aussenpolitischen Bericht äussert sich der Bundesrat allgemein zur Problematik von Zielvorstellungen und Wirklichkeit in der schweizerischen Aussenpolitik. Es sei sich bewusst, dass die Meinungen zu wichtigen aussenpolitischen Fragen geteilt seien, und er trage durch die Aufnahme bilateraler Verhandlungen mit der EU dem Volkswillen gebührend Rechnung. Der Bundesrat wisse aber auch um seine Verantwortung, im Interesse des Landes für die Zukunft klare strategische Ziele zu setzen: "Er hat wichtige Gründe, ... am strategischen Ziel des EU- und Uno-Beitrittes festzuhalten, auch wenn er sich bewusst ist, dass viele Bürgerinnen und Bürger dafür heute wenig Verständnis aufbringen."⁴⁸ Doch wie dieses strategische Ziel konkret erreicht werden soll, darüber schweigt sich der Bundesrat aus. Somit lässt

⁴⁵ Ebenda, S. 36f.

⁴⁶ Aussenpolitischer Bericht, S. 23.

⁴⁷ Bericht 90, S. 874.

⁴⁸ Aussenpolitischer Bericht, S. 41.

sich aus der Ablehnung der EWR-Vorlage auch nach dem Erscheinen des aussenpolitischen Berichts ein Fazit ziehen: Die Entgleisung des integrationspolitischen Zuges mag zwar temporärer Natur gewesen sein, doch sie macht es eindeutig schwieriger, die sicherheitspolitischen Ziele des Berichts 90 zu verfolgen. Natürlich lassen sich solidarische Beiträge an die Stabilität in Europa auch ausserhalb von EWR oder EU leisten, wie die Rahmenkredite für die verstärkte Zusammenarbeit mit ost- und mitteleuropäischen Staaten zeigen. Doch europäische Solidarität auf bilaterale Abkommen stützen zu müssen, ist sicher nicht der effizienteste Weg.⁴⁹ So bleibt noch die - zum Teil auch vom Bundesrat, wenn auch nur sehr verklausuliert ausgedrückte - Hoffnung, dass es sich bei der Abstimmung vom 6. Dezember 1992 tatsächlich nur um eine Episode in der schweizerischen Integrationsdebatte handelte. Denn sonst müssten die sicherheitspolitischen Ziele und die sicherheitspolitische Strategie überdacht und den eher isolationistischen Realitäten⁵⁰ angepasst werden.

⁴⁹ So meinte der Bundesrat schon im Bericht über einen Beitritt der Schweiz zur europäischen Gemeinschaft vom 18. Mai 1992: "Die immer wichtigere Rolle der EG im Prozess der Neugestaltung der Beziehungen in Europa gibt dem Beitritt [der Schweiz zur EG] eine neue Bedeutung. Der EG beizutreten heisst für ein Land wie die Schweiz nicht mehr einfach die vollumfängliche Beteiligung am Prozess der politischen und wirtschaftlichen Integration in Westeuropa. Ein Beitritt bedeutet vielmehr auch bessere Möglichkeiten, direkt an der Formulierung und Ausgestaltung der wichtigsten Entscheidungen über die Zukunft des gesamten europäischen Kontinents teilzuhaben. ... Überdies würden unsere Beiträge an die Restrukturierung der Wirtschaften in den mittel- und osteuropäischen Ländern verstärkt." (EG-Botschaft, S. 1199). Im aussenpolitischen Bericht wird die vollumfängliche Beteiligung und Mitentscheidung vor allem in EU und Uno sogar zum neuen Paradigma der schweizerischen Aussenpolitik: "Aussenpolitik bedeutet primär Interessenwahrung gegen aussen. Internationale Mitwirkung und Mitentscheidung sind Voraussetzungen dafür und die prägenden Leit motive für die 90er Jahre." (Aussenpolitischer Bericht, Überblick S. 1).

⁵⁰ Haltiner stellt in seiner Studie "Sicherheit 1993" zu den aussen- und sicherheitspolitischen Einstellungen der Schweizerinnen und Schweizer eine "gewisse Tendenz zum Neo-Isolationismus" fest. Er sieht darin aber nicht unbedingt einen langfristigen Trend. Bei einer Mehrheit herrsche doch die Einsicht in die Notwendigkeit einer Öffnung gegenüber Europa vor. Insgesamt seien rund 2/3 der Schweizer dazu bereit, jedoch ohne sich

Bibliographie

Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum. In: BBl 1992 IV 668-724.

Arbeitsgemeinschaft Ecosens (IPSO; Brugger, Hanser und Partner). Europäische Integration und ökologische Folgen für die Schweiz. Im Auftrag des BUWAL. Schriftenreihe Umwelt, Nr. 177. Bern 1992

Bundesrat, Schweizerischer. Bericht über einen Beitritt der Schweiz zur Europäischen Gemeinschaft vom 18. Mai 1992. In: BBl 1992 III 1185-1381. Zitiert als EG-Botschaft.

Bundesrat, Schweizerischer. Botschaft zur Genehmigung des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum vom 21. August 1992. In: BBl 1992 IV 1-667.

Bundesrat, Schweizerischer. Schweizerische Sicherheitspolitik im Wandel: Bericht 90 des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz vom 1. Oktober 1990. In: BBl 1990 III 847-904.

Bundesrat, Schweizerischer. Bericht über die Aussenpolitik der Schweiz in den 1990er Jahren vom 29. November 1993 (Vorabdruck). Zitiert als Aussenpolitischer Bericht.

EDA-Agenda. Diverse Ausgaben 1992-93.

Frey, Walter. Wirtschaftsstandort Schweiz. In: Der EWR-Vertrag: Eines freien Volkes unwürdig. Schweizerzeit-Schriftenreihe Nr. 12. Flaach 1992. S. 25-43.

GfS Institut de Recherche; Université de Genève. Analyse des votations fédérales du 6 décembre 1992 (Kriesi, Hanspeter; Longchamp, Claude; Passy, Florence; Sciarini, Pascal). Genève 1993. Zitiert als GfS-Analyse.

Haltiner, Karl W.; Spillmann Kurt R. Sicherheit 1993: Ergebnisse einer Repräsentativbefragung. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft 30. Zürich 1994 (im Druck).

Hirter, Hans. Die schweizerische Abstimmung über den EWR. Vorträge und Berichte aus dem Graduiertenkolleg Europäische Integration, Nr. 4. Tübingen 1993.

Meier-Dallach, Hans-Peter; Nef, Rolf. Scherbenhaufen, Katharsis oder Chance? Motive und Hintergründe des Ja und Nein zum EWR im Vergleich zwischen den Sprachregionen, Randregionen und Zentren sowie sozialen Schichten. Pressedokumentation von Ergebnissen der Untersuchung "Die

über den Weg dieser Öffnung einig zu sein. (Basler Zeitung, 3. Dezember 1993; Haltiner, Karl W., Spillmann, Kurt R. Sicherheit 1993: Ergebnisse einer Repräsentativbefragung. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft 30. Zürich 1994 (im Druck).

Schweiz und Europa - Die Stimme der Regionen" im Rahmen des Nationalen Forschungsprogrammes NFP 28 "Die Schweiz in einer sich ändernden Welt". Zürich 1992.

Rychen, Albert. Die Umsetzung des EWR-Neins: Ein Diskussionsbeitrag zur Aussenwirtschaftspolitik der Schweiz. SVP-Pressedienst, 11. Januar 1993.

Thürer, Daniel. Das schweizerische Nein zum Europäischen Wirtschaftsraum: Versuch einer konstruktiven Interpretation. Bonn 1993.

Negative Auswirkungen des Neins zum EWR im weiteren Bereich der Sicherheitspolitik¹

von Jacques Hürlimann

Vernachlässigte sicherheitspolitische Dimension

"Beim EWR handelt es sich um einen Integrationsschritt mit wirtschaftlichem Schwergewicht", führte der Bundesrat in seiner EWR-Botschaft aus.² Damit ist implizit gesagt, dass das "Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum" auch nichtwirtschaftliche Bereiche betrifft. Der EWR-Vertrag hat zum Beispiel auch eine aussenpolitische und eine gesellschaftspolitische Dimension.³ Bundesrat Flavio Cotti wies, wenn auch erst als Aussenminister, darauf hin, dass der aussenpolitische Aspekt in der bisherigen EWR-Diskussion zu kurz gekommen sei.⁴ Mit noch mehr Berechtigung ist festzustellen, dass in der Debatte über den EWR auch die sicherheitspolitische Dimension - und in der Folge auch die sicherheitspolitischen Aspekte des Neins vom 6. Dezember 1992 - kaum thematisiert wurde und wird. Dies obwohl in der Präambel zum EWR-Abkommen unter anderem steht, der Vertrag werde geschlossen "in der Überzeugung, dass ein Europäischer Wirtschaftsraum einen Beitrag zur Errichtung eines auf Frieden, Demokratie und Menschenrechte gegründeten Europas leisten

¹ Das vorliegende Manuskript wurde am 6. Dezember 1993 abgeschlossen.

² Botschaft zur Genehmigung des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum. In: BBl 1992 IV S. 4.

³ Siehe ebenda. S. 2, 48, 54ff.

⁴ "... le débat public s'est déroulé pour plus de 90% autour des sujets économiques. Pour fondamentaux que soient ces sujets, le pourcentage semble pénaliser excessivement les éléments de politique étrangère. (Cotti, Flavio. Intégration européenne et identité suisse. Exposé à la journée de l'Université de Fribourg. 4 mai 1993. S. 4). Laurent Goetschel stellte fest, die Informationskampagne der Behörden für den EWR-Vertrag sei unter dem für die Schweiz herkömmlichen Bild einer "wirtschaftlichen" und nicht einer "politischen" Aussenpolitik verlaufen. (Siehe NZZ. 3.11.93).

wird". Markus Mohler, Kommandant der Kantonspolizei Basel-Stadt, stellte für das Teilgebiet der inneren Sicherheit analog fest: "In der Schweiz sind die Bedeutung der intergouvernementalen Zusammenarbeit der EG-Staaten im Bereich der inneren Sicherheit und die integrations- und europapolitische Dimension des EWR über wirtschaftliche und Kompetenzfragen hinaus von weiten Kreisen kaum erkannt worden."⁵

Aussagen über sicherheitspolitische Aspekte der EWR-Problematik sind äusserst rar. So gab etwa Peter Fenkart, Chefredaktor von "Chance Schweiz", zu bedenken, unsere Beziehung, unsere Grundhaltung zu Europa werde auch unsere Sicherheits- und Friedenspolitik der Zukunft wesentlich mitbeeinflussen.⁶ Dusan Sidjanski, Professor an der Universität Genf, führte aus: "Lors du débat sur l'EEE et a fortiori sur la CE, l'accent est mis sur la dimension économique sous l'angle des avantages et des inconvénients pour la Suisse. Cet aspect important donne lieu à toutes sortes de conjectures, tout en occultant l'objectif essentiel de l'Union européenne. Garantir la paix, la solution des conflits et la poursuite d'un développement équilibré ainsi qu'assurer le respect des droits de l'homme, des peuples et des minorités, le fonctionnement de la démocratie. Ces valeurs fondamentales ... nous interpellent et nous invitent à apporter notre contribution à l'édification d'une Europe démocratique, fédéraliste et prospère."⁷ Eric Hoesli, Redaktor bei "L'Hebdo", schrieb im Hinblick auf die künftige Europadiskussion: "Le débat sur l'intégration de la Suisse ne porte plus seulement sur notre prospérité économique, mais sur notre sécurité future. Autant qu'un contrat de loyale concurrence, c'est une assurance vie que nous sommes désormais appelés à signer."⁸ Nach Ansicht von alt

⁵ NZZ. 30.9.93. Diese Aussage ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass die EG beabsichtigt, die EWR-Länder in die Zusammenarbeit der EG-Mitgliedstaaten im Bereich der inneren Sicherheit einzubeziehen. Die Bezeichnungen "Europäische Gemeinschaft" ("EG") und "Europäische Union" ("EU") werden in diesem Beitrag jeweils gemäss ihrer Verwendung in den zitierten Quellen gebraucht.

⁶ Siehe Chance Schweiz. 2/1992. S. 2.

⁷ Campus. Magazine de l'Université de Genève. Mai/Juin 1993. S. 37.

⁸ L'Hebdo. 29.7.93. S. 5.

Bundesrat Rudolf Friedrich ist die Schweiz geradezu existentiell von einem stabilen, prosperierenden und friedlichen Kontinent abhängig und sollte daher an dessen Aufbau mitwirken.⁹

Schon im Bericht 90 über die Sicherheitspolitik der Schweiz wird gesagt, die Antwort der Schweiz auf die Herausforderung der Entwicklungen im internationalen Umfeld - und das Abstimmungsergebnis vom 6.12.92 ist in der Tat eine solche Antwort, und zwar die bisher wichtigste - beeinflusse nicht zuletzt auch die Ausgestaltung unserer Sicherheitspolitik.¹⁰ Bundesrat Kaspar Villiger wies in seiner Rede vom 22.2.93 auf diesen wichtigen Zusammenhang hin: "Das Nein der Schweiz zum EWR-Vertrag darf in unserem ureigensten Interesse nicht bedeuten, dass sich unser Land von den europäischen sicherheitspolitischen Entwicklungen fernhält. Unsere Sicherheit hängt von derjenigen Europas ab, weshalb auch wir uns an der sicherheitspolitischen Partnerschaft solidarisch beteiligen müssen. Wir werden uns darum bemühen müssen, an der Gestaltung der europäischen Sicherheit mitzuwirken, und zwar möglichst überall, wo daran gearbeitet wird...".¹¹

Aufgrund der Tatsache, dass der EWR als Element der europäischen Integration auch eine sicherheitspolitische Dimension hat, sollen im vorliegenden Beitrag effektive und potentielle negative Folgen des Neins vom 6. Dezember 1992 in ausgewählten operativen Bereichen der Sicherheitspolitik im weiteren Sinne aufgezeigt werden. Die herausgegriffenen Bereiche sind: der innere Zusammenhalt, die Wirtschaft, die Wirtschaftliche Landesversorgung, die Integrationspolitik, die innere Sicherheit, die Information und die strategische Führung.¹²

⁹ Siehe NZZ. 13.10.93.

¹⁰ Siehe Bericht 90. S. 9.

¹¹ Villiger, Kaspar. Ansprache vor der Schweizerischen Gesellschaft für Außenpolitik. Genf, 22. Februar 1993. S. 21.

¹² Für die Auswirkungen des Neins im operativen Bereich der Sicherheitspolitik im engeren Sinne siehe den Beitrag von Mauro Mantovani, für die Folgen auf der strategischen Ebene der sicherheitspolitischen Ziele und der sicherheitspolitischen Strategie den Aufsatz von Thomas Köppel im vorliegenden "Bulletin".

Vorwiegend negative Beurteilung des Neins im Inland

Das Abstimmungsergebnis vom 6. Dezember 1992 wurde in der schweizerischen Öffentlichkeit überwiegend negativ beurteilt, wenn auch mit markanten Unterschieden. "C'est un dimanche noir", stellte Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz am Abend des 6. Dezembers 1992 nach geschlagener Schlacht sichtlich resigniert fest.¹³ Am folgenden Tag überschrieb "Le Nouveau Quotidien" seine Sonderausgabe mit "La Suisse isolée et divisée", und Nationalrat Jacques-Simon Eggly (lib) diagnostizierte in der "Tribune de Genève" "une crise grave".¹⁴ Für den Schriftsteller Adolf Muschg war am 6.12.92 die "Stunde Null" gekommen.¹⁵ Enttäuschung und allenfalls auch Wut über das Nein zum EWR dürften die Hauptgründe für diese von hoher Emotionalität geprägten pessimistischen Beurteilungen des Abstimmungsergebnisses sein. Thomas Häberling von der "Neuen Zürcher Zeitung" stellte denn auch fest, zu schnell und zu unbedacht seien in dieser Situation Worte wie "Staatskrise" oder "Auseinanderbrechen der Nation" zur Hand.¹⁶ Die Interpretation von "NZZ"-Chefredaktor Hugo Bütler und Ständerat Edouard Delalay (cvp), das Volksverdikt habe einen "Schock"¹⁷ ausgelöst, trifft den Sachverhalt präziser: Ein Schock kann wohl tief sitzen, er heilt aber mit der Zeit aus, was auch im Falle des 6. Dezembers 1992 zumindest bis zu einem gewissen Grad bereits geschehen ist. Die nüchternsten Kommentatoren des Volksverdikts hielten ebenso schlicht wie realistisch fest, die Zusammenarbeit mit den anderen europäischen Staaten, die ungeachtet des Neins notwendig sei, werde künftig sehr viel

¹³ Siehe Déclaration de M. Jean-Pascal Delamuraz, chef du Département fédéral de l'économie publique (DFEP), à l'issue du scrutin sur l'Espace économique européen, Berne le 6 décembre 1992. In: EDA-Agenda. Dezember 1992. S. 20.

¹⁴ Noch schärfer drückte sich Jean-Claude Pécelet aus: "... cela devrait nous conduire à une crise politique de première grandeur il y a fort à craindre qui l'on en vienne, par inertie et impuissance, à oublier la bombe à retardement sous le tapis." (Tages-Anzeiger. 7.12.92).

¹⁵ Siehe Die Weltwoche. 10.12.92.

¹⁶ Siehe NZZ. 7.12.92.

¹⁷ Siehe ebenda. 7.12.92. 17.3.93.

schwieriger werden.¹⁸ Auf die Wirtschaft bezogen, wurde von einem "schwerwiegenden Versäumnis" und von "Selbstbenachteiligung" gesprochen.¹⁹

Höflich-zurückhaltende Kommentierung der Absage im Ausland

Die offiziellen Reaktionen des Auslandes auf das Schweizer Nein zum EWR fielen, den diplomatischen Gepflogenheiten entsprechend, vorwiegend höflich-zurückhaltend aus. Das Verdikt aus Bern wurde mit Erstaunen und Bedauern, zuweilen auch mit Enttäuschung zur Kenntnis genommen²⁰; dass der finnische Handelsminister von einer "sehr schlechten Nachricht" sprach, bildete schon eine Ausnahme.²¹ Der britische Premierminister John Major meinte, die Schweiz wäre durch die Teilhabe am EWR und später an der EG bestimmt gestärkt worden.²² Von seiten der EG und auch Deutschlands wurde mehrmals die Hoffnung ausgesprochen, dass die Schweiz dem EWR zu einem späteren Zeitpunkt doch noch beitreten werde.²³ Es gab auch einige weniger verklausulierte Reaktionen: So sagte der deutsche Aussenminister Klaus Kinkel, die Eidgenossen hätten sich mit dem Nein keinen Gefallen getan.²⁴ Alois Mock, der österreichische Aussenminister, stellte fest, die Schweiz befinde sich in einer "extrem schwierigen Situation".²⁵ Der

¹⁸ Siehe Tages-Anzeiger. 7.12.92 (Bundesrat Koller). NZZ. 7.12.92 (Schweizerischer Gewerkschaftsbund).

¹⁹ Siehe Déclaration Delamuraz. 6.12.92. NZZ. 21.1.93.

²⁰ "Les quelques discussions téléphoniques que nous avons établies cet après-midi nous montrent un climat européen de stupeur et de profond regret." (Déclaration Delamuraz. 6.12.92. S. 21).

²¹ Siehe Der Bund. 7.12.92.

²² Siehe NZZ. 6.4.93.

²³ So Horst Krenzler, Chefunterhändler der EG-Kommission und Direktor für EG-Aussenbeziehungen, in der NZZ vom 18.3.93 und der deutsche Aussenminister Klaus Kinkel in der NZZ vom 26./27.6.93.

²⁴ Siehe Frankfurter Allgemeine Zeitung. 8.12.92.

²⁵ Siehe Die Weltwoche. 10.12.92.

frühere französische Regierungschef Raymond Barre hielt den Alleingang der Schweiz "nicht für sonderlich realistisch", und die französische Ministerin für Europafragen Elisabeth Guigou diagnostizierte, das Ergebnis des Referendums sei "für die Zukunft der Schweiz ein sehr schlechtes Zeichen".²⁶ Björn Engholm, der damalige Vorsitzende der deutschen Sozialdemokraten, meinte, die Schweiz sei das europäischste aller europäischen Länder und es sei "eine Absurdität", dass ein solcher Staat Nein sagt zur Gemeinschaft.²⁷ In mehreren ausländischen Stellungnahmen wurde, zum Teil mit Kopfschütteln, eine teilweise Selbstisolierung der Schweiz festgestellt.²⁸ Fast im gleichen Atemzug versicherten verschiedene hohe ausländische Politiker und Funktionäre, niemand wolle die Schweiz isolieren oder bestrafen, so etwa der französische Präsident François Mitterrand, luxemburgische Ministerpräsidenten Jacques Santer, der deutsche Verkehrsminister Matthias Wissmann oder Hans van den Broek, der für die Aussenbeziehungen zuständige EG-Kommissar.²⁹ Diese wohlwollenden Erklärungen sind wohl ein Stück weit als Ausdruck von gängiger diplomatischer Höflichkeit zu verstehen. Die Absage der Schweiz an den EWR dürfte dem Ausland letztlich gleichgültig sein, sind doch die EG- und die Efta-Staaten weit weniger von der Schweiz abhängig, als dies umgekehrt der Fall ist. In der ausländischen Presse machte das Schweizer Nein vorwiegend negative Schlagzeilen; den Eidgenossen wurden Egoismus und mangelnde Solidarität vorgeworfen.³⁰

²⁶ Siehe NZZ. 4.2.93. Frankfurter Allgemeine Zeitung. 8.12.92.

²⁷ Siehe NZZ. 19.2.93.

²⁸ So etwa vom deutschen Regierungssprecher. Siehe NZZ. 7.12.92.

²⁹ Siehe NZZ. 19.2.93. 4.6.93. 2.12.93. Le Nouveau Quotidien. 28.1.93.

³⁰ Siehe zum Beispiel den ausländischen Pressespiegel im Tages-Anzeiger vom 8.12.92. Im "Figaro" etwa wurde von der sich einigelnden Deutschschweiz gesprochen, die es einmal mehr vorziehe, sich zu isolieren statt zu solidarisieren in der Hoffnung, die Butter und das Geld für die Butter behalten zu können.

Rückschlag für die europäische Integration

Mehrere Aussenminister von europäischen Staaten bezeichneten die Ablehnung des EWR-Abkommens durch die Schweiz als Rückschlag für den europäischen Integrationsprozess.³¹ Als konkrete Nachteile wurden im wesentlichen angeführt: Das Inkrafttreten des EWR werde um Monate verzögert; der Ausfall des Schweizer Beitrags an den EWR-Kohäsionsfonds werfe ernsthafte Probleme auf; die Ratifizierung des Maastrichter Vertrags werde zusätzlich gefährdet, da dessen Gegner erneut Auftrieb erhalten hätten. Der österreichische Aussenminister Mock rechnete vor, durch den verzögerten Beitritt zum EWR, durch budgetäre Nachteile und durch politische Komplikationen werde sein Land "schwer geschädigt".³² Zweifellos hat die Schweiz mit ihrem Nein vom 6. Dezember 1992 in Brüssel und in den Hauptstädten der Länder Europas einiges an Sympathie verspielt. Ein Journalist formulierte, was die diplomatische Höflichkeit offen zu artikulieren verbietet: "Nach dem EWR-Nein herrscht in Brüssel und bei vielen EG- wie Efta-Partnern schlechte Stimmung; man ist sauer auf die Schweiz."³³ Dass die Verstimmung der Europäer nicht ohne Auswirkungen auf ihre künftigen (ausserpolitischen und insbesondere ausserwirtschaftspolitischen) Beziehungen zur Schweiz sein dürfte, liegt auf der Hand.

Zerreissprobe für den inneren Zusammenhalt

Gemäss dem sicherheitspolitischen Bericht 90 des Bundesrates hat die Sicherheitspolitik auch dem inneren Zustand des Landes Rech-

³¹ So der österreichische Aussenminister Alois Mock (siehe Die Weltwoche. 10.12.92), der luxemburgische Aussenminister Jacques Poos (siehe Frankfurter Allgemeine Zeitung. 8.12.92) und der damalige dänische Aussenminister Uffe Ellemann-Jensen (siehe Der Bund. 7.12.92). Der österreichische Bundeskanzler Franz Vranitzky sah im Abseitsstehen der Schweiz "einen Rückschlag, aber keine Katastrophe für Europa". (Siehe NZZ. 7.1.93).

³² Siehe Die Weltwoche. 10.12.92.

³³ Tages-Anzeiger. 12.12.92.

nung zu tragen.³⁴ Die Volksabstimmung vom 6. Dezember 1992 hat drastisch vor Augen geführt, dass es um den inneren Zustand der Schweiz nicht gerade zum besten bestellt ist. Am 6.12.92 wurden Mutmassungen, die die Landesregierung im Bericht 90 geäussert hatte, schonungslos bestätigt: Der Zusammenhalt in unserem Land hat sich tatsächlich gelockert; die Polarisierung der Meinungen in der grundsätzlichen Frage der europäischen Integration ist extrem; der Urnengang über den EWR-Vertrag rührte in der Tat an die Grundlagen des schweizerischen Staatswesens.³⁵

Die vorliegenden Analysen der inneren Lage im Zusammenhang mit dem 6. Dezember 1992 ergeben im wesentlichen folgendes Bild: Nach Meier-Dallach/Nef zeigt die Volksabstimmung vom 6.12.92 einen Gegensatz Westschweiz/Deutschschweiz, Spannungen zwischen Zentren und Randregionen und eine Schere zwischen "verlierenden" und "gewinnenden" Gruppierungen im Sozialgefüge der Schweiz anfangs der neunziger Jahre. Die beiden Autoren bezeichnen das Referendum als "ein Ereignis mit katalysatorischer Bedeutung". Es habe offengelegt, wo und zwischen welchen Teilen der schweizerischen Gesellschaft Spannungen schwelen. Und es sei nach den Gründen zu fragen, warum im Abstimmungsentscheid vom 6.12.92 die Gegensätze in unserer Gesellschaft ungewöhnlich deutlich sichtbar wurden.³⁶ Weitgehend übereinstimmend mit Meier-Dallach/Nef und noch weiter differenzierend diagnostizieren Kriesi/Longchamp/Passy/Sciarini vier Gräben: den Röstigraben ("clivage entre les régions linguistiques"), den Stadt/Land-Graben ("division entre la Suisse profonde et villageoise, d'un côté, et la Suisse moderne et urbaine, de l'autre; autrement dit une division entre le centre et la périphérie"), den Graben zwischen der Klasse politique und dem Volk ("clivage populiste") und den Graben zwischen Linker und Rechter (Indikatoren: Bildungsniveau, berufliche Position). Kriesi et al. unterscheiden fünf wichtige Konfliktlinien: die populistische (zwischen den misstrauischen Bürgerinnen und

³⁴ Siehe Bericht 90. S. 851-853.

³⁵ Peter Fenkart stellte richtig fest: "Gräben sind am 6. Dezember nicht erdbebenhaft entstanden, sondern ganz einfach unübersehbar geworden." (Chance Schweiz. März 1993. S. 2).

³⁶ Siehe Meier-Dallach/Nef. Scherbenhaufen. S.2, 8f, 10ff, 14.

Bürgern und jenen, die dem Bundesrat vertrauen), die sprachliche, den Stadt/Land-Gegensatz, den Gegensatz aufgrund des Ausbildungsstandes und den Rechts/links-Gegensatz.³⁷ Hug/Kummer/Vatter stellen aufgrund der Analyse der Gemeinderesultate eine Polarisierung auf drei Ebenen fest, die sich gegenseitig überlagern: einen Konflikt zwischen den Sprachregionen, einen Konflikt zwischen "Tradition" und "Moderne" und einen Verteilungskonflikt. Ihrer Ansicht nach werden diese Gegensätze immer grösser.³⁸

Die Interpretation, am 6.12.92 sei letztlich ein Konflikt zwischen Tradition und Moderne aufgebrochen, seien zwei grundverschiedene Vorstellungen über die Zukunft der Schweiz aufeinandergeprallt, die das Land tief spalten, trifft den Sachverhalt im Kern. Kriesi et al. sprechen von einer "Schweiz der Extreme", von einem "exemplarischen Konflikt im Kleinstaat Schweiz", von einem "tiefen Graben zwischen 'EuropäerInnen' und NationalistInnen" und führen aus: "... ce sont bien deux visions antagonistes de la Suisse et de son avenir qui se sont opposées le 6 décembre, plutôt que deux évaluations froides et rationnelles des coûts et des bénéfices de l'EEE. D'un côté, les partisans ont souhaité défendre une Suisse ouverte, audacieuse et tournée vers l'avenir. De l'autre, c'est la vision d'une Suisse traditionnelle, repliée sur elle-même, cultivant ses mythes fondateurs et vénérant le courage à rester seule, qui a été plébiscitée par les opposants. En d'autres termes, le vote sur l'EEE a été l'occasion d'un affrontement entre deux définitions opposées de l'identité helvétique."³⁹ Thomas Häberling diagnostizierte "Brüche in der Werthaltung" und einen "Graben zwischen der Weltoffenheit und der Tendenz, sich zurückzuziehen und seinen Weg allein zu suchen".⁴⁰

Der fundamentale Graben zwischen Tradition und Moderne wird von den weiteren Gräben überlagert, so auch von dem am meisten genannten Röstigraben. Für diesen wurde in der ersten Enttäu-

³⁷ Siehe Kriesi/Longchamp/Passy/Sciarini. Analyse. S. 40, 79.

³⁸ Siehe Hug/Kummer/Vatter. Volksabstimmung. S. 9.

³⁹ Siehe Kriesi/Longchamp/Passy/Sciarini. Analyse. S. 1, 57, 80.

⁴⁰ Siehe NZZ. 7.12.92. Ähnlich sah Peter Ziegler, eine "Schweiz der Öffnung" einer "Schweiz des Alleingangs, des Isolationismus" gegenübergestellt. (Siehe Der Bund. 7.12.92).

schung, Verärgerung und Wut ein guter Teil des tektonischen Vokabulars bemüht: Von Riss, Kluft, totalem Spalt, fossé, abîme war die Rede, und ein christlichsozialer Nationalrat äusserte gar die Befürchtung, die Vernunfttheirat zwischen Deutsch und Welsch könnte in absehbarer Zeit mit einer Scheidung enden.⁴¹ In der Romandie laut gewordene Separations- und Sezessionsgelüste wurden indessen selbst von Westschweizern als unrealistisch zurückgewiesen.⁴² Meier-Dallach/Nef erachten den Gegensatz zwischen der Romandie und der deutschen Schweiz als "staatspolitisch für die Zukunft entscheidend".⁴³ Der Röstigraben mobilisierte ein

⁴¹ Es war dies der Walliser Simon Epiney. Jean-Claude Pécelet stellte lakonisch fest: "Ce n'est plus un fossé, c'est un abîme." (Tages-Anzeiger. 7.12.92). Claude Torracinta warnte: "Les réactions anti-alémaniques à l'annonce du résultat du scrutin sont inquiétantes et lourdes de menaces. Le germe d'une rupture est apparu dimanche, le fossé se creuse, attention danger." (Le Nouveau Quotidien. 7.12.92). Der Politologe Wolf Linder erachtete den Riss zwischen der Deutsch- und der Westschweiz als den gefährlichsten. (Siehe Brückenbauer. 6.1.93). Sein Fachkollege Hans Hirter sagte, der enorme Gegensatz zwischen der deutschen und der französischen Schweiz habe den eher noch grösseren Schock ausgelöst als die Ablehnung des EWR selbst. Die Möglichkeit, dass sich in der Eidgenossenschaft ein Sprachenkonflikt nach belgischem Muster entwickelt oder dass sich die Schweiz sogar entlang der Sprachgrenze spalten könnte, scheint ihm allerdings wenig wahrscheinlich. (Siehe Hirter. Abstimmung. S. 12f).

⁴² "Il n'y a pas de réponse dans le séparatisme et la sécession. Il faut donc bien, tout en marquant notre désarroi, notre colère même, tout en les faisant connaître, accepter la main que les principaux responsables alémaniques ont le devoir de nous tendre. (Jacques-Simon Eggly im Journal de Genève vom 7.12.92). "Von Sezession zu reden ist lächerlich. ... das Gerede von einer Abspaltung der Romandie ist absurd." (Jean-François Aubert im Tages-Anzeiger vom 8.12.92). "Tout rêve d'évasion cantonale ou romande devrait être découragé, car il est stérile. ... La voie de la résistance ne s'ouvre pas, pas plus que celle de l'utopie sécessionniste. (Antoine Maurice im Journal de Genève vom 8.12.92). Nationalrat Laurent Rebeaud (gp) erklärte, die Grünen der Romandie verspürten keinerlei separatistisches Feuer und stünden nach wie vor zur Eidgenossenschaft (siehe NZZ. 16.12.92). "... nach der ersten Bestürzung will sich die Westschweiz weiter für Europa einsetzen - ohne Sezessionsgelüste, die Deutschschweiz ist zum Dialog aufgerufen." (Marcel Schwander im Tages-Anzeiger vom 8.12.92).

⁴³ Siehe Meier-Dallach/Nef. Scherbenhaufen. S. 8f.

ganzes Heer von selbsternannten "Brückenbauern", die mit unterschiedlichen Plänen ans Werk gehen wollen: die meisten mit Reden (Dialog, Verständigung, Einberufung einer nationalen Versöhnungskonferenz), einige wenige mit Nachdenken (Einsetzung einer *Groupe de réflexion*) oder mit konkretem Handeln im Alltag.⁴⁴ Der Historiker Georg Kreis kritisierte zu Recht, dass die Röstigraben-Debatte angesichts des grundsätzlichen Konflikts zwischen Tradition und Moderne zu kurz greife: "Eine derart ausgerichtete Bewältigungsstrategie ist kontraproduktiv, trotz oder gerade wegen ihrer Ausrichtung auf ein traditionelles Muster der Problemwahrnehmung. Sie zielt an der Sache vorbei und vertieft zugleich die Gegensätze, die sie entschärfen möchte. ... Das überkommene Deutungsmuster verstellt den Blick auf eine wirkliche und in allen Landesteilen feststellbare Polarisierung gegensätzlicher Arten, auf die gleiche Herausforderung der Zeit zu reagieren: Während der eine Teil mit Verschlussung und Rückwärtsorientierung reagiert,

⁴⁴ Bundesrat Adolf Ogi sagte: "Was mir echte Sorgen bereitet, ist der Graben zwischen der West- und der Deutschschweiz. Da braucht es nun einen intensiven Dialog. Die Idee einer nationalen Versöhnungskonferenz muss jetzt geprüft werden. ... Wir müssen die Welschen mit einer noch grösseren Sensibilität behandeln und das Klima beruhigen." (Blick. 7.12.92). Hugo Bütler schrieb: "Die Kunst des politischen Dialogs und die Gaben staatsmännischer Verständigungsbereitschaft beim Bau neuer Brücken zwischen West- und Deutschschweiz sind jetzt gefragt." (NZZ. 7.12.92). Peter Ziegler stellte fest: "Gefragt sind jetzt nicht laute Siegesfeiern, sondern Dialog und Verständigung, vorab zwischen Deutschschweiz und Romandie. Dies ist die Stunde der Brückenbauer." (Der Bund. 7.12.92). Ständerat René Rhinow (fdp) reichte am 7.12.92 eine Motion zur Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften ein, die am 27.4.93 von der Kleinen Kammer überwiesen wurde. Bundesrat Kaspar Villiger erwog: "Vielleicht sollten wir eine aus geachteten Persönlichkeiten aus Politik, Kultur, Wirtschaft und Wissenschaft zusammengesetzte 'Groupe de réflexion' bilden, welche Ideen zur Erneuerung dieses Zusammenhalts (des Zusammenhalts der vier Kulturen in der Schweiz, der Verf.) entwickelt." (Ansprache vom 8.12.92 in Luzern. In: documenta. 4/1992. S. 10). Bundesrat Ogis Plädoyer für tatkräftiges Handeln erinnert an den Pfadfindersatz "Jeden Tag eine gute Tat": "... es muss uns ein Anliegen sein, jeden Tag mit einer positiven Geste zum guten Zusammenleben über die Sprachgrenzen hinweg beizutragen. Wir müssen die 'volonté de vivre ensemble' täglich unter Beweis stellen. Dies nicht nur mittels rhetorischer Beschwörungen. Wichtiger sind konkrete Anstrengungen...". (Schweizerzeit. 14.5.93).

entwickelt der andere Teil eine offene und vorwärtsorientierte Haltung. Dieser Gegensatz ist es, den man frei von falschen Versuchen regionaler Verortung diskutieren sollte. ... Verständigung sollte in erster Linie zwischen den Parteiungen der grossen gesellschaftlichen Optionen angestrebt werden."⁴⁵

Die Begriffe "Stadt/Land-Graben", "Zentrum/Peripherie-Konflikt", "Verteilungskonflikt" und "Linke/Rechte-Graben" sind weitgehend synonym und widerspiegeln die erheblichen Unterschiede des Durchschnittseinkommens und des Bildungsgrades von verschiedenen Bevölkerungsgruppen.⁴⁶ In einzelnen Kommentaren wurde darauf hingewiesen oder gar befürchtet, dass sich die sozialen Spannungen verschärfen könnten, bis hin zur Gefährdung des sozialen Friedens. Bundesrat Arnold Koller sagte: "Wohl noch tiefgreifender (als der Graben zwischen Deutsch und Welsch und der Stadt/Land-Gegensatz, der Verf.) sind die sozialen Gegensätze in unserer Gesellschaft zwischen dem sogenannten Bildungsbürgertum und jenen Bevölkerungskreisen, die durch die wirtschaftli-

⁴⁵ NZZ. 2.4.93. Der Journalist Frank A. Meyer argumentierte ähnlich: Das Bild vom Graben sei falsch, es gehe um viel mehr als um einen "imaginären Fossé", es gehe um die Zukunft der Schweiz. Von dieser gebe es zwei Vorstellungen, die in entgegengesetzter Richtung gingen: "Die Deutschschweiz blickt auf das Rütli, auf den Urnersee, auf die Waldstätten, aufs Réduit; die Suisse romande blickt auf Europa." Das sei kein Graben, das seien "zwei konträre Schweizen, was die Zukunft unseres Landes angeht. ... Der politische Konflikt zwischen den zwei Visionen muss ausgeglichen werden, dazu eignet sich wohlgemeinter Begegnungszauber überhaupt nicht; die 'Brückologie' hat ausgespielt, nur der Kampf für die Wende, für den Fall der Mauern, gibt Hoffnung; wir brauchen eine Romandie, die kämpft." (Blick. 20.12.92).

Den Vogel mit dem "Begegnungszauber", um bei Meyers nicht unzutreffendem Begriff zu bleiben, schoss wohl der Luzerner Verkehrsdirektor Kurt H. Illi mit der Aktion "Salut les Romands" ab, mit der er den Westschweizern anbot, sie könnten von Januar bis März 1993 - nota bene mit Ausnahme der besonders attraktiven Fasnachtszeit - zum halben Preis in den Luzerner Hotels nächtigen. Dies vor dem diskret verschwiegenen Hintergrund, dass die Hotelbetten in Luzern zu Jahresbeginn jeweils zu einem guten Teil unbelegt sind. Die allzu durchsichtige Offerte wurde denn auch vom Nouveau Quotidien - deutsch und deutlich - mit "Nein, danke" empört zurückgewiesen. (Siehe Die Weltwoche. 4.2.93).

⁴⁶ Siehe auch NZZ. 27./28.2.93.

che und gesellschaftliche Entwicklung der letzten Jahre tief verunsichert sind und sich zunehmend als Opfer dieser Veränderungen betrachten."⁴⁷ Ruth Dreifuss, damals noch Gewerkschaftssekretärin, gab zu bedenken: "A la tension entre Alémaniques et Romands s'ajoute bientôt une montée des conflits sociaux, sur fond de la crise économique."⁴⁸ Wolf Linder befürchtete: "Es ist zu vermuten, dass die sozial Schwächeren eher der Nein-Parole gefolgt sind. Gerade diese Menschen könnten in den nächsten Jahren zu den Verlierern gehören, vor allem dann, wenn es zu einem Rechtsrutsch käme. Ihnen und den Bauern dürfte es schlechter gehen. Die sozialen Spannungen werden wachsen, einseitige Deregulierung und Liberalisierung können Sozialabbau bewirken. Der soziale Friede könnte gefährdet sein."⁴⁹

Der Elite/Basis-Graben zwischen Bundesrat, Parlament, Kantonsregierungen, Parteien, Gewerkschaften, einem Grossteil der Wirtschaft und den meisten Medien einerseits und den Kantonen und dem Volk andererseits wurde vor allem auf mangelndes Vertrauen grosser Bevölkerungskreise in die Regierung und die Behörden zurückgeführt.⁵⁰ Kriesi et al. erachten den "clivage populiste" als den bedeutendsten Konflikt, gefolgt vom Röstigraben.⁵¹ Zur Überwindung des Elite/Basis-Grabens wurde ein Dialog zwischen den Repräsentanten von Staat, Gesellschaft und Politik einerseits und von Kultur und Wissenschaft andererseits postuliert und eine Vertretung und Stellvertretung des Volkes durch volksnahe Politiker gefordert.⁵² Der Thurgauer Regierungspräsident Ulrich Schmidli verlangte zudem einen pfleglicheren Umgang des Bundes mit den Kantonen: In bezug auf internationale Verpflichtungen sei ein Höchstmass an Fingerspitzengefühl nötig, wenn diese schliesslich vom Volk getragen werden sollten, und die Forderung nach vermehrter Mitsprache der Stände in aussenpolitischen Dingen, die

⁴⁷ documenta. 4/1992. S. 12f.

⁴⁸ Le Nouveau Quotidien. 7.12.92.

⁴⁹ Der Brückenbauer. 6.1.93.

⁵⁰ Siehe Kriesi/Longchamp/Passy/Sciarini. Analyse. S. 40ff.

⁵¹ Siehe ebenda. S. 40.

⁵² Siehe NZZ. 26.1.93.

sie direkt berühren, habe neben der aussenpolitischen auch eine staatspolitische Dimension. "Das Verhältnis Bund - Kantone ist schon seit geraumer Zeit nicht mehr so, wie es sein sollte. Es bedarf dringend der Verbesserung", hielt Schmidli fest.⁵³ Entgegen den Aussagen einzelner Politiker und Journalisten stellten die Wissenschaftler im Abstimmungsergebnis vom 6.12.92 weder einen Generationenkonflikt noch einen bildungsunabhängigen Einfluss des Geschlechts fest.⁵⁴

Einzelne Kommentatorinnen und Kommentatoren machten explizit auf die Gefährdung der inneren Stabilität durch die Vielzahl der am 6.12.92 aufgebrochenen Konflikte aufmerksam. So erachtete der damalige Bundesrat René Felber die Gräben als Bedrohung für die Solidarität. Bundesrätin Dreifuss sagte, die drohende Isolierung unseres Landes in Europa bedeute eine Verschärfung von bereits bestehenden Schwierigkeiten (Bedrohungen aufgrund der sich verschärfenden wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Situation; mögliche Gefährdung des Arbeitsfriedens; zunehmende Armut). Ständerat René Rhinow (fdp) sah den nationalen Zusammenhalt "in Ansätzen bedroht". Der Journalist François Gross meinte, bei der "zugeschlagenen Tür zu Europa" gehe es um nichts weniger als um die Voraussetzungen für die Zukunft unseres Landes, um das Wohlergehen und die Sicherheit seiner Einwohner. Oskar Scheiben, Redaktor an der "WochenZeitung", bezichtigte die angeblichen "Patrioten", sie hätten die Existenzgrundlagen der Schweiz in Gefahr gebracht.⁵⁵ Bundesrat Koller zeigte sich über-

⁵³ Siehe ebenda. 12.1.93.

⁵⁴ Siehe Kriesi/Longchamp/Passy/Sciarini. Analyse. S. 39-44. Meier-Dallach/Nef. Scherbenhaufen. S. 15f.

⁵⁵ Siehe EDA (Hg.). Die Schweiz und die Welt. 4/1992. S. 1 (Felber). Chance Schweiz. 2/93. S. 5 (Dreifuss). Bulletin Ständerat. Aprilsession 1993. S. 254 (Rhinow). Tages-Anzeiger Magazin. 6.2.92. S. 39, 41 (Gross). Scheiben schrieb in der WochenZeitung vom 11.12.92: "Diejenigen 'Patrioten', die antraten, um ein mythologisiertes Vaterland gegen einen neu gefundenen äusseren Feind und gegen die Landesverräter im Innern zu verteidigen, haben im Endeffekt die Existenzgrundlagen der wirklichen Schweiz in Gefahr gebracht. Grundlagen, zu denen etwa die Koexistenz von Sprachen und Kulturen und eine bestimmte, gewiss nicht unproblematische Form des sozialen Friedens gehören."

rascht, dass trotz der direkten Demokratie mit ihren vielfältigen Initiativ- und Vetorechten am 6.12.92 so deutlich Gräben, Gegensätze, innere Spannungsfelder und Trennlinien zutage getreten waren. "Dennoch wäre es falsch, wegen des Nein zum EWR den Anfang einer Staatskrise in der Schweiz herbeizureden", schrieb der Justizminister.⁵⁶

Bundesrat Koller appellierte bereits am Abend des denkwürdigen Abstimmungssonntags im Namen der Landesregierung an alle Befürworter und Gegner des EWR-Vertrags, die Reihen jetzt wieder zu schliessen; Bundespräsident Ogi beschwor in seiner Neujahrsansprache die gemeinsame Stärke des Schweizervolkes nach dem negativen EWR-Entscheid; Nationalrat Christoph Blocher (svp), der "Sieger" des 6.12.92, meinte, vier Dinge seien jetzt entscheidend: Einsatzbereitschaft statt Delegation von Aufgaben nach Brüssel, Glaube an die Funktionsfähigkeit der Institutionen, Vertrauen in unsere Behörden und Respektierung des Volkswillens.⁵⁷ Mit solchen Appellen und Beschwörungen dürfte die schwierige innere Lage wohl kaum zu meistern sein.⁵⁸ Jacques Pilet, Chefredaktor des "Nouveau Quotidien", setzte ausschliesslich auf die Öffnung: "Seul un projet d'avenir commun peut renforcer le lien confédéral. Pas trop de discours, mais de l'action. Dès lors, tous les partisans de l'ouverture, ici comme là-bas, doivent s'allier pour vaincre."⁵⁹ Am meisten dürfte eine Doppelstrategie versprechen, wie sie neben anderen auch von Hugo Bütler gefordert wurde: "Erfolgreiches Handeln und die Überwindung einer helvetischen Neigung zu Mutlosigkeit und Resignation sind nur möglich, wenn

⁵⁶ Europa Archiv. Folge 13-14/1993. S. 416.

⁵⁷ Siehe EDA-Agenda. Dezember 1992. S. 24 (Koller). Bundeskanzlei (Hg.). documenta. 1/1993. S. 2 (Ogi). Blick. 7.12.92 (Blocher).

⁵⁸ Ständerat Luregn Mathias Cavelti (cvp) fragte in einer Interpellation vom 6.10.93 mit dem Titel "Nationale Einigungskonferenz zur Europafrage": "Ist der Bundesrat bereit, zur Erarbeitung eines breit abgestützten Konzeptes eine nationale Konferenz (eine Art 'Etats Généraux') unter Einbezug von Vertretern der Jugend, der Politik (Bund und Kantone, seinerzeitige Befürworter und Gegner des EWR), der Wirtschaft (Bauern, Gewerbe, Gewerkschaften, Industrie, Tourismus) und der Wissenschaft einzuberufen?"

⁵⁹ Le Nouveau Quotidien. 8.12.92.

das Land im Innern nach diesem zerfleischenden Urnengang wieder zu mehr Geschlossenheit und nach aussen zu einer neuen Perspektive findet."⁶⁰ Bundesrat Koller erachtete eine innere Stärkung (Überdenken von Neutralität, Volksrechten und Föderalismus; Regierungsreform) als notwendige Voraussetzung für eine grundlegende Öffnung nach aussen.⁶¹ Die extreme Polarisierung in zahlreichen sich kompliziert überlagernden Konfliktfeldern und die stark heterogene Opposition gegen die Integration der Schweiz in Europa erschweren es jedoch ausserordentlich, innere Geschlossenheit und eine gemeinsame Perspektive nach aussen zu gewinnen. Ob die Romands in der Lage sein werden, der Eidgenossenschaft den nötigen Auftrieb zu geben, so dass diese sich wieder auf eine "grosse Fahrt" Richtung Brüssel wagt, bleibt abzuwarten.⁶² Kriesi et al. zogen eine realistische Lehre für die künftigen Integrationsschritte der Schweiz: "Finalement, notre analyse permet de dégager un enseignement principal quant à l'avenir de l'intégration européenne de la Suisse. Cet enseignement est offert par le succès de la campagne déterminée des opposants, cause immédiate du rejet de l'EEE: s'ils entendent combler le fossé qui les sépare aujourd'hui des opposants, les partisans de l'intégration européenne doivent trouver, à leur tour, un moyen de lier favorablement la cause qu'ils défendent avec les croyances des Suisses; ils doivent, autrement dit, montrer en quoi l'identité suisse peut s'accommoder d'une ouverture vers la CE, voire même être renforcée par cette ouverture. Ce changement des mentalités nous paraît être une condition sine qua non pour l'avenir européen de la Suisse."⁶³

Das Ergebnis der EWR-Abstimmung vom 6. Dezember 1992 gefährdete den inneren Zusammenhalt der Schweiz und war somit sicherheitspolitisch höchst brisant. Ob sich die Eidgenossenschaft nach dem 6.12.92 vorübergehend in einer Staatskrise befand oder nicht, ist eine unerhebliche semantische Frage, solange dieser Begriff nicht definiert wurde - weder von denen, die eine solche diagnostizierten, noch von denen, die davon partout nichts wissen

⁶⁰ NZZ. 7.12.92.

⁶¹ Siehe Europa Archiv. Folge 13-14/1993. S. 420.

⁶² Siehe François Gross im Tages-Anzeiger Magazin. 6.2.93. S. 39, 41.

⁶³ Kriesi/Longchamp/Passy/Sciarini. Analyse. S. 68, 82.

wollten. Die akute Phase der inneren Zerrissenheit scheint zwar glücklich überstanden zu sein. Das heisst aber nicht, dass die am 6.12.92 drastisch zutage getretenen inneren Konflikte überwunden wären. Solange diese vielschichtigen Spannungen, Gegensätze, Polarisierungen und Gräben - vor allem der zentrale Konflikt zwischen Tradition und Moderne - nicht offen ausgetragen und solange dafür nicht allseits befriedigende Lösungen gefunden werden, schwelen sie weiter, und weitere akute Zerreihsproben sind programmiert. Ob diese dann auch relativ glatt über die Bühne gehen werden, ist eine offene Frage und darf zumindest bezweifelt werden.

Damoklesschwert der wirtschaftlichen Benachteiligung

Nach der Abstimmungsniederlage vom 6.12.92 verfolgte und verfolgt der Bundesrat die nachstehende Strategie: Das Ziel besteht darin, die politische Isolation und die wirtschaftliche Benachteiligung der Schweiz in (West-)Europa zu vermeiden.⁶⁴ Dieses Ziel soll mit folgenden Mitteln erreicht werden: innenpolitisch durch ein Folgeprogramm zur marktwirtschaftlichen Erneuerung (Revitalisierung, Deregulierung, Liberalisierung) und durch selektive Anpassung von schweizerischem Recht an das EG-Recht (Eurokompatibilität durch Swisslex); aussenpolitisch durch das Offenhalten aller Optionen (bilaterale Verhandlungen mit der EG und ihren Mitgliedstaaten, zweite EWR-Abstimmung, EG-Beitritt) unter Ausschluss des Alleingangs.⁶⁵

⁶⁴ Im Bericht über die Aussenpolitik hält der Bundesrat allgemein fest: "... ein internationales Abseitsstehen verbaut Chancen, die innerstaatliche Politik international abzustützen und internationale Impulse im Innern aufzunehmen, schützt gleichzeitig aber nicht vor Betroffenheit durch Entschiede, die ausserhalb der Schweiz getroffen werden." (S. 6).

⁶⁵ Siehe Botschaft über das Folgeprogramm nach der Ablehnung des EWR-Abkommen. In: BBl 1993 I 805-994; NZZ. 14.1.93. 20.1.93. 5.2.93 (Franz Blankart). Spinner, Bruno. Welche Option führt zum Ziel? Sechs Monate nach dem EWR-Nein der Schweiz. In: EDA (Hg.). Die Schweiz und die Welt. 2/1993. S. 4-7. Im Bericht über die Aussenpolitik wird zur Liberalisierung ausgeführt: "Die Liberalisierung der Wirtschaft sowie sozialpolitische Reformen sind für die wirtschaftliche Entwicklung und damit für die

Mit dem Revitalisierungsprogramm sollen nach Absicht des Bundesrates jene wirtschaftlichen, finanzpolitischen und gesellschaftlichen Liberalisierungen eigenständig vorgenommen werden, die sich durch die Teilnahme am EWR sozusagen von selbst ergeben hätten. Ziel des Programms ist ein eurokompatibler Binnenmarkt; die Strategie lautet: Konkurrenzfähigkeit durch mehr Wettbewerb; wesentliche Massnahmen, die paketweise verwirklicht werden sollen, bestehen in einem selektiven Kartellverbot, in der Liberalisierung des Arbeitsmarktes und in der Optimierung des Zugangs zum europäischen Binnenmarkt inklusive der Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Die Europaverträglichkeit des schweizerischen Wirtschaftsrechts wird vom Bundesrat als unabdingbare Voraussetzung für bilaterale Verhandlungen betrachtet.⁶⁶

Dem Revitalisierungsprogramm stellen sich in der Praxis beträchtliche, wenn nicht gar unüberwindliche Hindernisse in den Weg. Es ist mehr als fraglich, ob - besonders in der derzeitigen Rezession - der politische Wille dafür überhaupt vorhanden ist.⁶⁷ Die vom Bundesrat angestrebten Reformen werden von Teilen der Wirtschaft als ungenügend erachtet.⁶⁸ Um den Abbau beziehungsweise die

Wohlfahrt besonders wichtig. Das EWR-Folgeprogramm vom 24. Februar 1993, insbesondere Swisslex, bringt auf gesetzgeberischer Ebene erwünschte Neuerungen. Die schon verwirklichten und noch geplanten Anpassungen begünstigen die Eurokompatibilität unserer Gesetzgebung und bringen folglich eine Annäherung an Europa." (S. 32). Eine Übersicht über den Stand von "Swisslex" ein Jahr nach der Abstimmung vom 6.12.92 findet sich in der NZZ vom 6.12.93.

⁶⁶ Siehe Botschaft Folgeprogramm. NZZ. 21.1.93. 28.4.93.

⁶⁷ Siehe NZZ. 11.1.93. 17.3.93. 10./11.4.93. 24./25.4.93. 27.4.93. Michael Schorer brachte es auf den Punkt: "Es sieht ganz danach aus, als ob mit dem EWR-Nein die Innenpolitik wieder in den alten Trott verfällt und zum wirtschaftspolitischen Klein-klein-Spiel zurückkehrt, zum zähen Verteidigen der jeweiligen Einzelinteressen, zum jahre- und jahrzehntelangen Feilschen um kleinste Gesetzesanpassungen." (Der Bund. 26.2.93).

⁶⁸ Siehe NZZ. 21.1.93. 6.5.93. Nationalrat Simon Epiney (cvp) prophezeite: "Die halbhatzigen und völlig unzureichenden Massnahmen werden wohl als weiteres Kapitel eidgenössischer Kompromisse enden." (NZZ. 27.4.93) Alt Bundesrat Rudolf Friedrich stellte lakonisch fest: "Zu glauben, dass

Erhaltung der Leistungen des Sozialstaates und um die weitere Entwicklung des Umweltschutzes ist eine scharfe Auseinandersetzung zwischen den Arbeitgebern auf der einen und den Gewerkschaften und dem Bundesrat auf der anderen Seite entbrannt.⁶⁹ In einer ersten Zwischenbilanz des Revitalisierungsprogramms vermochte der Bundesrat keine signifikanten Indikatoren aufzuzeigen, die auf eine Verbesserung der Wirtschaftslage hindeuten würden.⁷⁰

Die vom Bundesrat notgedrungen angestrebte Eurokompatibilität ist letzten Endes nichts anderes als eine Form von Souveränitätsverlust, den die Schweiz als Folge des Neins vom 6. Dezember 1992 in Kauf zu nehmen hat.⁷¹ Die "Süddeutsche Zeitung" prognostizierte nach dem Volksentscheid richtig, dass die Schweiz auch ohne EWR alles unternehmen werde, um sich den europäischen Regelungen anzupassen, und bezeichnete diese Bemühungen nicht ohne Häme als "eine Art vorauseilenden Gehorsam".⁷² Nationalrätin

das Revitalisierungsprogramm des Bundesrates das Abseitsstehen vom EWR kompensieren werde, ist eine glatte Illusion." (Der Bund. 22.3.93).

⁶⁹ Die Arbeitgeber fordern ein "sozialpolitisches Moratorium", die Gewerkschaften wollen dem "Angriff auf den sozialen Frieden" mit aller Härte begegnen (siehe NZZ. 7.12.92. Der Bund. 7.12.92). Bundesrat Cotti erklärte, als er noch Innenminister und als solcher für die Sozial- und die Umweltpolitik verantwortlich war: "Deregulierung darf in keiner Weise sozialen Abbau bedeuten. Dagegen werde ich Widerstand leisten. Das gilt auch für die ökologischen Errungenschaften." (Politik und Wirtschaft. Januar 1993. S. 29). Im selben Sinne äusserte sich Bundesrat Ogi: "Der Bundesrat verwechselt Liberalisierung allerdings nicht mit Sozial-Darwinismus oder blankem Manchester-Liberalismus. Die Revitalisierung darf nicht auf Kosten der Umwelt oder der in unserem Land erarbeiteten sozialen Substanz erfolgen." (Schweizerzeit-Schriftenreihe. Nr. 14. S. 32). NZZ-Redaktor Gerhard Schwarz sprach von einer "unzulässigen Gleichsetzung von Deregulierung und sozialer Demontage" und meinte salomonisch, "eine richtig verstandene Deregulierung und Privatisierung, die auch eine am Wettbewerb und an den Finanzierungsgrenzen orientierte Sozialpolitik einschliesst, nützt vielmehr à la longue auch und gerade den Schwachen." (NZZ. 20./21.2.93). David de Pury konstatierte: "Die Koalition zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen im Vorfeld der EWR-Abstimmung hat sich schnell wieder zerschlagen." (NZZ. 26.5.93).

⁷⁰ Siehe NZZ. 4.11.93.

⁷¹ Siehe Der Bund. 18.3.93.

⁷² Siehe Tages-Anzeiger. 8.12.92.

Verena Grendelmeier (ldu) brachte es auf den Punkt: "Wir müssen EWR-fähig werden, weil wir nicht im EWR sind".⁷³ Die Eurokompatibilität ist mit dem Risiko behaftet, dass die Schweiz keine Garantie hat, dass die EG und die aussereuropäischen Wirtschaftspartner Reziprozität gewähren. Staatssekretär Franz Blankart formulierte diesen Sachverhalt in bezug auf die EG wie folgt: "... selbst wenn die Schweiz ihre Hausaufgaben erfolgreich lösen sollte, erhalten wir nicht als garantierte Gegenleistung den freien Marktzutritt zum Binnenmarkt, wie das mit dem EWR der Fall gewesen wäre."⁷⁴ Nationalbank-Direktor Urs W. Birchler vertrat im Gegensatz zur bundesrätlichen Strategie die These, die Schweiz solle eurokompetitiv statt eurokompatibel werden: "Mehr Erfolg als ein passives Nachahmen der EG-Gesetzgebung verspricht ein aktives Konkurrieren mit europäischen und anderen ausländischen Normen. Eine selektive Annäherung schweizerischer Vorschriften an diejenigen der EG kann Bestandteil einer Konkurrenzstrategie sein. Ein unkritischer Nachvollzug des EG-Rechts würde jedoch die Nachteile der Ablehnung des EWR mit den Nachteilen der EG-Mitgliedschaft verbinden."⁷⁵

Die bisherigen wirtschaftlichen Folgen des Neins zum EWR beziehungsweise des Ausgeschlossenseins vom EU-Binnenmarkt - und damit auch die ökonomischen Nachteile des Abseitsstehens - können nicht präzise quantifiziert und bilanziert werden. Dies vor allem aus zwei Gründen: Zum einen ist der EWR erst ab 1. Januar 1994 in Kraft, und zum andern ist es unmöglich, negative Auswirkungen des EWR-Neins und negative Einflüsse der wirtschaftlichen Rezession (oder Stagnation) eindeutig auseinanderzuhalten.⁷⁶ Immerhin

⁷³ Bulletin Nationalrat. Aprilsession 1993. S. 692.

⁷⁴ Die Weltwoche. 10.12.92. Wenn der luxemburgische Ministerpräsident Jacques Santer erklärte, er sehe keinen Grund, den autonomen Liberalisierungsanstrengungen der Schweiz durch die Verweigerung der Reziprozität Hindernisse in den Weg zu legen, dann ist damit noch nichts über die Haltung der übrigen EG-Staaten gegenüber den schweizerischen Bemühungen um Eurokompatibilität gesagt. (Siehe NZZ. 22.1.93).

⁷⁵ NZZ. 17./18.4.93.

⁷⁶ Siehe NZZ. 27./28.2.93. 28.4.93. 30.4.93. 18.6.93; EDA-Agenda. Mai 1993. S. 57. Bundesrat Ogi meinte, die allfälligen Nachteile des EWR könnten

gibt es einzelne Bereiche, in denen sich bereits erste handfeste Nachteile ergeben haben, am deutlichsten bei der Swissair. Diese hat als erstes schweizerisches Unternehmen die Auswirkungen des Neins zum EWR drastisch zu spüren bekommen. Als Folge der Absage an den EWR bleibt ihr der gleichberechtigte Zugang zum liberalisierten europäischen Binnenmarkt verwehrt, und sie sieht sich unter anderem auch aus diesem Grund zum Zusammenschluss mit ausländischen Partnern gezwungen.⁷⁷ Weniger einschneidend sind die bisherigen Nachteile beim Aussenhandel, wo Erschwernisse im Zusammenhang mit den Ursprungsnachweisregeln aufgetreten sind.⁷⁸ Als gravierend werden die psychologischen Auswirkungen des Neins gewertet: Die Wirtschaft nimmt zum Teil eine investitionshemmende abwartende Haltung ein und harret der Dinge, die da von der Politik kommen sollen - und nicht kommen. Jean Russotto, Präsident der "Schweizer EG-Lobby" in Brüssel, meinte, in der EG werde die Schweiz nach dem 6.12.92 als "Insel" und "Niemandland" betrachtet und in EG- und in Wirtschaftskreisen da und dort "vergessen".⁷⁹ Fachleute rechnen damit, dass negative

erst in etwa zwei Jahren schlüssig beurteilt werden. (Siehe Schweizerzeit. 14.5.93).

⁷⁷ Siehe Handels Zeitung. 8.7.93. Der Bund. 27.3.93. 19.6.93. 22.10.93. 4.12.93. Die Weltwoche. 1.4.93. Der Spiegel. 12.4.93. NZZ. 8.4.93. 22.11.93.

⁷⁸ Siehe Tages-Anzeiger. 25.7.93. NZZ. 29.7.93. Selbst Nationalrat Blocher konstatierte mögliche Erschwerungen beim Zertifizierungswesen. (Siehe NZZ. 16.9.93). In der NZZ vom 8.4.93 wird von "ersten EWR-Kratzern in der schweizerischen Wirtschaft" gesprochen. Als besonders gefährdet werden die Investitionsgüter-, die Textil- und die Nahrungsmittelindustrie erachtet.

⁷⁹ Siehe Handels Zeitung. 26.8.93. In einer von der Zeitschrift "L'Hebdo" unter 536 Westschweizer Firmen durchgeführten Umfrage kommt diese negative Erwartungshaltung deutlich zum Ausdruck: 72 Prozent der Industrie- und 62 Prozent der Dienstleistungsunternehmen rechnen mit negativen Folgen des Neins zum EWR. 41 beziehungsweise 25 Prozent der befragten Firmen wollen ihre Tätigkeit teilweise in die EG verlagern, meist unter Stellenabbau in der Schweiz (siehe L'Hebdo. 25 mars 1993. S. 28-35). Rudolf Bächtold schrieb: "Das Nein entwickelt eine fatale psychologische Wirkung im wohl ungünstigsten Zeitpunkt. ... Die Wirtschaft richtet sich offensichtlich auf Abwarten ein. Revitalisierungsprogramme in Ehren; doch solange unsicher bleibt, welchen Platz unser Land im

wirtschaftliche Auswirkungen des EWR auf die Schweiz eher mittel- als kurzfristig auftreten werden. Die abzusehenden Wettbewerbsnachteile sind nur zum Teil messbar.⁸⁰ Am schwierigsten sind die längerfristigen wirtschaftlichen Konsequenzen des Alleingangs zu beurteilen, das heisst die zu erwartenden Schäden im Falle des Misslingens der Revitalisierung.⁸¹ Botschafter Bruno Spinner, Chef des Integrationsbüros EDA/EVD, stellte zwei Tendenzen fest: "Zum einen werden wir uns daran gewöhnen müssen, länger als erwünscht mit der Ungewissheit über unser zukünftiges Verhältnis zur EG zurechtzukommen. Zum andern scheinen unsere westeuropäischen Partner davon überzeugt, dass die Schweiz das Nötige tun muss, damit sie weder politisch, kulturell noch wirtschaftlich zur europäischen Provinz wird."⁸² Um falschen Verallgemeinerungen und wenig fruchtbaren Spekulationen hüten und drüben, die den inneren Zusammenhalt zusätzlich belasten könnten, vorzubeugen, wurde von verschiedenen Seiten gefordert, die effektiven wirtschaftlichen Diskriminierungen der Schweiz gegenüber der EG müssten objektiv untersucht werden.⁸³ In der Folge gab der Bundesrat eine

europäischen Raum einnehmen wird, dürften sie fromme Absichtserklärungen bleiben." (Die Weltwoche. 10.12.92). Siehe auch NZZ. 18.3.93. Russotto hielt fest, die bisherigen Nachteile aus dem Alleingang seien "zwar keine Katastrophen, aber lästige Nebenerscheinungen, die den Unternehmen die Alltagsarbeit erschweren". Die Probleme würden sich ab 1994 zunehmend bemerkbar machen, wenn der EWR in Kraft getreten ist. (Siehe Handels Zeitung. 26.8.93).

⁸⁰ Siehe NZZ. 27./28.2.93. Als wahrscheinliche negative Folgen werden genannt: Schwierigkeiten für kleine und mittlere Betriebe, Wohlstandsschwund im Volk, Nachteile für die Exportindustrie, Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland, geringere Neigung von ausländischen Unternehmen, in der Schweiz zu investieren. Siehe auch Tages-Anzeiger. 26.8.93. NZZ. 26.8.93. 27.8.93. Nach Ansicht von Alois Bischofberger, dem Chefökonom der Schweizerischen Kreditanstalt, lassen sich die Folgen des Abseitsstehens der Schweiz erst 1995 oder 1996 quantifizieren. (Siehe NZZ. 26.8.93).

⁸¹ Siehe NZZ. 4.1.93.

⁸² Die Schweiz und die Welt. 2/1993. S. 4.

⁸³ Siehe NZZ. 28.4.93. Der Bund. 7.12.92. Tages-Anzeiger. 31.12.92. 17.3.93. Zur Kontroverse über die von Nationalrat Blocher geltend gemachten

Machbarkeitsstudie über die Ermittlung von wirtschaftlichen Auswirkungen des EWR - also auch von allfälligen wirtschaftlichen Vorteilen des Abseitsstehens vom EWR - verwaltungsextern in Auftrag.⁸⁴

In der Forschung im Rahmen der EG hat die Schweiz nach dem 6.12.92 im wesentlichen die folgenden Nachteile in Kauf zu nehmen: Schweizer Teilnehmer sind aus den Gremien, in denen über die Forschungsinhalte entschieden wird, ausgeschlossen, können keine Projekte leiten und weiterhin nur projektweise an den Forschungsprogrammen teilnehmen, und sie erhalten keine finanzielle Unterstützung von der EG-Kommission.⁸⁵ Die Teilnahme von Schweizer Forscherinnen und Forschern an EG-Programmen ist damit nicht verunmöglicht, aber erschwert. Wenn die Schweiz ihr Ziel, die volle Teilnahme am vierten EG-Forschungsrahmenprogramm 1994-1998, nicht erreichen sollte, dann hat dies mittel- und langfristig negative Auswirkungen; direkte auf den Denkplatz Schweiz und indirekte auf den Werkplatz Schweiz. Das entsprechende Know-how im eigenen Land zu erarbeiten und auf ausgewählten Schwerpunktgebieten und in Nischen an der Weltspitze mitzuhalten, wie dies von Nationalrat Paul Schmidhalter (cvp) gefordert wurde, dürfte schwierig sein.⁸⁶

positiven wirtschaftlichen Folgen des Neins zum EWR siehe Sonntags-Blick. 20.12.92. Tages-Anzeiger. 17.4.93. Schweizerzeit. 14.5.93. NZZ. 19./20.6.93. Der Bund. 4.12.93.

⁸⁴ In der Machbarkeitsstudie sollen mögliche wirtschaftliche Auswirkungen des Neins zum EWR in Form von Hypothesen dargestellt werden. Mit ihrer Durchführung wurden das Institut für empirische Wirtschaftsforschung an der Hochschule St. Gallen und die Konjunkturforschungsstelle an der ETH Zürich beauftragt. Die Machbarkeitsstudie soll Ende Februar 1994 vorliegen. Aufgrund ihrer Ergebnisse wird über die Vergabe von Aufträgen für formelle Studien entschieden. (Telefonische Auskünfte von Dr. Peter Saurer, Dienstchef allgemeine Wirtschaftsfragen im Bundesamt für Konjunkturfragen, vom 26.11.93).

⁸⁵ Siehe Agenda. Informationen aus den Nationalen Forschungsprogrammen und den Schwerpunktprogrammen. April 1993. S. 9.

⁸⁶ Siehe NZZ. 1.3.93.

Verpasste Chance für die Wirtschaftliche Landesversorgung

Das Nein zum EWR hat keine einschneidenden negativen Auswirkungen auf die Wirtschaftliche Landesversorgung. Umgekehrt wäre der EWR-Beitritt für die Wirtschaftliche Landesversorgung tendenziell vorteilhaft gewesen, da zwischenstaatliche wirtschaftliche Vereinbarungen immer auch einen Beitrag an die Versorgungssicherung leisten. In diesem Sinne wurde mit dem Nein vom 6.12.92 eine Chance verpasst. Nach der Ablehnung des EWR ist die Schweiz gezwungen, ihre Versorgung auf der Grundlage der bisherigen internationalen Verträge sicherzustellen. Der Lagerhaltung, insbesondere den Pflichtlagern, die bei einer Versorgungskrise das Überleben des Landes während einer angemessenen Zeit garantieren sollen, kommt in dieser Situation eine erhöhte Bedeutung zu.

Die Zusammenarbeit der Swissair mit ausländischen Fluggesellschaften kann dazu führen, dass unser nationaler Carrier seine Selbständigkeit teilweise einbüsst. Damit würde die sicherheitspolitische Aufgabe der Swissair, die Schweiz im Krisen- und Kriegsfall auf dem Luftweg mit Gütern zu versorgen, in Frage gestellt.⁸⁷ Wie dieser Aufgabe in den Vertragsbestimmungen zwischen der Swissair und ihrem/ihren zukünftigen Partner(n) Rechnung getragen wird, dürfte für den Bundesrat, der die Verantwortung für die Sicherheitspolitik des Landes trägt, von besonderem Interesse sein. Jacques Pilet machte darauf aufmerksam, dass die breite F/A-18-Diskussion die sicherheitspolitisch viel wichtigere Frage der Zukunft der Swissair überdeckt habe: "Il est assez effarant de constater à quel point cette histoire d'avions (die F/A-18-Beschaffung, der Verf.) a pu obnubiler l'opinion. Alors qu'une autre question aéronautique, autrement plus importante pour l'avenir économique du pays, est abordée avec beaucoup de légèreté, de désinvolture et de naïveté. Si la Suisse perd le contrôle de la compagnie aérienne qui la dessert en priorité, elle hypothéquera bien évidemment sa sécurité, au sens le plus large du terme. Mais cela, beaucoup de politiciens tardent à le comprendre. ... Les éclats de l'actualité sont trompeurs. Dans vingt ans, le vacarme des F/A-18 sera oublié. Mais les choix diplomatiques et économiques brûlants qui se posent à

⁸⁷ Siehe ebenda. 28.5.93.

nous ces mois-ci sans toujours faire la une auront déterminé, pour une bonne part, notre vie quotidienne. Et notre sécurité."⁸⁸

Spielraumverlust in der Integrationspolitik

In seiner im Januar 1993 erstmals formulierten Strategie für die Integrationspolitik nach dem 6.12.92 schloss der Bundesrat den Alleingang ausdrücklich aus. Die drei Optionen, die sich die Landesregierung offen halten will, wurden von ihr im Verlauf des Sommers 1993 wie folgt präzisiert: Bilaterale Verträge sollen mit der EG, dem EWR oder einzelnen EG- oder EWR-Mitgliedstaaten angestrebt werden; eine zweite Abstimmung über den Beitritt zum EWR kommt erst dann in Frage, wenn die innen- und aussenpolitischen Voraussetzungen dafür gegeben sind; analog ist die Aufnahme von Verhandlungen über den EG-Beitritt erst dann ein Thema, wenn die innenpolitischen, aussenpolitischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen dazu erfüllt sind. Vorderhand stehen für den Bundesrat bilaterale Verhandlungen im Vordergrund, wobei diese, wie Bundesrat Cotti im August 1993 ausführte, "nur eine provisorische Lösung sein können".⁸⁹ Bundesrat Delamuraz erklärte im Juni 1993, sowohl Beitrittsverhandlungen als auch die Forcierung einer zweiten EWR-Abstimmung wären "im jetzigen Zeitpunkt eine Provokation".⁹⁰ Am 27. September 1993 bestätigte die Landesregierung ihre Politik der drei integrationspolitischen Optionen: Aus innen- und aussenpolitischen Gründen hätten kurzfristig die bilateralen Verhandlungen Priorität; es sei verfrüht, zu einem zweiten EWR-Anlauf Stellung zu nehmen, solange Österreich, Schweden, Finnland und Norwegen nicht über ihre EG-Mitgliedschaft entschieden haben; der EG-Beitritt bleibe das Endziel der schweizerischen Europapolitik, und das Beitrittsgesuch der Schweiz werde aufrechterhalten.⁹¹ In dem Ende November 1993 endlich erschiene-

⁸⁸ Le Nouveau Quotidien. 7.6.93.

⁸⁹ Siehe NZZ. 14.1.93. 20.1.93. 23.8.93.

⁹⁰ Siehe ebenda. 29.6.93.

⁹¹ Siehe Schweizerische Bundeskanzlei. Communiqué vom 29.9.93. In der NZZ vom 4.10.93 wird richtig festgestellt, dass diese Pressemitteilung weder Akzentverschiebungen in der Integrationspolitik noch gar ein neues europapolitisches Signal enthalte.

nen bundesrätlichen Bericht über die Aussenpolitik wird die integrationspolitische Strategie in ihren wesentlichen Zügen erneut bestätigt: Der Beitritt zur EU wird als "strategisches Ziel" der Integrationspolitik bezeichnet. Zu den bilateralen Verhandlungen wird unter anderem ausgeführt: "Im Lichte der Ablehnung des Abkommens über den EWR orientiert sich der Bundesrat an der pragmatischen Zielsetzung bilateraler Verhandlungen, bis die Bedingungen für weitergehende Verhandlungen erfüllt sind. Er räumt daher gegenwärtig dem bilateralen sektoriellen Ansatz ... Priorität ein." Eine allfällige Teilnahme am EWR-Vertrag werde sowohl auf innen- als auch auf aussenpolitischer Ebene laufend sorgfältig geprüft. "Die Option einer Verhandlung im Hinblick auf den nachträglichen Beitritt zum EWR ist eine ernsthafte Möglichkeit, die uns von den EWR-Partnern ausdrücklich offengehalten wird. Unter Umständen könnte es sich als wünschbar erweisen, diese Form der schweizerischen Beteiligung am europäischen Integrationsprozess ebenfalls wieder zu erwägen", schreibt der Bundesrat. Erstmals unterbreitet die Landesregierung einen "zeitlichen Rahmen" für die Integrationspolitik: Die bilateralen Verhandlungen sollen in der Legislaturperiode 1991-1995 abgeschlossen werden, wobei voraussichtlich Ende 1994 eine erste Beurteilung vorgenommen werden soll, damit der Bundesrat "im Lichte dieser Bilanz und in Beantwortung entsprechender Volksinitiative(n) die weiteren Schritte festlegen kann"; in der Legislaturperiode 1995-1999 ist vorgesehen, "die multilaterale Integration der Schweiz mit der EU einzuleiten und, sofern die innen- und aussenpolitischen Voraussetzungen erfüllt sind, zu verhandeln". Dieser "Ansatz" könne "einen Beitritt zur EU, aber auch einen Beitritt zum EWR beinhalten".⁹²

⁹² Siehe Bericht über die Aussenpolitik. S. 29f. Die zitierten Kernaussagen zur Integrationspolitik wurden in der Presse zum Teil kritisiert. Der "Bund" schrieb, die Aussagen trügen wenig zur Klärung des Integrationskurses bei, im Tages-Anzeiger wurde von mangelnder Kühnheit und Konsequenz und von "Wortklauberei" gesprochen. Der Bundesrat biete Hand zu einem "innenpolitischen Europafrieden". Der Nouveau Quotidien bedauerte, dass der Bundesrat dem Druck der bürgerlichen Parteien nachgegeben habe und vor den eidgenössischen Wahlen vom Herbst 1995 nichts in Richtung EU-Beitritt oder EWR-Beitritt unternehmen wolle. (Siehe Der Bund. 3.12.93. Tages-Anzeiger. 3.12.93. 6.12.93. Le Nouveau Quotidien. 3.12.93). Die NZZ meinte, bei den Aussagen über die europäi-

Die integrationspolitische Strategie des Bundesrates wurde von verschiedenen Seiten grundsätzlich kritisiert. EG-Kommissionspräsident Jacques Delors liess Mitte Februar 1993 - nachdem seit dem negativen Volksverdict schon mehr als zwei volle Monate ins Land gegangen waren - verlauten, in Brüssel sei man über Berns Europapolitik noch nicht schlüssig, es würden weitere Standortbestimmungen zum Beitrittsgesuch, zur EWR-Renaissance oder zum Bilateralismus erwartet.⁹³ "Optionen sind noch keine Politik", stellte der frühere Staatssekretär Paul R. Jolles fest.⁹⁴ Ständerat Thomas Onken (sp) schrieb, es werde immer offensichtlicher, dass wir zwar drei Optionen hätten, dass aber keine wirklich funktioniere; sie seien proklamiert worden, aber sie würden nicht betrieben.⁹⁵ Ständerat René Rhinow (fdp) machte geltend, die drei Optionen seien nicht gleichwertig; "das Bemühen, bilaterale Vertragsverhandlungen aufzunehmen", sei keine Option, sondern "eine der

sche Integration sei der Konsenscharakter offensichtlich. Mit dem "europapolitischen Katechismus des Bundesrates" lasse sich leben. Man möge allenfalls bedauern, dass durch die Fixierung auf die EU-Frage die Möglichkeiten einer gesamteuropäischen Integration nicht ausgelotet wurden. (Siehe NZZ. 4./5.12.93). Im Abschnitt "Innenpolitische Abstützung der Aussenpolitik" des Berichts führt der Bundesrat unter anderem aus, indem er dem erfolgreichen Abschluss bilateraler sektorieller Verhandlungen grundsätzliche Priorität einräume, trage er dem Volkswillen (in unserem Zusammenhang dem EWR-Nein vom 6.12.92, der Verf.) gebührend Rechnung. Im längerfristigen Interesse des Landes, um der Schweiz alle Chancen für eine optimale Interessenwahrung offenzuhalten, sehe sich die Landesregierung jedoch verpflichtet, auch vom Volk verworfene oder im Volk stark umstrittene Lösungen erneut zur Diskussion zu stellen, und veranlasst, am strategischen Ziel des EU-Beitritts festzuhalten. (S. 41f).

⁹³ Siehe NZZ. 11.2.93.

⁹⁴ Der Bund. 19.6.93. Ähnlich äusserte sich Nationalrat Jacques-Simon Eggly (lib) in der NZZ vom 27.4.93. Nationalrat Jean-Philippe Maître (cyp) fragte sich, ob es bei den vom Bundesrat beschriebenen angeblichen Optionen nicht bloss um eine Stilübung gehe (siehe NZZ. 28.4.93), Nationalrat Peter Bodenmann (sp) bezeichnete die Rede von den drei Optionen als Gemeinplatz (siehe NZZ. 28.4.93).

⁹⁵ Siehe europa. 5/1993. S. 10. Onken postulierte, durch das Vorantreiben der Option EWR sei aussenpolitische Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen.

unmittelbaren operationellen Handlungsnotwendigkeiten, bei denen es nichts offenzuhalten, sondern nur das Beste zu tun und zu hoffen gibt".⁹⁶ Der Publizist Ulrich Pfister bemerkte, das Offenhalten aller Optionen und das Zuwarten bis zu den Entscheiden der EG-Beitrittskandidaten sei wahrlich ein kleiner gemeinsamer Nenner, der viel Spielraum für wenig koordinierte Einzelaktionen lasse. Um Lagebeurteilungen und Aussagen über kurz- und mittelfristige Optionen komme man nicht herum.⁹⁷ Roger de Weck, Chefredaktor des "Tages-Anzeiger", forderte: "Schluss mit dem ewigen Wischiwaschi! Wir haben keine Europapolitik - und brauchen dringend eine".⁹⁸ De Wecks Anspruch wird auch im bundesrätlichen Bericht über die Aussenpolitik nur teilweise erfüllt. Die im Bericht enthaltenen Aussagen über die Integrationspolitik weisen im wesentlichen folgende Schwachpunkte auf: Der "Fahrplan" ist im ersten Teil zeitlich äusserst ambitiös und in der zweiten Etappe - mit Rücksichtnahme auf die National- und Ständeratswahlen von 1995 - inhaltlich äusserst vage; eine Marschtabelle für den EU-Beitritt fehlt; die Aussagen über den Beitritt zum EWR beziehungsweise über dessen Stellenwert sind widersprüchlich. Eine wichtige Tatsache ist unwiderlegbar: Das Nein zum EWR hat die Handlungsfreiheit der Schweiz in der Integrationspolitik stark eingeschränkt.

In den bevorstehenden bilateralen Verhandlungen mit der Europäischen Union befindet sich die Eidgenossenschaft nach der Ablehnung des EWR in einer Position der Schwäche, der Abhängigkeit vom Goodwill der Gegenseite. Es ist die EU, die entscheidet, wann, worüber und zu welchen Bedingungen verhandelt wird. Das Grundsatzpapier über das Verhältnis der Union zur Schweiz, das der EU-Ministerrat am 8./9. November 1993 verabschiedete, enthält zwar ein breites Spektrum für sektorielle Verhandlungen:

⁹⁶ Siehe europa. 5/1993. S. 13f.

⁹⁷ Siehe Schweizer Monatshefte. November 1993. S. 867f.

⁹⁸ De Weck postulierte, im Bericht über die Aussenpolitik müsse der Bundesrat klare Aussagen über den Stellenwert der bilateralen Verhandlungen, über eine allfällige zweite EWR-Abstimmung, über das hängige EG-Beitritts gesuch der Schweiz und über den Stellenwert der EG als Partner der Schweiz machen. (Siehe Tages-Anzeiger. 29.8.93). Der Bericht wird diesen Postulaten nur teilweise gerecht.

Ursprungsregeln (Harmonisierung durch Ausbau des Freihandelsabkommens von 1972), Personenverkehr, Strassengüterverkehr, Marktzugang für Agrarprodukte, Forschung, technische Handelshemmnisse, Zugang zu Aufträgen der öffentlichen Hand, geistiges Eigentum, Herkunftsbezeichnungen, Pflanzenwesen, Veterinärwesen, und weitere Verhandlungsgegenstände werden nicht ausgeschlossen. Der Pferdefuss besteht jedoch darin, dass die EU durch parallele Verhandlungen in den einzelnen Sektoren einen globalen Interessenausgleich anvisiert. "NZZ"-Redaktor Willy Zeller befürchtete, dass in dem von der Union angestrebten sachgebietsübergreifenden Interessenausgleich politische Fussangeln liegen könnten. Zudem erhalte die Schweiz wahrscheinlich keine Mitsprache bei der Weiterentwicklung des Integrationsrechts, wie sie den EWR-Mitgliedstaaten gewährt wird. "Etwas überspitzt liesse sich sagen, der Bilateralismus drohe uns jene fremden Richter zu bescheren, die uns mit der EWR-Zugehörigkeit erspart geblieben wären", schrieb Zeller.⁹⁹ Bundesrat Cotti wies darauf hin, dass auf dem bilateralen Weg nur die wirtschaftlichen Beziehungen der Schweiz zu Europa weiterentwickelt werden könnten, nicht aber die politische und die sicherheitspolitische Zusammenarbeit, deshalb müsse der bilaterale Weg später einmal durch einen weiterführenden Weg - den von der Landesregierung anvisierten EG-Beitritt - abgelöst werden.¹⁰⁰ Bilaterale Arrangements mit der EU sind nur gegen einen finanziellen Aufpreis oder gegen politische Zugeständnisse zu haben.¹⁰¹ Mehrere EG-Kommissare und

⁹⁹ Siehe NZZ. 10.11.93. 6.12.93. Tages-Anzeiger. 10.11.93. Die Weltwoche. 11.11.93.

¹⁰⁰ Siehe NZZ. 10.11.93.

¹⁰¹ Siehe Tages-Anzeiger. 8.12.92. NZZ. 11.1.93. Tages-Anzeiger. 29.5.93. Bundesrat Koller formulierte den Sachverhalt wie folgt: "Salopp gesagt: In den Beziehungen zur EG und ihren einzelnen Staaten gilt wieder stärker das alte Kuhhandel-Prinzip. ... Die einzelnen bilateralen Abkommen werden nicht gratis sein." (Tages-Anzeiger. 26.2.93). Nach Ansicht von Paul Bürgi, Präsident der Arbeitsgemeinschaft für eine offene Schweiz (Agos), ist bei den bilateralen Verhandlungen das Risiko gross, "dass wir, verglichen mit dem EWR, das halbe Paket zum doppelten Preis kaufen". (Siehe NZZ. 13.10.93). NZZ-Redaktor Willy Zeller wies darauf hin, dass die zweiseitigen Abkommen nicht nur sachlich, sondern auch rechtlich für die Schweiz Zug um Zug teurer zu werden drohten. (Siehe NZZ. 2./3.10.93).

Minister von EG-Mitgliedstaaten gaben der Schweiz unmissverständlich zu verstehen, dass sie nicht glauben dürfe, die Rosinen aus dem EWR-Kuchen herauspicken zu können und auf bilateralem Weg das zu erreichen, was sie in der Abstimmung vom 6.12.92 abgelehnt hatte.¹⁰² Das Dossier Schweiz ist für die Union nicht prioritär; die Gemeinschaft nahm sich neun Monate Zeit, bis sie sich dazu bequeme, zu den anfangs Februar 1993 von der Eidgenossenschaft eingereichten Anträgen für formelle Verhandlungen in 16 Bereichen verbindlich Stellung zu nehmen. Das auf Ende November 1993 erwartete EU-Mandat für bilaterale Verkehrsverhandlungen mit der Schweiz wird von der Union bis

Als konkrete Gegenforderungen der EG wurden bisher vor allem genannt: Freizügigkeit im Personenverkehr, Agrarimporte aus den südlichen EG-Ländern, Korridor(e) für 40-Tonnen-Lastwagen, Beitragszahlungen an den EG-Kohäsionsfonds. Jean Russotto sagte voraus, es werde "auf einen wirtschaftlichen und politischen Kuhhandel hinauslaufen statt auf strikte Reziprozität in den einzelnen Gebieten". (Handels Zeitung. 26.8.93). Staatssekretär Franz Blankart sprach von "Kreuzkonzessionen" anstelle des früheren Interessenausgleichs von Fall zu Fall. (Siehe NZZ. 16.11.93).

¹⁰² Siehe Der Bund. 7.12.92. Tages-Anzeiger. 8.12.92. NZZ. 1.2.93. Handels Zeitung. 17.6.93. europa. 1/2/1993. S. 5. NZZ. 24.9.93. EG-Kommissar Peter Schmidhuber erklärte, nach dem Nein vom 6.12.92 sei der Weg der Schweiz zu einer stärkeren Integration derzeit blockiert. Schon heute könne gesagt werden, dass die zukünftige Zusammenarbeit der EG mit der Schweiz nicht mit dem EWR-Vertrag vergleichbar sein werde; es sei nicht möglich, über bilaterale Abkommen, gleichsam durch die Hintertür, die Vorteile des EWR zu erhalten, ohne dessen Pflichten zu übernehmen. (Siehe NZZ. 9.9.93). Der französische Premierminister Edouard Balladur gab zu verstehen, die Schweiz müsse jetzt mit ihrem Entscheid vom 6. Dezember 1992 leben und könne nicht die Vorteile der EWR-Mitglieder in Anspruch nehmen. (Siehe NZZ. 24.9.93). Der Präsident der "Grande Nation" hielt fest, die bilaterale Zusammenarbeit werde "offensichtlich nicht das Ausmass der gegenseitigen Konzessionen erreichen, die der EWR-Vertrag vorsah". (Siehe NZZ. 2.12.93). Immerhin erklärten sich einzelne ausländische Politiker bereit, die Schweiz in ihren bilateralen Bemühungen unterstützen zu wollen, so etwa der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl, der luxemburgische Ministerpräsident Jacques Santer, der deutsche Aussenminister Klaus Kinkel und der französische Verkehrsminister Jean-Louis Bianco. (Siehe NZZ. 22.1.93. 25.1.93. 15.2.93. 19.10.93. Der Bund. 19.10.93).

spätestens April 1994 hinausgezögert.¹⁰³ Die Strategie des Bundesrates für die bilateralen Verhandlungen - es soll ein "Bündel von punktuellen Abkommen und kein Gesamtabkommen" angestrebt werden - ist umstritten; Kritiker befürchten, die offizielle Strategie führe dazu, dass Teile unserer Souveränität sukzessive preisgegeben werden müssten und dass gegensätzliche Interessen gegeneinander ausgespielt würden.¹⁰⁴ Die Landesregierung gibt unumwunden zu, dass der bilaterale Weg schwierig und zeitraubend sei und ohne Illusionen begangen werden müsse; "les accords bilatéraux sont des porteurs de peu d'espoir", sagte Bundesrat Delamuraz.¹⁰⁵ Voraussetzungen für

¹⁰³ Die NZZ bezeichnete dies als "erste Ernüchterung" nach dem Grundsatzentscheid der EU-Aussenminister vom 9. November 1993 für die Aufnahme von bilateralen Verhandlungen mit der Eidgenossenschaft. Die Schweiz werde sich "an neue Fahrpläne und an bilaterale Berg-und-Tal-Fahrten" gewöhnen müssen. (Siehe NZZ. 27./28.11.93. 1.12.93).

¹⁰⁴ Siehe NZZ: 13./14.3.93. 28./29.8.93. Nationalrat Blocher kritisierte, der Bundesrat habe weder ein klares Konzept noch eine einwandfreie Verhandlungsstrategie und Verhandlungstaktik. Die Anstrengungen der schweizerischen Politik bei der Formulierung einer globalen statt sektoriell verzettelten Verhandlungsstrategie gegenüber der EG seien ungenügend. (Siehe Tages-Anzeiger. 11.9.93. NZZ. 16.9.93). Hugo Bütler plädierte für ein "kohärentes und gut koordiniertes Vorgehen beim Austesten des bilateralen Weges". Zu den Voraussetzungen erfolgreichen bilateralen Verhandeln gehöre, dass bis zum Abschluss dieser Phase jede Forcierung der Beitrittsdiskussion unterlassen wird. Wer diese Diskussion während der Verhandlungen vorantreibt, untergrabe beim Verhandlungspartner EG ziemlich automatisch die Bereitschaft, zu guten bilateralen Lösungen Hand zu bieten, meinte Bütler. (Siehe NZZ. 6./7.11.93). Wolfgang Bernard sprach sich gegen Geheimdiplomatie in den bilateralen Verhandlungen aus und plädierte für eine "(medien)öffentliche Diskussion über unsere künftige Stellung zur EG und zu Europa überhaupt, an deren Ende ein klarer, von einer breiten Mehrheit getragener Konsens steht". Damit würde, so Bernard, die Glaubwürdigkeit unserer Unterhändler wiederhergestellt. (Siehe NZZ. 8.11.93).

¹⁰⁵ Siehe L'Hebdo. 1.4.93. S. 15. Siehe auch Le Nouveau Quotidien. 28.4.93. NZZ. 28.4.93. 11.5.93. Botschafter Bruno Spinner formulierte es wie folgt: "... der bilaterale Weg Schweiz - EG ist steil, zurzeit noch ungeöffnet, ähnlich wie eine Schweizer Passstrasse mit Wintersperre." (Die Schweiz und die Welt. 2/1993. S. 5). Alt Staatssekretär Paul R. Jolles machte folgende Gründe geltend, weshalb die bilateralen Verhandlungen heute schwieriger seien als früher: der Interessenausgleich sei schwieriger zu erzielen;

bilaterale Abkommen sind die Öffnung des schweizerischen Binnenmarktes und die Anpassungen des Schweizer Rechts an dasjenige der EG. Die Gewerkschaftssekretärin Margrit Meier befürchtet, dass die Schweiz mit bilateralen Verhandlungen in die "Gatt-Falle" laufen könnte, das heisst, dass es im Falle eines erfolgreichen Abschlusses der Uruguay-Runde unserem Land kaum mehr möglich sein werde, bilaterale Dienstleistungsabkommen mit der EG zu erzielen, die gegen die Meistbegünstigung verstossen. Dadurch ergebe sich zusätzliche Ungewissheit im ohnehin sehr ungewissen Umfeld der bilateralen Verhandlungen.¹⁰⁶ Beim Vorgeplänkel zu den bilateralen Verhandlungen zeigt es sich besonders deutlich, wie sehr die aussenwirtschaftspolitische Handlungsfreiheit der Schweiz nach dem Nein vom 6.12.92 zusammengeschrumpft ist. Sollte die erste Zwischenbilanz der bilateralen Verhandlungen, die nach Ansicht von Bundesrat Cotti nach Ablauf eines Jahres möglich sein sollte¹⁰⁷, ernüchternd ausfallen, dürfte die Option EU-Beitritt Auftrieb erhalten.

Im Hinblick auf eine zweite EWR-Abstimmung - die zweite Option des Bundesrates - steht die Schweiz unter hohem Erfolgszwang: "Es könnte uns nichts Schlimmeres passieren und uns nichts über Jahre hinaus mehr blockieren als eine zweite negative Abstimmungsvorlage. Dies gilt es um jeden Preis zu verhindern. Der staats- und der aussenpolitische Schaden wären dann um einiges grösser als heute", schrieb Bundesrat Koller.¹⁰⁸ In der Tat ist ein zweites EWR-Plebiszit mit zahlreichen innen- und aussenpolitischen Unsicherheiten behaftet. Um die innenpolitische Klippe des Ständemehrs zu umschiffen, schlug der Politologe Raimund E. Germann vor, eine zweite EWR-Abstimmung nur dem fakultativen

die Verhandlungsgegenstände seien weit substantieller; der Binnenmarkt habe auf immer zahlreicheren Gebieten Gemeinschaftslösungen gebracht. (Siehe Der Bund. 9.10.93). Botschafter Alexis Lautenberg hielt fest, es gebe keine "kleinen technischen Abkommen mit der EG" mehr. (Siehe NZZ. 6.12.93).

¹⁰⁶ Siehe Der Bund. 3.6.93.

¹⁰⁷ Siehe NZZ. 10.11.93.

¹⁰⁸ documenta. 1/1993. S. 12. In der Sprache von Bundesrat Ogi tönt das wie folgt: "Das nächste Mal muss es klappen. Ein zweites Nein würde Europa sauer machen". (Tages-Anzeiger. 31.12.93).

und nicht dem obligatorischen Referendum zu unterstellen.¹⁰⁹ Die Meinungen, ob überhaupt und wann allenfalls eine zweite EWR-Abstimmung durchgeführt werden soll, sind völlig kontrovers.¹¹⁰ Angesichts der zahlreichen aussenpolitischen Unbekannten (Zukunft des EWR nach den EG-Beitrittsverhandlungen von Österreich, Schweden, Finnland und Norwegen und nach dem allfälligen Einbezug der mitteleuropäischen Staaten; zusätzliche materielle Substanz des EWR; Bewährung der institutionellen Mechanismen des neuen Wirtschaftsraumes) kann nach Ansicht von Bundesrat Koller erst in zwei bis drei Jahren über die Option zweite EWR-Abstimmung entschieden werden.¹¹¹ Bei einer allfälligen zweiten EWR-Abstimmung steht die Schweiz auch von aussen unter Druck: Verschiedene EG-Länder wünschen keine zweite Abstimmung vor dem EG-Entscheid Österreichs, Schwedens, Finnlands und Norwegens. Am 18.10.93, anlässlich eines Besuchs von Bundeskanzler Helmut Kohl in Bern, erklärte Bundesrat Ogi in bezug auf die zweite Option denn auch, die Schweiz müsse den Ausgang der EG-Plebiszite in Österreich, Schweden, Finnland und Norwegen abwarten.¹¹² Die am 2. Februar 1993 vom Komitee "Geboren am 7.

¹⁰⁹ Siehe NZZ. 20.1.93. Germann vertrat die These, dass für den EWR-Vertrag ein Doppelmehrreferendum "weder notwendig noch verfassungsmässig" sei. Er argumentierte im wesentlichen, Artikel 89 Absatz 3 der Bundesverfassung räume dem Parlament das Recht ein, völkerrechtliche Verträge dem fakultativen Referendum zu unterstellen. Die Verfassung enthalte hingegen keine Kompetenznorm, die es dem Parlament gestatten würde, ein Doppelmehrreferendum anzuordnen. Ein solches sei nur für den Beitritt zu Organisationen für kollektive Sicherheit oder zu supranationalen Gemeinschaften vorgesehen. Der EWR stelle jedoch nach unbestrittener Feststellung des Bundesrats keine supranationale Gemeinschaft dar. Nationalrat Blocher bezeichnete Germanns Vorschlag als "durchsichtigen Trick, mit welchem sich der Entscheid vom 6. Dezember 1992 umgehen liesse". (Schweizerzeit-Schriftenreihe. Nr. 14. S. 8).

¹¹⁰ So verlangte etwa der Schweizerische Gewerkschaftsbund Ende September 1993 die sofortige Wiederaufnahme von Verhandlungen über den Beitritt der Schweiz zum EWR. (Siehe NZZ. 25./26.9.93). Der Politologe Claude Longchamp schlug vor, Ende 1994 über einen generellen Verhandlungsauftrag an den Bundesrat abzustimmen. (Siehe Der Bund. 5.10.93).

¹¹¹ Siehe NZZ. 11.5.93. Die Schweiz und die Welt. 2/1993. S. 5f.

¹¹² Siehe NZZ. 19.10.93.

Dezember 1992" lancierte und anfangs September 1993 mit 113'725 beglaubigten Unterschriften eingereichte Volksinitiative "für unsere Zukunft im Herzen Europas" könnte sich in dieser vertrackten Situation als Rettungsanker erweisen.¹¹³ Das umstrittene Volksbegehren bietet dem Bundesrat und dem Parlament jedenfalls die grosse Chance, mit einem klugen Gegenvorschlag das integrationspolitische Patt zu überwinden.¹¹⁴ Bundesrat Delamuraz wies

¹¹³ Das Volksbegehren lautet wie folgt: "Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt ergänzt: Art. 20 (neu) Die Schweiz beantragt, Partei des Vertrags über den Europäischen Wirtschaftsraum zu werden. Der Bundesrat ist ermächtigt, die notwendigen Abkommen auszuhandeln, abzuschliessen und zu ratifizieren. Für spätere Änderungen dieser Abkommen gilt das ordentliche Verfahren. Art. 21 (neu) Bei der Anpassung des Landesrechts an das Recht des Europäischen Wirtschaftsraumes sorgen alle Behörden für eine nachhaltige und ausgewogene wirtschaftliche Entwicklung und achten darauf, dass die sozialen und demokratischen Errungenschaften sowie der Umweltschutz erhalten bleiben. Art. 22 (neu) Der Bund berücksichtigt bei der Umsetzung und Weiterentwicklung des Europäischen Wirtschaftsraums sowie bei Fragen der europäischen Integration die Kompetenzen der Kantone und wahrt ihre Interessen. Er informiert die Kantone rechtzeitig und umfassend, hört sie an und zieht sie bei der Vorbereitung von Entscheiden bei." (BBl 1993 I 145). Nationalrat Elmar Ledergerber (sp) reichte am 8.10.93 eine ausformulierte Parlamentarische Initiative "Deblockierung der Europapolitik" ein, in der die Aufnahme eines neuen Artikels 20 in die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung verlangt wird, der folgenden Wortlaut haben soll: "Um weitere Diskriminierungen zum Nachteil der Schweiz abzuwenden, die Arbeitslosigkeit langfristig zu senken und den Wirtschaftsstandort Schweiz nachhaltig zu stärken, führt der Bundesrat Verhandlungen mit der EG mit dem Auftrag: 1. dem Volk möglichst schnell eine neue und verbesserte EWR-Vorlage zur Abstimmung zu unterbreiten; 2. die Bedenken der Bevölkerung, wie sie in der letzten Abstimmung zum Ausdruck gekommen sind, in einem neuen Vertragswerk besser zu berücksichtigen; und 3. unerwünschte Auswirkungen aus einem neuen EWR-Vertrag vorgängig durch geeignete innenpolitische Reformen aufzufangen."

¹¹⁴ Der Tages-Anzeiger schrieb dazu: "Idealerweise müsste ein solcher Vorschlag die Schweiz möglichst ohne Verfassungsänderung auf eine weiterhin akzeptable aktive Integrationspolitik verpflichten und eine Abstimmung ohne Ständemehr mit vorwiegend plebiszitärer Wirkung auslösen." (Tages-Anzeiger 26.7.93). Die NZZ meinte, die Initiative "offeriere den schnellstmöglichen Weg, auf einen Zug aufzuspringen, der sich bereits in Fahrt gesetzt hat". (NZZ. 28.7.93). Nationalrätin Gret Halter (sp) reichte dazu am 6.10.93 die folgende Parlamentarische Initiative

darauf hin, dass im Falle eines "Abbröckelns" beim EWR (das heisst im Falle eines EG-Beitritts von Efta-Mitgliedstaaten, der Verf.) ein möglicher EG-Beitritt der Schweiz schnell neue Aktualität erhielte.¹¹⁵

Auch über die dritte integrationspolitische Option - den Beitritt zur EU - bestehen völlig kontroverse Meinungen: Nationalrat Blocher forderte den Rückzug des Beitrittsgesuchs¹¹⁶, während insbesondere linke und grüne Kreise die möglichst baldige Aufnahme von Beitrittsverhandlungen verlangten.¹¹⁷ Der Bundesrat wählte einen

in Form einer allgemeinen Anregung ein: "Der Bundesrat unterbreitet dem Parlament einen Gegenvorschlag zur kürzlich eingereichten Volksinitiative mit sinngemäss folgendem Inhalt: 1. Der Bundesrat bereitet durch Verhandlungen die nächsten Schritte der europäischen Integration vor. 2. Im Rahmen dieser Verhandlungen strebt der Bundesrat insbesondere an: die Wahrung der direkten Demokratie; die Wahrung des Föderalismus; eine sozial und ökologisch verantwortbare Entwicklung. 3. Über das Verhandlungsergebnis wird gemäss verfassungsmässiger Kompetenzordnung zum Staatsvertragsreferendum (Art. 89 BV) entschieden."

¹¹⁵ Siehe NZZ. 8.10.93.

¹¹⁶ Siehe Schweizerzeit-Schriftenreihe. Nr. 14. S. 14. Die von den Schweizer Demokraten und der Lega dei Ticinesi im August 1992 lancierte Initiative "EG-Beitrittsverhandlungen vors Volk!" hat folgenden Wortlaut: "Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt ergänzt: Übergangsbestimmungen Art. 20 (neu) 1 Sämtliche vor der Abstimmung von Volk und Ständen über die eidgenössische Volksinitiative 'EG-Beitrittsverhandlungen vors Volk!' eingeleiteten Verhandlungen über einen Beitritt der Schweiz zur Europäischen Gemeinschaft (EG) werden abgebrochen. 2 Neue Verhandlungen können nur mit Zustimmung von Volk und Ständen aufgenommen werden." (BBl 1992 III 1404).

¹¹⁷ Siehe WochenZeitung. 12.3.93. NZZ. 16.12.92. 27.4.93. Zur Forderung, die Beitrittsverhandlungen seien möglichst bald aufzunehmen, ist immerhin anzumerken, dass der Avis der EU-Kommission zum schweizerischen Beitrittsgesuch immer noch aussteht. Auch über den Zeitplan für die Verwirklichung der Option EU-Beitritt gehen die Meinungen auseinander: David de Pury plädierte im September 1993 für eine Reaktivierung des Beitrittsgesuchs, Le Nouveau Quotidien postulierte diesen Schritt am ersten "Jahrestag" des Neins zum EWR. (Siehe Le Nouveau Quotidien. 23.9.93. 6.12.93). Für Frank A. Meyer ist der richtige Zeitpunkt für Beitrittsverhandlungen der Schweiz mit der EG "so rasch wie möglich nach der ersten ernüchternden Bilanz des Bilateralismus". (Siehe Sonntags-Blick. 3.10.93). Hugo Bütler schrieb: "Ein direktes Anpeilen des EG-Bei-

Mittelweg: Er sistierte das Gesuch um die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen, zog es aber nicht zurück.¹¹⁸ Kurz nach dem Nein zum EWR sind Beitrittsverhandlungen der Schweiz aussenpolitisch sicher wenig glaubwürdig. Der frühere Vizepräsident der EG-Kommission Frans Andriessen sagte denn auch in diesem Zusammenhang: "Die Brüsseler Kommission wird die Behandlung des EG-Beitrittsgesuchs der Schweiz nicht von sich aus unterbrechen, aber es ist durchaus vorstellbar, dass in gewissen EG-Ländern Widerstand gegen Beitrittsverhandlungen mit Bern auftreten könnte."¹¹⁹ Innenpolitisch fehlt nach Ansicht des Bundesrates "schlicht und einfach die demokratische Legitimation zu Verhandlungen".¹²⁰ Raimund E. Germann diagnostizierte "eine gegen Null tendierende Erfolgchance für die ganze Beitrittsoperation", und Kriesi et al. meinten, "un succès populaire en votation paraît exclu à court ou moyen terme".¹²¹ Dennoch wurde im Parlament ein gan-

tritts wäre unter den gegebenen Umständen, in der aktuellen schweizerischen Bewusstseinslage, eine fragwürdige Flucht nach vorne." (NZZ. 6./7.11.93). Leonhard Neidhart stimmte Bütler zu, dass jede Forcierung der Beitrittsdiskussion vermieden werden sollte. Das schliesse aber eine "innere Aufklärung über die eigenen Hürden des politischen Handelns" nicht aus. Diese Hürden sind nach Neidhart: die direkte Demokratie; wirtschaftliche Fragen; das angebliche "geschichtlich fundierte politische Aussenseitertum"; das System der politischen Wertüberzeugungen. (Siehe NZZ. 10.11.93). Die am 30. November 1993 gegründete Bewegung "Renaissance Schweiz Europa" verlangt den Beitritt der Schweiz zur Europäischen Union noch vor dem Jahr 2000. (Siehe NZZ. 1.12.93. Le Nouveau Quotidien. 1.12.93).

¹¹⁸ Bundesrat Koller sagte dazu: "Es wäre nun aber ein falsches aussenpolitisches Zeichen gewesen, diesen Schritt (die Einreichung des Beitrittsgesuchs, der Verf.) wieder rückgängig zu machen und diesen Schuh aus der Türe zur EG wieder zurückzuziehen." (Siehe Koller. Vortrag vom 7.5.93 in Salzburg. S. 15).

¹¹⁹ Siehe Der Bund. 7.12.92. Siehe auch NZZ. 7.12.92. 20.1.93. Bundesrat Koller stellte ohne Umschweife fest, wir wären kaum glaubwürdige Verhandlungspartner für die EG. (Siehe documenta. 1/1993. S. 13).

¹²⁰ Siehe documenta. 1/1993. S. 13.

¹²¹ Siehe NZZ. 20.1.93. Kriesi/Longchamp/Passy/Sciarini. Analyse. S. 68. Bundesrat Koller führte diesbezüglich aus: "Für die nahe Zukunft erscheinen die Chancen für eine Beitrittsabstimmung gering. ... Der Zeitpunkt für solche Verhandlungen wird jedoch um so schneller kommen, als

zer Strauss von Vorstössen mit Stossrichtung baldiger EG-Beitritt eingereicht.¹²² Im Zusammenhang mit der allfälligen Aktivierung des schweizerischen EG-Beitrittsgesuchs sind auch die negativen Folgen des Abseitsstehens der Schweiz von den Beitrittsverhand-

die ersten beiden Optionen sich als nicht erfolgversprechend erweisen. Nicht auszahlen würde sich jedoch jetzt eine Flucht nach vorn im Sinne von Beitrittsverhandlungen als demokratische Schocktherapie. Das letzte, was die Schweiz gebrauchen könnte, wäre eine erneute negative Volksabstimmung, denn dies würde sie auf Jahre hinaus europapolitisch blockieren." (Europa Archiv. Folge 13-14/1993. S. 419).

¹²² Nationalrätin Verena Grendelmeier (ldu) deponierte am 20.9.93 ein Postulat "Aktivierung Beitrittsverhandlungen mit EG", das wie folgt lautet: "Der Bundesrat wird aufgefordert, das schweizerische Gesuch um Aufnahme von Verhandlungen über den Beitritt der Schweiz zur EG so rasch wie möglich zu aktivieren beziehungsweise die Verhandlungen aufzunehmen, so dass für die Schweiz eine Chance besteht, bei der nächsten Regierungskonferenz der EG-Staaten miteinbezogen zu werden." Ähnlich die am 22.9.93 von Nationalrat Laurent Rebeaud (gp) eingereichte Motion "Beitrittsverhandlungen mit der EG": "Der Bundesrat wird ersucht, umgehend die Voraussetzungen zu schaffen, damit die Beitrittsverhandlungen mit der EG eingeleitet werden können. Die Rechte des Volks und der Kantone müssen gewahrt bleiben." Schliesslich die am 30. September 1993 in beiden Räten eingereichte Motion "Négotiations en vue d'adhésion de la Suisse à la CE" von Ständerat Jean-François Roth (cvp): "Le Conseil fédéral est prié d'ouvrir des négociations avec la Communauté européenne en vue d'adhésion de la Suisse. Les cantons sont associés à ces négociations. Le peuple suisse est informé régulièrement et de manière approfondie sur l'avancement des travaux. Le résultat des négociations est soumis au parlement. Les droits du peuple et des cantons sont réservés." Am 8.10.93 deponierte Nationalrat Marc F. Suter (fdp) die nachstehende Parlamentarische Initiative "Europapolitik. Endziel EG-Beitritt": "Wir beantragen, in die Bundesverfassung einen Artikel 8bis sowie Übergangsbestimmungen mit folgendem Wortlaut aufzunehmen: Art. 8bis BV. Die Schweiz beteiligt sich unter Wahrung ihrer Identität und ihrer nationalen Interessen am Aufbau Europas. Ziel ist der Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft. Verträge über die Mitgliedschaft der Schweiz im Europäischen Wirtschaftsraum oder in der Europäischen Gemeinschaft bedürfen der Zustimmung von Volk und Ständen. Übergangsbestimmungen. Zur Verwirklichung der Europapolitik der Schweiz führt der Bundesrat mit der Europäischen Gemeinschaft ganzheitliche Verhandlungen zur umfassenden Ausgestaltung der wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Beziehungen. Ein allfälliger Kooperationsvertrag oder ein neuer Vertrag über die Teilnahme am Europäischen Wirtschaftsraum ist bis spätestens Ende 1996 zur Abstimmung zu unterbreiten."

lungen Österreichs, Schwedens, Finnlands und Norwegens in Rechnung zu stellen.¹²³

Das Nein zum EWR schwächte auch die Position der Schweiz in der Efta. Die Eidgenossenschaft verzichtete auf das Efta-Präsidium in der ersten Jahreshälfte 1993.¹²⁴ Immerhin wurde unserem Land ein Beobachterstatus für die Efta-internen EWR-Angelegenheiten zugestanden. Wenn Österreich, Schweden, Finnland und Norwegen der EU beitreten, verliert die Efta an Bedeutung. Die in der Schweiz gehegte Idee, dieser Bedeutungsverlust könnte durch die Aufnahme der ostmitteleuropäischen Staaten kompensiert werden und die erweiterte Efta diene dann als Ost-West-Brücke, wurde von alt Bundesrat Felber als Chimäre bezeichnet.¹²⁵

Die Absage an den EWR hat auch zur Folge, dass die Schweiz in höherem Masse auf einen positiven Ausgang der Uruguay-Runde des Gatt angewiesen ist. Die Eidgenossenschaft erhofft sich von einem erfolgreichen Abschluss der Gatt-Verhandlungen, dass gewisse Nachteile des EWR-Neins (vor allem in den Bereichen Normen, Dienstleistungen und öffentliches Beschaffungswesen) gemildert werden könnten.¹²⁶ Diese Milderungen werden jedoch

¹²³ In der Handels Zeitung vom 10.6.93 wurde dies wie folgt getan: "Während die Efta-Kandidaten mit der EG um Landwirtschaft, Umweltnormen, Fischerei, Alpentransit und Zweitwohnsitze ringen, muss die Schweiz mit gebundenen Händen zusehen. Ob die Lösungen 'stellvertretend' von den Efta-Partnern in ihrem Sinne ausgehandelt werden, ist zweifelhaft. Die Quittung wird Bern spätestens dann präsentiert, wenn der längerfristig wohl kaum durchzuhaltende Alleingang aufgegeben werden muss. Versäumen wird Bern ferner den Termin für die nächste Regierungskonferenz, bei dem auch die Neutralität auf den Prüfstand kommt."

¹²⁴ Die NZZ kommentierte diesen Entscheid nicht ohne ironischen Unterton: "Der Bundesrat hat beschlossen, 'freiwillig' auf den Efta-Vorsitz im ersten Semester 1993 zu verzichten. Es dürfte sich um den ersten 'autonomen' Entscheid gehandelt haben, zu dem wir nach dem EWR-Nein gedrängt worden sind... Im Abstimmungskampf fochten die EWR-Gegner mit dem Argument, es gelte, die Souveränität des Landes zu wahren. Dieses Ziel haben wir zweifellos erreicht: Wir sind souverän - jetzt auch im Abseitsstehen." (NZZ. 12./13.12.92).

¹²⁵ Siehe ebenda. 11.11.93.

¹²⁶ Siehe ebenda. 7.12.92. 5.2.93. 24.2.93. 13./14.3.93. Tages-Anzeiger. 25.3.93.

nur um den Preis von Zugeständnissen in der Agrarpolitik zu haben sein. Dadurch besteht die Gefahr, dass sich in der schweizerischen Politik ein neuer, sehr ernstzunehmender Graben öffnen könnte: jener zwischen Landwirtschaft und Industrie.¹²⁷

"Der Handlungsspielraum ist für den Bundesrat nach dem 6. Dezember 1992 sehr eng geworden", stellte der frühere Aussenminister René Felber fest.¹²⁸ Felbers Aussage trifft den Nagel auf den Kopf. Solange die Schweiz nicht dem EWR angehört und keine Beitrittsverhandlungen mit der EU führt, ist sie in ihrem Verhältnis zur Gemeinschaft sehr stark von dieser abhängig. Es ist die Union, die darüber befindet, ob es zu den von unserem Land gewünschten bilateralen Verhandlungen kommt oder nicht. Und die Gemeinschaft legt auch den Tarif fest, zu dem sie der Schweiz bilaterale Abkommen zuzugestehen bereit ist. In den bilateralen Verhandlungen wird die Schweiz schrittweise in die EU eingebunden, und es ist damit zu rechnen, dass einzelne Mitgliedstaaten der Gemeinschaft die Eidgenossenschaft mit zunehmenden Forderungen unter Druck setzen werden. Die Absage der Schweiz an den EWR hat ihre integrationspolitische Handlungsfreiheit erheblich beschnitten. Die Eidgenossenschaft ist mit ihrer Integration in Verzug geraten. Eine baldige Volksabstimmung über die EWR-Initiative des Komitees "Geboren am 7. Dezember 1992" bietet eine erste Chance, das verlorene Terrain wieder gutzumachen.

Wenn der Bundesrat den EU-Beitritt weiterhin als Ziel der schweizerischen Integrationspolitik betrachtet, dann muss die Landesregierung auch entschlossene Schritte auf dieses Ziel hin tun. Es genügt nicht festzustellen, für die nahe Zukunft erschienen die Chancen für eine Beitrittsabstimmung gering, die Schweiz sei für

¹²⁷ Siehe NZZ. 7.12.92. Der Bund. 7.12.92. In der NZZ vom 12./13.12.92 wird auch ein möglicher Vorteil des Neins zum EWR für die Gatt-Gespräche erwogen: "... unsere Position am Gatt-Verhandlungstisch in Genf könnte nach dem Entscheid vom Sonntag durchaus gestärkt und glaubwürdiger werden, zumal wir in Washington, Tokio und anderswo nicht im Verdacht stehen, EG-Interessen zu vertreten bzw. vertreten zu müssen. Diese handelspolitische 'Neutralität' dürfte darüber hinaus auch den Abschluss (weiterer) bilateralen Handelsverträge mit Ländern ausserhalb des EWR erleichtern."

¹²⁸ Siehe NZZ. 18.3.93.

diesen grundlegenden politischen Schritt zu wenig vorbereitet.¹²⁹ Dieser Schritt muss durch systematische Information vorbereitet werden. Es braucht auch einen Zeitplan für den Beitritt zur Gemeinschaft, aus dem klar hervorgeht, welche konkreten Zwischenziele in den festgelegten Etappen erreicht werden sollen; der Zeitplan im Bericht über die Aussenpolitik ist zu wenig aussagekräftig. Die genannten parlamentarischen Vorstösse für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen bieten die Möglichkeit, die notwendigen Massnahmen zielgerichtet und speditiv in die Wege zu leiten.

Gefahren für die innere Sicherheit

Als Nicht-EU-Staat und nach ihrem Nein vom 6. Dezember 1992 bleibt die Schweiz von den polizeilichen Instrumenten der Union, die dazu dienen, im Hinblick auf den geplanten freien Personenverkehr innerhalb der EU gemeinsame Strategien in der Verbrechensbekämpfung und in der Ausländer- und Asylpolitik zu entwickeln, weitgehend ausgeschlossen.¹³⁰ Die Schweiz verfügt nur über informelle Kontakte zu diesen Gremien; über Konsultationen hinaus ist keine Mitwirkung möglich.¹³¹ Es ist noch offen, ob es der Eidgenos-

¹²⁹ So Bundesrat Koller in Europa Archiv. Folge 13-14/1993. S. 419.

¹³⁰ Im einzelnen handelt es sich um folgende Institutionen: das Schengener Abkommen (das die polizeilichen Aspekte des freien Personenverkehrs in Europa regelt) und das Übereinkommen zur Durchführung des Schengener Abkommens; das Übereinkommen über das Überschreiten der Ausengrenzen der EG-Mitgliedstaaten; die Trevi-Konferenz (Arbeitsgemeinschaft der EG-Länder über Terrorismus, Radikalismus, Extremismus und internationale Gewalt); Europol (das im Aufbau begriffene Europäische Polizeiamt zur Verhütung und Bekämpfung aller Formen der Kriminalität); das Dubliner Erstasylabkommen; die Bestimmungen über die innere Sicherheit im Vertrag über die Europäische Union; die europäischen Informationssysteme (Schengener Informationssystem, Trevi-Informationssystem, Europol-Informationssystem).

¹³¹ Markus Mohler, Kommandant der Kantonspolizei Basel-Stadt, führte dazu im Detail aus: Die Schweiz "...erhält keine substantiellen Informationen aus den Trevi-Gremien; sie hat aber auch keinen Zugang zu Europol ... oder zum Schengener Informationssystem (SIS). Und schliesslich kennt sie das Projekt des geplanten Europäischen Informationssystems (EIS) für alle 12 EG- und wohl auch die EWR-Staaten nicht; die Informationen über die Entwicklungen im Rahmen des Schengen-Übereinkom-

senschaft gelingt, die informellen Kontakte zu vertiefen und zu institutionalisieren.¹³² "Die Schweiz darf ... nicht darauf zählen, dass ihr eine Sonderstellung eingeräumt wird, um jenen Sicherheitsstandard ... zu erreichen, den sie gern möchte und den die EG-Mitgliedstaaten ... im Hinblick auf die Verwirklichung der Ziele der Politischen Union und der Freizügigkeit mit erhöhtem Druck und Tempo anstreben", schreibt die Expertenkommission "Grenzpolizeiliche Personenkontrollen".¹³³

Weil die Schweiz den Institutionen der EU für die innere Sicherheit nicht angehört, könnten ihr auf den Gebieten Visumpolitik, Grenzkontrollen, Ausländer-, Migrations-, Einwanderungs- und Asylpolitik, Bekämpfung von Drogenhandel, organisiertes Verbrechen und Geldwäscherei, Staatsschutz sowie juristische und polizeiliche Zusammenarbeit neue Probleme und Gefahren erwachsen. Die Expertenkommission nennt unter anderem eine Zunahme der Migrationsprobleme in der Schweiz und die "Gefahr des Abgleitens zur Rechts-, Fahndungs- und Know-how-Insel, während die uns umgebenden Staaten aufgrund der Integrationsdynamik ihren Sicherheitsstandard laufend verbessern".¹³⁴ Im Bericht über die Aussenpolitik wird von "Lücken bei der Abwehr von Sicherheitsrisiken" im Bereich der inneren Sicherheit gesprochen.¹³⁵

Aufgrund der Internationalität des Migrationsproblems, des organisierten Verbrechens und des Terrorismus diagnostiziert die Expertenkommission einen "institutionalisierten Kooperationszwang" im Bereich der inneren Sicherheit. Bloss informelle

mens sind dürftig, und ein allfälliges Parallelabkommen zum sogenannten Erstasylabkommen von Dublin ist im gegenwärtigen Zeitpunkt unsicherer denn je." (Siehe NZZ. 30.9.93).

¹³² Am 1.12.93 sagte die Justizminister-Troika der EU gegenüber Bundesrat Koller zu, die bisherige Zusammenarbeit in Fragen der Rechtspolitik und der inneren Sicherheit in Form von Anhörungen auf Ministerebene weiterzuführen. Darüber hinaus sieht die EU vor, die Kooperation zu verstärken und auf die Ebene der technischen Experten auszuweiten. (Siehe NZZ. 2.12.93).

¹³³ Siehe Expertenkommission. Bericht 2. S. 1f.

¹³⁴ Siehe Expertenkommission. Diskussionspapier. S. 6f.

¹³⁵ Siehe Bericht über die Aussenpolitik. S. 22.

Zusammenarbeit genüge nicht. "Die staatspolitische Verantwortung schliesst somit den völligen Alleingang aus. Als Alternative wäre eine völlige Abschottung und Isolierung mit rigorosen Grenzpolizei- und Zollkontrollen modellhaft zwar denkbar, aber wegen der wirtschaftlichen, gesellschaftspolitischen und technischen Folgen gänzlich unrealistisch", stellen die Experten fest.¹³⁶ Die Kommission plädiert für eine multilaterale Annäherung der Schweiz an die Institutionen der inneren Sicherheit der EG. Insbesondere solle die Schweiz versuchen, sich über Parallelabkommen Zugang zum Schengener Durchführungsübereinkommen und/oder zum Übereinkommen über das Überschreiten der Aussengrenzen der EG-Mitgliedstaaten zu verschaffen. Das von der EG in Aussicht gestellte Parallelabkommen zum Dubliner Erstasylabkommen dürfte diesbezüglich zur Nagelprobe werden.¹³⁷ Den Anschluss an die Polizeiinstitutionen der EG kann die Schweiz möglicherweise via Interpol finden.¹³⁸ Der bilaterale Weg ist nach Aussage der Expertenkommission weniger erfolgversprechend, da die potentiellen Vertragspartner aufgrund ihrer gemeinschaftsrechtlichen Verpflichtungen nur beschränkt bilaterale Vereinbarungen abschliessen können.¹³⁹ Im Bericht über die Aussenpolitik wird gesagt, Drittstaaten würden von der vertieften Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der inneren Sicherheit ausgeschlossen oder nur unzureichend daran beteiligt. Diese Lücken könnten "befriedigend nur durch die Mitgliedschaft in der EU überwunden werden". Solange die Schweiz nicht Mitglied der Europäischen Union sei, liege es in unserem und im Interesse unserer Nachbarn, dass die Schweiz keine "Insel der Unsicherheit" in Europa wird. Darum müsse die Zusammenarbeit sowohl mit

¹³⁶ Siehe Expertenkommission. Diskussionspapier. S. 6. Bericht 2. S. 2.

¹³⁷ Die Justizminister-Troika der EU bestätigte Bundesrat Koller am 1.12.93 ihre grundsätzliche Bereitschaft zum Abschluss von Parallelabkommen. (Siehe NZZ. 2.12.93).

¹³⁸ Die 22. Europäische Interpol-Konferenz vom 31.3.-2.4.93 in Bern nahm einen von der Schweiz eingebrachten Resolutionsentwurf an, in dem eine möglichst enge Vernetzung der neuen europäischen Polizeiorgane mit Interpol verlangt wird. (Siehe NZZ. 2.4.93. 3./4.4.93).

¹³⁹ Siehe Expertenkommission. Diskussionspapier. S. 6, 16.

unseren Nachbarn wie auch mit den zuständigen Organen der EU schon heute verstärkt werden.¹⁴⁰

Zwang zur Anpassung an die veränderte Lage im Bereich der inneren Sicherheit besteht nicht nur gegen aussen, sondern auch im Innern. Die Expertenkommission schlägt eine Verstärkung der inneren Koordination und Führung vor. Sie empfiehlt, ein dreistufiges Koordinationsorgan zu schaffen, das folgende Elemente enthält: eine nationale Koordinationskonferenz für die Belange der inneren Sicherheit, die den "politischen Unterbau" bildet; einen Koordinator für innere Sicherheit, der die departements- und ämterübergreifenden strategisch-operativen Funktionen abdeckt; einen unterstützenden Koordinationsausschuss aus hohen Beamten und Experten.¹⁴¹

Bei der inneren Sicherheit ist der Verlust an Handlungsfreiheit der ausserhalb der EU/EWR-Strukturen stehenden Schweiz besonders offensichtlich. Statt im europäischen Rahmen vollberechtigt mitreden und mitentscheiden zu können, ist die Eidgenossenschaft gezwungen, einerseits eine Annäherung an die europäischen Institutionen zu finden und andererseits die eigenen Strukturen anzupassen. Die gewünschte multilaterale Annäherung dürfte der Schweiz nur bei angemessener Solidarität gelingen.

Lehren aus Informationsfehlern

Bundesrat Koller gab ohne Umschweife zu, dass die Landesregierung und die Spitzen der Bundesverwaltung im Vorfeld der Abstimmung vom 6.12.92 eine ganze Reihe von Fehlern begangen hätten: spätes Bekenntnis zum EWR - nachdem die institutionellen Schwächen des Abkommens verschiedentlich betont worden waren; unrealistisch hohe Erwartungen in die Vertragsverhandlungen; Lancierung des "fatalen Wortes" vom "unwürdigen Vertrag"; zu spätes Erkennen der Bedeutung des Vetorechtes im EWR; Verknüpfung des EWR-Vertrags mit dem Beitrittsgesuch zur EG.¹⁴² Diese Fehler haben nicht nur eine inhaltliche Komponente, sondern

¹⁴⁰ Siehe Bericht über die Aussenpolitik. S. 22.

¹⁴¹ Siehe Expertenkommission. Diskussionspapier. S. 21ff.

¹⁴² Siehe Koller. Europa Archiv. S. 414f.

auch einen Informationsaspekt, der eng mit der inhaltlichen Dimension verknüpft ist.

Im Hinblick auf künftige Europa-Abstimmungen sind aus diesen Fehlern Lehren zu ziehen.¹⁴³ Das Volk muss über die Aussen- und insbesondere die Europapolitik besser informiert werden. "Aussenpolitik muss zu einem zentralen Anliegen der Innenpolitik werden", schrieb Bundesrat Koller.¹⁴⁴ Für Kriesi et al. stellt die Vereinbarkeit der Öffnung gegenüber der EG mit der Wahrung der schweizerischen Identität den Kernpunkt der zu vermittelnden Botschaft dar.¹⁴⁵ Bundesrat Koller formulierte ähnlich: "Wenn es uns nicht gelingt, die Notwendigkeit der Öffnung nach aussen und die Integration in ein grösseres politisches Gebilde mit der Wahrung der nationalen Eigenheit zu verbinden, wird auch künftig jeder weitere politische Integrationsschritt scheitern."¹⁴⁶ In seiner

¹⁴³ Nach Ansicht von Oskar Scheiben ist es in der EWR-Kampagne nicht gelungen, positive Werte wie Öffnung, Aufbruch, Zusammenarbeit und Solidarität zu vermitteln. (Siehe WochenZeitung. 11.12.92). Ständerat Gilles Petitpierre (fdp) bemerkte, man hätte den Stimmbürgern erklären müssen, dass hinter Europa eine grosse Idee und ein grosses kollektives, kulturelles, idealistisches und solidarisches Projekt stünden und nicht nur wirtschaftliche Interessen. (Siehe Der Bund. 2.12.93).

¹⁴⁴ Koller. Europa Archiv. S. 417. Der von Nationalrat Andreas Gross (sp) in einem Postulat vom 6.10.93 verlangte "Bericht zur Zukunft der EG aus schweizerischer Sicht" wäre sicher geeignet, zur Verbesserung der Information beizutragen. Der Vorstoss hat folgenden Wortlaut: "In der Schweiz entscheidet jede Bürgerin und jeder Bürger über das künftige Schicksal der Schweiz in Europa und die institutionelle Form ihrer europäischen Integration. Um so wichtiger ist es, dass sich die schweizerische Öffentlichkeit bewusst wird, wie stark derzeit die EG in einem Wandel begriffen ist, welche Optionen und Vorschläge für ihre institutionelle Zukunft europaweit existieren und diskutiert werden und welche Chancen die einzelnen Projekte für die Integration der Schweiz bieten. Wir fordern deshalb den Bundesrat auf, 1994 einen Bericht auszuarbeiten, welcher den interessierten Schweizerinnen und Schweizern ermöglicht, Übersicht und Einblick zu gewinnen in die verschiedenen Optionen und Positionen für die künftige institutionelle Entwicklung der EG sowie deren Beurteilung aus der Sicht der bezüglich Demokratie und Föderalismus besonders sensiblen Schweiz durch den Bundesrat."

¹⁴⁵ Siehe Kriesi/Longchamp/Passy/Sciarini. Analyse. S. 68, 82.

¹⁴⁶ Koller. Europa Archiv. S. 417.

Salzburger Rede zog Koller eine Reihe von "staatspolitischen Lehren", die er ebenso gut als "informationspolitische Lehren" hätte bezeichnen können: Um das Volk zu gewinnen, bedürfe es positiver Argumente und keiner "Vogel friss oder stirb"-Politik; das Argument der wirtschaftlichen Notwendigkeit allein überzeuge nicht, wenn tieferliegende staatspolitische Zweifel an der Richtigkeit des Integrationsschrittes bestehen; es habe sich als ausserordentlich schwierig erwiesen, das Volk davon zu überzeugen, dass ein bisheriges Erfolgskonzept (die intensive wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Europa möglichst ohne institutionelle Bindungen) überholt und nicht mehr tauglich sei.¹⁴⁷ Hugo Bütler plädierte dafür, insbesondere auch den sicherheitspolitischen Aspekt der EG klarzumachen: "Aufzuarbeiten ist in der inneren Diskussion vor allem die Einsicht in die wirklichen Ursprünge der EG und in die Absichten ihrer Gründer, denen es ja darum ging, die im Krieg zerfleischten Staaten in eine Rechtsgemeinschaft einzubinden und im Interesse aller vor Rückfällen in Unrechts- und Machtexzesse zu bewahren. Was soll die Anrufung schweizerischen 'Widerstandsgeistes' gegen eine solche Rechtsgemeinschaft der europäischen Staaten? Liegt denn unser Existenzinteresse ausserhalb einer solchen Gemeinschaft des Rechts, das für die Kleinen gilt wie für die Grossen? Und wo liegen, falls man es so sehen will, die Grundideen, wo die tragenden politischen Überzeugungen, die es rechtfertigen, uns auf Dauer ausserhalb einer auf gleiches Recht gegründeten Gemeinschaft europäischer Staaten ansiedeln zu wollen?"¹⁴⁸ Die Expertenkommission "Grenzpolizeiliche Personenkontrollen" forderte, in der Informationspolitik sei der Akzent vermehrt auf die zunehmende Bedeutung der europäischen Integration für die innere Sicherheit zu legen.¹⁴⁹ Die Diskussion über die weiteren Integrationsschritte ist rechtzeitig zu eröffnen¹⁵⁰, und sie ist unter Berücksichtigung der am

¹⁴⁷ Siehe Koller. Vortrag vom 7.5.93 in Salzburg. S. 9f.

¹⁴⁸ NZZ. 12./13.12.92. Nach Auffassung von Oskar Scheiben braucht es für einen Überzeugungsprozess neben der Europa-Diskussion auch einen "Diskurs über unsere unaufgearbeitete Geschichte". (Siehe WochenZeitung. 11.12.92).

¹⁴⁹ Siehe Expertenkommission. Diskussionspapier. S. 12.

¹⁵⁰ Die vom Integrationsbüro geplante fünfjährige Informationskampagne mit dem Zweck der "Förderung der europhilen Stimmung" sollte möglichst

6.12.92 zutage getretenen zahlreichen Gräben breit zu führen.¹⁵¹ Alphons Muggler, schweizerischer Generalkonsul in Hamburg, sagte, nach dem Abstimmungsschock vom 6.12.92 hätte der Bundesrat sofort in die Offensive gehen und "Europa" zum Thema machen sollen, um das Informationsdefizit abzubauen.¹⁵² "Wenn der Dialog jetzt nicht endlich - und zwar rasch - aufgenommen wird, droht den nächsten aussenpolitischen Abstimmungsvorlagen dasselbe Schicksal", prophezeite Konrad Stamm.¹⁵³ David de Pury forderte den Bundesrat auf, das EG-Beitritts-gesuch zu bekräftigen, um die eingeschlafene Integrationsdiskussion wieder in Gang zu bringen.¹⁵⁴ Alexis Lautenberg, der neue Leiter der Schweizer Mission bei der EG, erklärte, dem Thema europäische Integration sollte in der öffentlichen Diskussion genügend Raum gewährt werden, um damit eine gute innenpolitische Basis für die Verhandlungen

bald gestartet werden. (Siehe Cash. 16.4.93). Bundesrat Cottis Aussage "... il nous faut plutôt profiter de cette période qui suit le vote du peuple et des cantons pour rechercher dans le calme une nouvelle et solide majorité européenne, qui doit regarder loin devant elle" und Bundesrat Kollers Satz "Die Frage, wie aussenpolitische Anliegen dem Volk nähergebracht werden können, bedarf eingehender Prüfung und der ganzen Aufmerksamkeit." sind nicht gerade dazu angetan, auf ein zügiges Tempo hoffen zu lassen. (Siehe Cotti. Rede vom 4.5.93. S. 10. Koller. Europa Archiv. S. 420). Diese Aussagen kontrastieren auch mit dem Plädoyer von Bundesrat Ogi, die Landesregierung müsse "das Terrain frühzeitig besetzen". (Siehe Tages-Anzeiger. 31.12.92). Der frühere CVP-Generalsekretär Iwan Rickenbacher forderte, um weitere Desaster in Volksabstimmungen zu vermeiden, solle der Bundesrat unverzüglich eine breite Diskussion über das vor dem Abschluss stehende Gatt-Abkommen und einen zeitgemässen Ersatz der traditionellen Neutralitätspolitik einleiten. (Siehe Tages-Anzeiger. 30.1.93). Dass die Landesregierung einen Informationsbeauftragten für das Gatt-Geschäft einsetzen und rechtzeitig mit der entsprechenden Öffentlichkeitsarbeit beginnen will, ist immerhin als Lichtblick zu werten. (Siehe Der Bund. 21.7.93).

¹⁵¹ Bundesrat Ogi irrte, als er sagte, "überzeugen muss man die ältere Generation, denn für das EWR-Nein hat der Landsturm mobilisiert". (Siehe Tages-Anzeiger. 31.12.93). Nach Kriesi et al. tat sich in der Volksabstimmung vom 6. Dezember 1992 kein Generationengraben auf.

¹⁵² Siehe NZZ. 14./15.8.93.

¹⁵³ Der Bund. 17.4.93.

¹⁵⁴ Siehe NZZ. 18./19.9.93.

gen in Brüssel zu schaffen.¹⁵⁵ Hugo Bütler meinte demgegenüber, eine neue Verständigung der politischen Schweiz über ihren Weg in Europa brauche Zeit, neue intensive Debatten über den weiteren Weg der Eidgenossenschaft in Europa könnten dann geführt werden, wenn die Ergebnisse der bilateralen Verhandlungen vorliegen und bewertet werden können.¹⁵⁶ Bundesrat Koller erkannte, die Schweiz müsse wirklich neue Wege finden, wie - über das bloss Informieren hinaus - mit dem Volk über aussenpolitische Fragen kommuniziert werden kann.¹⁵⁷ Dabei fallen der Aussenpolitik - und dem Aussenminister persönlich - eine zentrale Rolle zu. Bundesrat Cotti stellte denn auch als neuer EDA-Vorsteher fest, es sei die vordringliche Aufgabe der Aussenpolitik, innenpolitisch auf breiter Basis das Bewusstsein für die notwendige Öffnung nach Europa zu wecken, und es sei sicher wichtig, die Aussenpolitik volksnäher zu gestalten.¹⁵⁸ Konrad Stamm umschrieb die wichtigste Aufgabe des Aussenministers wie folgt: "Er müsste zum Moderator einer breitangelegten Debatte zwischen aussenpolitischen Fachleuten und Laien über eine neue schweizerische Aussenpolitik werden. Zweck der Debatte müsste es sein, einen nationalen Konsens über das Wesen und den Auftrag unserer Aussenpolitik zu finden."¹⁵⁹ Laurent Goetschel plädierte für eine aktive Europa-Information der

¹⁵⁵ Siehe ebenda. 5.10.93.

¹⁵⁶ Siehe ebenda. 6./7.11.93.

¹⁵⁷ Siehe Koller. Europa Archiv. S. 420. In seiner Rede in Salzburg vom Mai 1993 führte Koller diesbezüglich aus: "Oft wird gesagt, das Volk sei zuwenig informiert gewesen. Ich halte dies für falsch. Im Gegenteil: es gab eine grosse Fülle an Medienberichterstattung, öffentlichen Reden und Diskussionen, Informationsbroschüren etc. Viel mehr Information hätte leicht den Eindruck der Indoktrination vermitteln können. Nein: das Volk wusste, worum es ging! Der Mangel war nicht die Information, sondern die Kommunikation, das Eingehen auf die Ängste und Zweifel vieler Bürgerinnen und Bürger. Da bestand ein Manko. Bestandteil einer solchen Kommunikation ist das Ernstnehmen der emotionalen Gründe, die ein Volk bei solchen grundlegenden Entscheiden bewegt. Rein rationale Antworten und Begründungen taugen dafür nicht." (Koller. Vortrag vom 7.5.93 in Salzburg. S. 9).

¹⁵⁸ Siehe NZZ. 30.6.93. Berner Zeitung. 1.4.93.

¹⁵⁹ Der Bund. 17.4.93.

Bundesbehörden mit folgenden zentralen Elementen: Klarheit über die zu verfolgende Politik als Vorbedingung; Vermittlung von Optimismus und Vertrauen in bezug auf die schweizerische Integrationspolitik als Informationsziele; ein rechtzeitig erstelltes und sorgfältig begründetes Informationskonzept; klare Definition von Form und Inhalt der Information; langfristig angelegte Information; höchste Priorität bei der innenpolitischen Komponente der schweizerischen Europapolitik; Ansiedlung der Information bei einem neu zu schaffenden Informationsdienst in der Bundesverwaltung oder bei der Bundeskanzlei.¹⁶⁰

Die vielen wohlklingenden Worte von offizieller Seite harren - mehr als ein volles Jahr nach dem 6. Dezember 1992 - noch immer darauf, in die Tat umgesetzt zu werden. Die Aussenpolitik ist noch nicht volksnäher geworden, eine Verbesserung der aussen- und integrationspolitischen Information noch nicht feststellbar¹⁶¹, von der Kommunikation über die Aussenpolitik ganz zu schweigen, und der neue EDA-Vorsteher hat seine Rolle als Moderator noch nicht zu spielen begonnen. Vielmehr ist die Integrationsdiskussion nach dem 6.12.92 in einen Dornröschenschlaf verfallen, von dem sie nicht einmal die Eidgenössischen Räte in ihrer Herbstsession 1993 in Genf aufzuwecken mochten. Ein schmaler Silberstreifen am Horizont zeichnet sich im Bericht über die Aussenpolitik ab, indem dieser neben wohlbekanntem allgemeinen Aussagen über die Information auch einige konkrete neue Ideen enthält. Die wesentlichen Ausführungen lauten wie folgt: Mit dem Konzept einer problem- und zielorientierten Aussenpolitik (das dem Bericht über die Aussenpolitik zugrundegelegt wurde, der Verf.) wolle der Bundesrat die Aussenpolitik der Bevölkerung näher bringen; die Aussenpolitik müsse stärker als bisher in der Bevölkerung verankert werden, was

¹⁶⁰ Siehe NZZ. 3.11.93. In einem Beitrag mit dem Titel "Der Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft will erkämpft und erduldet sein" nannte Botschafter Bruno Spinner, Chef des Integrationsbüros EDA/EVD, namentlich zwei Inhalte der Information über die EG: die Korrektur des Feindbildes der Gemeinschaft und die Kommunikation mit jenen, die einer zukunftslosen "Wehret den Anfängen"-Politik das Wort reden. (Siehe *europa*. 5/1993. S. 10f).

¹⁶¹ So bemerkte zum Beispiel Ulrich Pfister, eine überzeugende Informationsarbeit sei bisher nicht erkennbar. (Siehe *Schweizer Monatshefte*. November 1993. S. 868).

am besten geschehe durch Straffung des aussenpolitischen Apparates als Dienstleistungsbetrieb, Verbesserung der Information der Bevölkerung über die aussenpolitischen Aktivitäten, Vertiefung von Dialog und Konsultation zwischen Bundesrat und Parlament, Vertiefung des Dialogs zwischen Landesregierung und Kantonen sowie durch die Bildung von ausserparlamentarischen konsultativen Kommissionen als Diskussionsforen über zentrale Themen der Aussenpolitik, in denen ein möglichst breites Spektrum gesellschaftlicher Gruppierungen und Meinungen vertreten ist; weil die Meinungen der Bürgerinnen und Bürger zu wichtigen aussenpolitischen Fragen geteilt seien, sei es besonders wichtig, alle interessierten Kreise möglichst frühzeitig in die aussenpolitische Meinungsbildung einzubeziehen; der Bundesrat sei sich wohl bewusst, dass die Ziele EU-Beitritt und Uno-Beitritt nur im dauernden und offenen Dialog mit Parlament und Volk erreicht werden können.¹⁶² Es geht jetzt darum, diese Ansätze für ein aussenpolitisches Informationskonzept möglichst rasch weiterzuentwickeln und in die Praxis umzusetzen.¹⁶³

¹⁶² Siehe Bericht über die Aussenpolitik. S. 3, 40f, 42.

¹⁶³ Während die Informationsbemühungen der verantwortlichen Behörden weiter auf sich warten lassen, ist von privater Seite einiges an Initiative entwickelt worden: Am 20. März 1993 gründeten unter massgeblicher Beteiligung des EU-Korrespondenten Jörg Thalman etwa 60 Personen aus allen Teilen der Deutschschweiz die Aktion EWR-Dialog. Diese verfolgt das Ziel, die Europa-Diskussion nach dem EWR-Nein in Gang zu halten und die Bevölkerung vom Sinn einer Öffnung gegenüber Europa zu überzeugen. Als grundlegende Punkte erachtet die Aktion: bessere, einfachere und klarere Information über EG und EWR; neue Wege bei der Vermittlung der Information; die Europa-Diskussion muss vom reinen Abwägen wirtschaftlicher Vor- und Nachteile wegkommen, es muss auch die emotionale Ebene der Integration angesprochen werden als Prozess für die Förderung von Frieden und Solidarität; die Europa-Befürworter müssen aktiver werden. Die im August 1993 gebildete Arbeitsgemeinschaft für eine offene Schweiz (Agos) will sich für eine Öffnung der Schweiz gegenüber Europa einsetzen und das Terrain für eine Europa-Abstimmung mit positivem Resultat vorbereiten. (Siehe Der Bund. 23.8.93. 13.10.93).

Zögerliche strategische Führung

Die bundesrätliche Strategie nach dem 6.12.92 wurde von Ständerat René Rhinow (fdp) grundsätzlich kritisiert: Das EWR-Folgeprogramm tangiere nur wirtschaftliche Interessen und vermöge den aufgeworfenen Gräben nicht Rechnung zu tragen; die Landesregierung lege das Schwergewicht auf das Offenhalten von Optionen, die eigentliche strategische Zielsetzung bleibe dabei aber offen, das Leitbild Schweiz liege immer noch nicht vor.¹⁶⁴ Rhinow bemerkte zum Folgeprogramm des Bundesrats: "Es handelt sich nicht um *das* umfassende Folgeprogramm nach dem EWR-Nein. Es werden in erster Linie aussen- und binnenwirtschaftliche Massnahmen angekündigt. Andere, vor allem staatsrechtliche und staatspolitische Probleme, die am 6. Dezember deutlich geworden sind, werden nicht erfasst. Ich denke dabei etwa an den Zusammenhalt unserer multikulturellen Schweiz, insbesondere an die Verständigung unter den Sprachgemeinschaften." Weitere Handlungsnotwendigkeiten nebst den bilateralen Verhandlungen seien eine ordnungspolitische Neuausrichtung, eine neue Sicherheits- und Neutralitätspolitik und eine Verbesserung der grenzüberschreitenden, regionalen Zusammenarbeit der Kantone. Eine Strategie für die Zukunft müsse den Ursachen des Neins, der Stimmung im Volk und der politischen Realität Rechnung tragen, ohne dass aber die Ziele aus den Augen verloren werden dürften. Rhinow bedauerte, dass sich der Bundesrat nicht deutlich für einen späteren EG-Beitritt als Ziel und den Beitritt zum EWR als blosse Zwischenlösung ausgesprochen hat.¹⁶⁵

"Die Schweiz befindet sich gewissermassen in einem Schwebestand zwischen einer bisherigen Ordnung, dem Status quo, der sich, unabhängig von dieser Entscheidung (dem Nein vom 6.12.92, der Verf.), nolens volens verändert, und einer neuen Ordnung, die erhebliche Auswirkungen auf die Schweizer haben wird, die sie aber nicht mitbestimmen und an der sie nicht teilhaben können. ... Das vermittelt den Eindruck einer gewissen Ziellosigkeit, eines unruhigen Tretens auf der Stelle. Wie immer in einer solchen Situation verlangen beide Seiten, die ehemaligen EWR-Befürworter

¹⁶⁴ Siehe NZZ. 17.3.93. 28.4.93.

¹⁶⁵ Siehe europa. 5/1993. S. 13f.

wie die Gegner, vom Bundesrat Führung. Es wirkt für viele Bürgerinnen und Bürger enttäuschend und verunsichernd, dass der Bundesrat nicht den Weg aufzeigt. Er kann es realistischerweise in der gegenwärtigen inneren und äusseren Lage nicht."¹⁶⁶ Dieser Analyse von Bundesrat Koller kann nur im ersten Teil zugestimmt werden. Es wirkt tatsächlich enttäuschend, dass die Landesregierung nie - auch im Bericht über die Aussenpolitik nicht - klar gesagt hat, wie es in der Integrationspolitik weitergehen soll, und auf entsprechende Impulse aus dem Parlament und aus dem Volk wartet. Und es wirkt in der Tat verunsichernd, dass bezüglich der Integration nur Optionen offengehalten werden und - selbst im Bericht über die Aussenpolitik - keine klare Politik formuliert wird. David de Pury stellte fest: "Il est urgent que le Conseil fédéral nous indique en toute clarté sa politique, à court, moyen et long terme. Il ne sert à rien d'attendre que le peuple lui indique la direction."¹⁶⁷ Es ist schwer auch verständlich, dass der Bundesrat in dieser Situation die Veröffentlichung des mit grosser Spannung erwarteten Berichts über die Aussenpolitik monatelang hinauszögerte.

Die Landesregierung könnte den integrationspolitischen Weg sehr wohl aufzeigen. Sie könnte die Optionen so gut wie möglich evaluieren, entsprechende Prioritäten festlegen und in Funktion davon die einzuschlagende Politik formulieren. Besonders wichtig wären positive aussenpolitische Signale. Der Politologe Jean F. Freymond plädierte schon unmittelbar nach dem 6.12.92 für "eine sehr dynamische Aussenpolitik, welche unsere Solidarität unter Beweis stellt und sich vor allem gegenüber den mittel- und osteuropäischen Ländern offen zeigt."¹⁶⁸ Für einen neuen Anlauf zum Uno-Beitritt zum Beispiel hätte die Landesregierung nicht auf die Motion Rhinow vom September 1993 zu warten brauchen. Inwiefern der vom Bundesrat aufzuzeigende Weg dann auch wirklich gangbar ist, steht selbstverständlich auf einem anderen Blatt geschrieben. Das ist aber kein grundsätzliches Argument dafür, den Weg nicht aufzuzeigen.

¹⁶⁶ Koller. Europa Archiv. S. 420.

¹⁶⁷ Le Nouveau Quotidien. 23.9.93.

¹⁶⁸ Tages-Anzeiger. 8.12.92.

"Dieses ratlose Land braucht dringend eine Regierung, die ihm Impulse verleiht - also ein neues Kabinett mit Ideen, Punch und viel Glaubwürdigkeit", schrieb Roger de Weck Mitte Januar 1993 anlässlich der Rücktrittsankündigung von Bundesrat René Felber.¹⁶⁹ Es trifft sicher zu, dass eine Dreier- oder Vierervakanz im Bundesrat im Zeitpunkt von Felbers Rücktritt viele Möglichkeiten eröffnet hätte. Es hätte sich die Chance ergeben, dass eine personell markant veränderte Landesregierung die strategische Führung des Landes, die ihre ureigene und wichtigste Aufgabe ist, mit grösserer Entschlossenheit wahrnehmen würde.

Fazit

Das Nein zum EWR vom 6. Dezember 1992 hat eine ganze Reihe von effektiven und potentiellen negativen Auswirkungen auf die Sicherheitspolitik im weiteren Sinne.

An *effektiven* nachteiligen Folgen ist Folgendes zu nennen:

1. Die Schweiz hat an Unabhängigkeit und Handlungsfreiheit eingebüsst, vor allem in der Aussenpolitik und in der Aussenwirtschaftspolitik. Am drastischsten zeigt sich dies bei der vom Bundesrat angestrebten Eurokompatibilität der schweizerischen Rechtsordnung: Europaverträglichkeit des Schweizer Rechts bedeutet im Klartext Anpassung an das EU-Recht. Der Begriff "autonomer Nachvollzug" vermag die damit verbundene Einbusse an Handlungsfreiheit nur notdürftig zu kaschieren.
2. Mit dem Verdikt vom 6.12.92 erlitt die Eidgenossenschaft einen selbstverschuldeten Imageverlust. Sie profilierte sich als unbeliebter und unzuverlässiger Verhandlungspartner, der mit zu hohen Forderungen in den Verhandlungsprozess eingestiegen war und diesen dadurch kompliziert und verlängert hatte, um dann im letzten Moment den äusserst mühsam erreichten Kompromiss auszuschlagen. Das EWR-Nein rührte auch an die Glaubwürdigkeit der Schweiz; sie entpuppte sich als egoistischer und unsolidarischer Einzelgänger.
3. In der Integrationspolitik hat sich die Eidgenossenschaft mit dem Nein vom 6.12.92 eigenhändig vorübergehend ins Abseits manö-

¹⁶⁹ Siehe ebenda. 16.1.93.

vriert. Bei zentralen Verhandlungspunkten zwischen den beitriftswilligen EWR-Staaten und der EU, insbesondere bei den Verhandlungen über den Neutralitätsstatus, sieht sie sich auf die Zuschauertribüne verwiesen. Sie ist vorderhand ein wenig glaubwürdiger EU-Beitrittskandidat. In der Efta hat sie sich selbst zum Mitglied zweiter Klasse gestempelt.

4. Das Nein vom 6.12.92 hat drastisch gezeigt, dass der innere Zusammenhalt der Schweiz schwächer geworden ist. Da mehrere, sich zum Teil komplex überlagernde Verwerfungen bestehen, ist die Lage besonders ernst. Mit dem inneren Zusammenhalt ist eine, wenn nicht *die* zentrale Voraussetzung für die Sicherheitspolitik ins Wanken geraten.

5. Nach der Absage an den EWR ist der Eidgenossenschaft der Zugang zu den verschiedenen europäischen Institutionen für die innere Sicherheit vorläufig verschlossen. Um die Gefahren für die innere Sicherheit des Landes, die aufgrund des Abseitsstehens drohen, so gut als möglich abzuwenden, sieht sich die Schweiz gezwungen, Anschluss an die europäischen Organe der inneren Sicherheit zu finden und ihre eigenen Instrumente nach denjenigen der Gemeinschaft auszurichten. Damit erleidet die Schweiz auch auf dem Gebiet der inneren Sicherheit einen Verlust an Unabhängigkeit und Handlungsfreiheit.

6. Die offizielle Information im Vorfeld der EWR-Abstimmung setzte erst spät ein. Die komplexe Materie wurde wenig bürgernah erläutert. Überraschende Schachzüge des Bundesrates konnten nicht genügend plausibel gemacht werden, so dass zeitweise etwelche Verwirrung entstand. Die Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern war ungenügend. Dadurch wurde das Vertrauen in die bundesrätliche Information strapaziert.

7. Die strategische Führung durch den Bundesrat - *die* zentrale Domäne der Regierung - liess und lässt weiterhin in besonderem Masse zu wünschen übrig. Die Landesregierung erkannte die Notwendigkeit des EWR-Beitritts erst spät. Das Gesuch um Verhandlungen über einen EG-Beitritt der Schweiz wurde in einem ungünstigen Zeitpunkt deponiert. Nach dem 6.12.92 präsentierte der Bundesrat nur Optionen und keine Strategie. Die Landesregierung wartete und wartet weiterhin auf Anstösse aus dem Parlament und aus dem Volk und harrt der weiteren Entwicklung der Dinge im Ausland, statt dass sie entschlossen das Heft in die Hand nähme.

Diese Handlungsweise schwächt das Vertrauen in die Führungsfähigkeit der Regierung.

An *potentiellen* negativen Konsequenzen im weiteren Bereich der Sicherheitspolitik sind anzuführen:

1. Aussenpolitisch droht die Schweiz zunehmend isoliert und marginalisiert zu werden.
2. Die integrationspolitische Handlungsfreiheit der Eidgenossenschaft könnte schrittweise weiter eingeschränkt werden, so dass sich die Schweiz am Ende gezwungen sehen könnte, unter ungünstigeren Bedingungen der EU oder allenfalls dem EWR beitreten zu müssen, als sie bei der EWR-Abstimmung vom 6.12.92 gegeben waren.
3. Nach dem 6. Dezember 1992 hängt über der Eidgenossenschaft das Damoklesschwert der wirtschaftlichen Benachteiligung mit allen Gefahren für ihre ökonomische, soziale und politische Stabilität. Es ist nicht anzunehmen, dass das Ergebnis der bilateralen Verhandlungen die zu erwartende wirtschaftliche Benachteiligung entscheidend zu mildern vermag. Der weitere autonome Nachvollzug von EU/EWR-Recht beeinträchtigt die Unabhängigkeit und die Handlungsfreiheit.
4. Sollte die Schweiz nicht nach Massgabe der Gefahrensituation Zugang zu den Institutionen der EU für die innere Sicherheit erhalten, droht sie zu einer "Insel der Unsicherheit" zu werden. Damit würde die innere Stabilität des Landes gefährdet.
5. Wenn die Information - und vor allem die Kommunikation - zwischen Regierung und Volk über die Aussen- und insbesondere die Integrationspolitik nicht gelingt, könnte es zu einer weiteren Vertiefung des Grabens zwischen Elite und Basis kommen. Eine solche Entwicklung würde die bereits angeschlagene innere Stabilität noch weiter gefährden.
6. Gravierende Defizite der strategischen Führung durch den Bundesrat können zur Folge haben, dass die Schweiz sowohl aussen- und integrationspolitisch als auch innenpolitisch noch weniger handlungsfähig wird. Dann droht die Gefahr, dass einflussreiche pressure groups ihre Partikularinteressen eigenmächtig durchzusetzen versuchen. Dadurch könnte die Stabilität des politischen Systems ernsthaft gefährdet werden.

7. Im Vorfeld des 6. Dezembers 1992 wurden die sicherheitspolitischen Aspekte der Integration allgemein und des EWR-Vertrags im besonderen stark vernachlässigt. Die Lehre, die daraus zu ziehen ist, ist einfach: Bei den künftigen Integrationsschritten muss die sicherheitspolitische Dimension mitberücksichtigt und gemäss ihrer Bedeutung gewichtet werden.

Bibliographie

Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum. In: BBl 1992 IV 668-725.

Amtliches Bulletin der Bundesversammlung. Nationalrat. Wintersession 1992. Frühjahrsession 1993. Aprilsession 1993. Sommersession 1993. Bern 1992, 1993.

Amtliches Bulletin der Bundesversammlung. Ständerat. Wintersession 1992. Frühjahrsession 1993. Aprilsession 1993. Sommersession 1993. Bern 1992, 1993.

Antwort von EG-Kommissar van den Broek im Namen der Kommission vom 16.3.93 auf die schriftliche Anfrage Nr. 94/93 von Yves Verwaerde (LDR) vom 9.2.93. In: Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften. Nr. C 162/28. 19.6.93.

Bericht über die Aussenpolitik der Schweiz in den 1990er Jahren. Anhang: Bericht zur Neutralität. Vom 29.11.1993. Bern 1993.

Blocher, Christoph. Unser Standort - unser Auftrag! Politische Standortbestimmung nach dem Nein zum EWR. In: Schweizerzeit-Schriftenreihe. Nr. 14. Flaach 1993. S. 3-22. (29. Januar 1993).

ders. Weiterführung des Kampfes gegen EWR/EG. Referat an der 8. Mitgliederversammlung der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz AUNS vom 8. Mai 1993 in Bern. Bern 1993.

Botschaft über das Folgeprogramm nach der Ablehnung des EWR-Abkommens vom 24. Februar 1993. In: BBl 1993 I 805-994.

Botschaft zur Genehmigung des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum vom 21. August 1992. In: BBl 1992 IV 1-667.

Bundesratsbeschluss über das Ergebnis der Volksabstimmung vom 6. Dezember 1992 (Europäischer Wirtschaftsraum EWR) vom 28. Januar 1993. In: BBl 1993 I 167.

Cotti, Flavio. Intégration européenne et identité suisse. Exposé à la journée de l'Europe de l'Université de Fribourg. 4 mai 1993. (ervielfältigtes Manuskript).

- Delamuraz, Jean-Pascal. Un dimanche noir pour l'économie suisse. Déclaration. Berne, le 6 décembre 1992. In: documenta. Hg. von der Bundeskanzlei. 4/1992. S. 2-3.
- Däniker, Gustav. Sicherheitspolitisch komfortabel, wenn... . Schweizerische Sicherheitspolitik nach dem EWR-Entscheid. In: NZZ. 25.3.93.
- Expertenkommission "Grenzpolizeiliche Personenkontrollen" (EGPK). Bericht 2. Die europäischen Integrationsmodelle. Überblick über Stand und Ziele der verschiedenen europäischen Integrationsmodelle und Instrumente unter dem Gesichtspunkt der inneren Sicherheit. Mögliche Auswirkungen auf die Schweiz im Falle eines Alleinganges bzw. bei einem allfälligen Beitritt. Bern, Januar 1993.
- dies. Nationale und grenzüberschreitende Probleme im Bereich der inneren Sicherheit. Diskussionspapier zuhanden des Schweizerischen Bundesrates. Bern, Januar 1993.
- Felber, René. Après le scrutin sur l'EEE. Déclaration. Berne, le 6 décembre 1992. In: documenta. Hg. von der Bundeskanzlei. 4/1992. S. 2.
- Germann, Raimund E. Die Referendumsdiplomatie in der Falle des Doppelmehrs. In: Neue Zürcher Zeitung. 20.1.1993.
- Goetschel, Laurent. Für eine aktive Europa-Information der Bundesbehörden. Schlüsse aus der EWR-Kampagne. In: NZZ. 3.11.93.
- Hardmeier, Sybille/Linder, Wolf. Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 6. Juni 1993. Hg. vom Forschungsinstitut der Schweizerischen Gesellschaft für praktische Sozialforschung, Büro Bern, und vom Forschungszentrum für schweizerische Politik der Universität Bern. (Vox-Analysen eidgenössischer Urnengänge. Nr. 49). Bern, August 1993.
- Hirter, Hans. Die schweizerische Abstimmung über den EWR. Hg. vom Graduiertenkolleg Europäische Integration der Eberhard-Karls-Universität Tübingen. (Vorträge und Berichte aus dem Graduiertenkolleg. Nr. 4). Tübingen, März 1993. (Überarbeitete Fassung eines am 11.12.92 im Graduiertenkolleg "Vertiefung der Europäischen Integration" gehaltenen Vortrags im Rahmen der Tagung "Vom EWR zur EG-Mitgliedschaft - Die europapolitische Debatte in ausgewählten Efta-Staaten").
- Hug, Daniel/Kummer, Lorenz/Vatter, Adrian. Die Volksabstimmung über den Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) vom 6. Dezember 1992. Eine Analyse der Gemeinderesultate, Zusammenfassung. Hg. vom Bundesamt für Statistik. (BFS aktuell. 17 Politik). Bern, Februar 1993.
- Kellerhals, Andreas. Ein Luftverkehrsabkommen mit der Schweiz um jeden Preis? Manifeste Verhandlungsschwächen gegenüber Brüssel. In: NZZ. 28./29.8.93.

- Koller, Arnold. Rechtspolitische Leitlinien nach dem Nein zum EWR. Erklärung vom 6. Dezember 1992. In: documenta. Hg. von der Bundeskanzlei. 4/1992. Bern, 6. Dezember 1992. S. 3-4.
- ders. Nach dem Nein zum EWR: Bewährungsprobe und Chance. Rede des Vorstehers des Justiz- und Polizeidepartements am Kaderseminar der Abteilung Presse und Funkspruch (APF) vom 15. Januar 1993 in Colom-bier. In: documenta 1/1993. Hg. von der Bundeskanzlei. Bern 1993. S. 11-15.
- ders. Die Schweiz und Europa: Integrationspolitische Standortbestimmung. Vortrag anlässlich des 10. Clubgesprächs des OeVP-Landtagsklubs Salzburg. Salzburg, 7. Mai 1993. (vervielfältigtes Manuskript).
- ders. Die Schweiz und Europa. Eine integrationspolitische Standortbestimmung. In: Europa Archiv. Folge 13-14/1993. S. 413-420.
- Kriesi, Hanspeter/Longchamp, Claude/Passy, Florence/Sciarini, Pascal. Analyse des votations fédérales du 6 décembre 1992. Ed. GfS Institut de recherche et Université de Genève, Département de Science Politique. Genève, Janvier 1993.
- Meier-Dallach, Hans-Peter/Nef, Rolf. Scherbenhaufen, Katharsis oder Chance? Motive und Hintergründe des Ja und Nein zum EWR im Vergleich zwischen den Sprachregionen, Randregionen und Zentren sowie sozialen Schichten. Pressedokumentation von Ergebnissen der Untersuchung "Die Schweiz und Europa - Die Stimme der Regionen" im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms NFP 28 "Die Schweiz in einer sich ändernden Welt". Zürich, 15. Dezember 1992.
- Mohler, Markus. Gefahren und Risiken der inneren Sicherheit. Nötige Anpassung von Instrumenten und Verfahren. In: NZZ. 30.9.93.
- Ogi, Adolf. Packen wir's an! Politische Standortbestimmung aus der Sicht des Bundesrats. In: Schweizerzeit-Schriftenreihe. Nr. 14. Flaach 1993. S. 23-35. (29. Januar 1993).
- Rychen, Albrecht. Die Umsetzung des EWR-Neins: Ein Diskussionsbeitrag zur Aussenwirtschaftspolitik der Schweiz. In: SVP-Pressedienst. Bern, 11. Januar 1993.
- Schoch, Claudia. Langwieriger Weg zu bilateralen Verhandlungen mit Brüssel. Sechzehn Schweizer Wünsche und noch keine Antwort der EG. In: NZZ. 24. August 1993.
- Schweizerische Bundeskanzlei. Communiqué. 29.9.1993. (über die integrationspolitische Standortbestimmung des Bundesrates in seiner Sitzung vom 27.9.93).
- Schweizerische Sicherheitspolitik im Wandel. Bericht 90 des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz. Vom 1. Oktober 1990. In: BBl 1990 III 847ff.

- Spinner, Bruno. Welche Option führt zum Ziel? Sechs Monate nach dem EWR-Nein der Schweiz. In: Die Schweiz und die Welt. Hg. vom EDA. 2/1993. S. 4-7.
- Stamm, Konrad. Kurzstrecken-Denken überwinden! Plädoyer für eine mutige neue Zielsetzung in der Aussen-, Sicherheits- und Neutralitätspolitik. In: Der Bund. 19.6.93.
- Thürer, Daniel. Das schweizerische Nein zum Europäischen Wirtschaftsraum: Versuch einer "konstruktiven" Interpretation. Referat an der Universität Bonn vom 25. Januar 1993. Hg. vom Zentrum für europäisches Wirtschaftsrecht der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Bonn 1993.
- Tschärner, Benedikt von. EG quo vadis? Referat an der Mitgliederversammlung der Schweizerischen Gesellschaft für Aussenpolitik. In: EDA-Agenda. Mai 1993. S. 47-60.
- Villiger, Kaspar. Ansprache vor der Schweizerischen Gesellschaft für Aussenpolitik. Genf, 22. Februar 1993. (vervielfältigtes Manuskript; französische Fassung in: documenta. Hg. von der Bundeskanzlei. 1/1993. S. 16-22).
- ders. Wie weiter nach dem EWR-Nein? Ansprache vor der Liberalen Partei des Kantons Luzern vom 8. Dezember 1992. In: documenta. Hg. von der Bundeskanzlei. 4/1992. S. 5-12.

Folgen des EWR-Neins auch im engeren sicherheitspolitischen Bereich ?

von Mauro Mantovani

Der Vertrag über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR), den der Schweizer Souverän am 6. Dezember 1992 verworfen hat, war *nicht* sicherheitspolitischen Inhalts im engeren Sinn. Der Bundesrat liess in seinem Aufruf kurz vor der Abstimmung die friedensfördernde Dimension des Vertragswerkes zwar aufleuchten¹, doch wurde der Vertrag vom Stimmvolk offensichtlich nicht unter diesem Aspekt gesehen.

Noch vor Abschluss des EWR-Vertrages hatten aber Österreich, Finnland und Schweden bei der Europäischen Gemeinschaft (EG) ein Beitrittsgesuch eingereicht und damit den EWR zum Zwischenschritt zur vollen EG-Mitgliedschaft degradiert. Diesen Vorbildern war die Schweiz am 19. Oktober 1991 gefolgt, als der Bundesrat den EG-Beitritt zum Ziel seiner Integrationspolitik erhob und den EWR-Vertrag ebenfalls zu einer Etappe auf dem Weg zu diesem Ziel erklärte; das Beitrittsgesuch wurde am 26. Mai 1992 in Brüssel deponiert. Während die EFTA-Staaten also den EWR mit der EG verknüpften, entwickelte sich die EG zur Europäischen Union (EU), die gemäss dem Maastrichter Vertrag dereinst alle Bereiche der Sicherheitspolitik umfassen soll. Diese beiden Entwicklungen verliehen dem EWR-Vertrag *indirekt* eine politische, ja *sicherheitspolitische* Dimension.

Worin liegen nun die sicherheitspolitischen Konsequenzen der Nichtteilnahme der Schweiz am EWR ? Zu nennen sind hier namentlich *vier* Auswirkungen, die sich einerseits aus der "Integrationsverspätung" der Schweiz, andererseits aus der Politik im Anschluss an den Abstimmungsausgang ergeben. Sie sind vorläufig nicht als gravierend einzustufen und dürften erst eine erhöhte Bedeu-

¹ Der Bundesrat, das Parlament und die Kantonsregierungen befürworteten den Beitritt nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen, heisst es in diesem Aufruf, sondern "... auch in der Überzeugung, dass die Schweiz an einem *Raum des Friedens* teilhaben kann und muss, in dem der Wettbewerb vielleicht hart wird, aber auf Regeln beruht, die von jedem akzeptiert werden." Aufruf des Bundesrates an das Schweizervolk für den Beitritt der Schweiz zum europäischen Wirtschaftsraum (vom 2. Dezember 1992), in: EDA-Agenda, Dezember 1992, S.3f., das Zitat S.4 (kursiv vom Vf.).

tung erlangen, wenn sich das im neuen Bericht über die Aussenpolitik bekräftigte Fernziel einer Unionsmitgliedschaft der Schweiz konkretisiert.

Erschwerung des sicherheitspolitischen Dialogs mit der EG/EU und der WEU

Die Schweiz hat nach dem 6. Dezember 1992 ihr EG-Beitrittsgesuch zwar nicht zurückgezogen, wird von der EU faktisch aber nicht mehr als Beitrittskandidat behandelt. Dies geht etwa daraus hervor, dass der Avis der EG-Kommission, der dem Vernehmen nach fertiggestellt ist, unter Verschluss gehalten wird, bis die Schweiz signalisiert, dass sie zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen bereit sei. Dies hat zur Folge, dass die offizielle Schweiz am sicherheitspolitischen Dialog zwischen der EU bzw. der Westeuropäischen Union (WEU) und Beitrittskandidaten nicht teilhat.

So führt der Rat der Union regelmässige Tagungen mit den Beitrittskandidaten (aber auch mit anderen Staatengruppen) zu Themen durch, die im Verantwortungsbereich der Union liegen, d.h. zu den Gemeinschaftsbereichen, zu den Bereichen der Gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik (GASP) sowie der Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres. Diese Tagungen haben *konsultativen Charakter*, Beschlüsse werden nicht gefasst. Der Bereich der GASP umfasst dabei eine Troika-Tagung auf der Ebene der Aussenminister und der politischen Direktoren, ein anschliessendes Briefing auf Staatssekretariatsebene und eine Troika-Sitzung auf Arbeitsgruppenebene.² Die Arbeitsgruppen beschäftigen sich namentlich mit KSZE-Angelegenheiten, mit der Nichtverbreitung von Kernwaffen, von chemischen und biologischen Waffen, mit Abrüstung, Osteuropa und dem Jugoslawienkonflikt. Die Schweiz ist an diesem formalisierten Dialog *nicht* beteiligt. Ein Vorstoss der Schweiz, der darauf abzielte, wenigstens in *einzelnen* Arbeitsgruppen mitzuwirken, wurde von der EG am 10. Juni 1993 abgelehnt. Ein weiterer Vorstoss beim belgischen Ratsvorsitz am 12. August scheint ebenfalls erfolglos gewesen zu sein. Nach Auskunft von Kommissionsseite sind solche Bemühungen angesichts der anderweitigen Auslastung der EG "aussichtslos".

² Dargestellt sind diese Kontakte (am Beispiel des Verhältnisses zu den ostmitteleuropäischen Staaten) in den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Kopenhagen, 21./22.6.93, in: Europa Archiv 1993 D 258-276, bes. 270.

Dass die EG nach dem EWR-Nein offenkundig eine gewisse Zurückhaltung übt, wenn es um die Verbesserung des politischen Dialogs mit der Schweiz geht³, bekam auch Bundespräsident Ogi zu spüren: er habe im Gespräch mit EG-Kommissar van den Broek, seines Zeichens EG-Kommissar für Aussen- und Sicherheitspolitik und Erweiterungsverhandlungen, "eine 'grosse Kühlheit' festgestellt, die wohl nur zum Teil auf bewusste Distanz vor Verhandlungsbeginn zurückzuführen sei."⁴

Durch das Nein zum EWR hat die Schweiz auch die Chance vergeben, zur WEU, der zukünftigen Verteidigungskomponente der Europäischen Union, institutionalisierte Beziehungen aufzunehmen. Am 19.Mai 1993 machte die WEU den EG-Beitrittskandidaten im Hinblick auf den EU-Beitritt ein Kontaktangebot.⁵ Die Schweiz steht auch hier abseits.

Schon seit einiger Zeit bestehen zwischen den EG-Beitrittskandidaten und der Parlamentarischen Versammlung der WEU formelle, wenn auch nicht institutionalisierte Kontakte. So wurden die Verteidigungsminister der neutralen EFTA-Staaten zu Vorträgen eingeladen⁶ - nicht aber der Vorsteher des Eidgenössischen Militärdepartements (EMD).

³ Staatssekretär Kellenberger nennt als "Zeichen einer möglichen schleichenden politischen Marginalisierung" den Verzicht der Schweiz auf die EFTA-Mitgliedschaft, die Verlegung der EFTA-Überwachungsbehörden nach Brüssel und die Tatsache, dass die EG den politischen Dialog *mit den Beitrittskandidaten* intensiviert hat. Vgl. EDA-Agenda, Juni 1993, S.26 (kursiv vom Vf.).

⁴ NZZ Nr.236, 11.10.93.

⁵ Communiqué der WEU-Ministerratstagung vom 19.Mai 1993 in Rom (Europa Archiv 15/1993, D 285-289), Ziffer 8: "Die Minister (sc. der WEU) ... äusserten ihre Bereitschaft, falls die betroffenen Staaten es wünschen, in der Zeit bis zum Beitritt geeignete Kontakte zu Finnland, Österreich und Schweden herzustellen, um diesen Staaten Informationen über die Rolle der WEU in diesem Zusammenhang zukommen zu lassen." Im WEU-Selbstdarstellungspapier (vgl. A.9), S.20, heisst es: "Austria, Finland and Sweden - candidate states for EC membership - have contacts with WEU so that they are kept informed about its activities."

⁶ Der österreichische Verteidigungsminister Fasslabend sprach am 3.12.92, die finnische Verteidigungsministerin Rehn am 17.6.93 vor der parlamentarischen Versammlung der WEU.

Daran, dass für diese Kontaktschwierigkeiten der Schweiz zur WEU das EWR-Nein verantwortlich ist, liess der Generalsekretär der WEU keinen Zweifel.⁷ Es wird ein Versehen sein, dass die Schweiz im offiziellen Selbstdarstellungspapier der WEU nicht einmal mehr als Mitglied der KSZE erscheint, sondern unter der Überschrift "Framework of Security Institutions in Europe" ganz einfach fehlt⁸ - es passt dies aber in das Gesamtbild: die Schweiz ist sicherheitspolitisch seit dem 6. Dezember 1992 marginalisiert worden.

Im Verhältnis zur Nato hat sich das EWR-Nein deshalb noch nicht ausgewirkt, weil die Nato ausserhalb des NACC bisher keine institutionalisierten Kontakte unterhält. Das Bedürfnis, die Beziehungen zur Nato zu normalisieren, wird vor allem vom EMD artikuliert⁹, während im Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) diesbezüglich vorerst noch eine gewisse diplomatische Zurückhaltung vorherrscht¹⁰; man bevorzugt hier ein verstärktes Engagement in der KSZE.¹¹

⁷ "Natürlich habe ich ... gehofft, die Schweiz werde zusammen mit Österreich, Schweden und Finnland zur EG und damit auch zur WEU ein neues Verhältnis suchen. Nach der Abstimmung vom 6. Dez. 1992 ist das nun nicht mehr gut möglich. Zurzeit unterhalten die Schweiz und die WEU bilaterale Beziehungen. Wir begrüssen solche Kontakte, doch können sie nicht institutionalisiert werden." Interview mit Willem van Eekelen, in: Tages-Anzeiger, 30.7.93.

⁸ Western European Union, History, Structures, Prospects, WEU Press & Information Service, Brussels 1993, S.20.

⁹ So forderte Bundesrat Villiger, das EWR-Nein der Schweiz dürfe in unserem ureigensten Interesse nicht bedeuten, dass sich unser Land von den europäischen sicherheitspolitischen Entwicklungen fernhalte. "Unsere Sicherheit hängt von derjenigen Europas ab, weshalb auch wir uns an der sicherheitspolitischen Partnerschaft solidarisch beteiligen müssen. Wir werden uns darum bemühen müssen, an der Gestaltung der europäischen Sicherheit mitzuwirken, und zwar möglichst überall, wo daran gearbeitet wird. Das wird bedeuten, dass wir auch prüfen müssen, wie wir unsere künftigen Beziehungen zu den politischen Tätigkeiten von Nato und WEU gestalten sollen." Ansprache des Chefs EMD vom 22.2.93, S.21.

¹⁰ So betonte der neue Aussenminister Cotti am 27.4.93 vor dem Nationalrat: "Wir stellen fest, dass Europa, Westeuropa auf alle Fälle, nach langen Jahrhunderten eindeutig den Weg des Friedens, der Befriedung in Freiheit und in Demokratie gefunden hat. Und wenn wir nach den Gründen dieses erfolgreichen Fortbestehens der Geschichte fragen, können wir

Die amerikanische Initiative "Partnership for Peace", die von Verteidigungsminister Aspin auf der Nato-Verteidigungsministertagung in Travemünde (20./21.10.93) lanciert wurde, sieht eine entwicklungsfähige bilaterale Zusammenarbeit zwischen der Nato und dem jeweiligen Partnerstaat vor. Als Kooperationsfelder nannte Aspin namentlich gemeinsame Übungen, Planung, Training und letztlich sogar Interoperabilität von Material und Operationsmethoden; als mögliche gemeinsame Operationen werden in erster Linie friedenserhaltende Aktionen (unter der Autorität der Uno) ins Auge gefasst.¹²

ohne Zweifel den *Schirm Amerikas oder der Nato während des Kalten Krieges* nennen. Aber eines müssen wir auf alle Fälle unterstreichen: Die EG - die ehemalige EWG - hat zu dieser Befriedung Wesentliches beigetragen, und zwar nicht nur, weil die Geschichte es so gewollt hat, sondern weil sich die Gründer dieser EG ... diese Befriedung als letztes Ziel ihrer Aufgabe gestellt hatten ...". Amtliches Bulletin der Bundesversammlung 1993, Nationalrat, S.715 (kursiv vom Vf.). In einem Interview dagegen, das Bundesrat Cotti drei Monate später gab, schien wieder die alte Schweizerische Äquidistanz nachzuklingen: "Die Nato hatte eine zentrale Rolle in der Verteidigung eines Blockes gegenüber einem andern Block. Sie ist ein Verteidigungsbündnis geblieben ... Es wird neben der Schweiz auch andere Länder geben, die sich nicht für eine Beteiligung an der Nato interessieren und die eine andere Rolle übernehmen könnten." Vgl. Der Bund, 25.9.93.

¹¹ In diesem Sinne äusserten sich Aussenminister Cotti und Staatssekretär Kellenberger auf ihren Reisen nach Skandinavien bzw. Nordamerika im November 1993. Auch die Ernennung des langjährigen Chefs der Schweizerischen Mission bei den EG, Benedikt von Tscherner, zum Chef der Schweizerischen Delegation an der KSZE und zum Chef der Ständigen Vertretung der Schweiz bei den internationalen Organisationen in Wien (am 3.9.93), ist wohl als Signal in dieser Richtung zu werten.

¹² Les Aspin drückte sich an der Pressekonferenz folgendermassen aus: "Ultimately what we're looking at is developing capabilities jointly between NATO the organization and these individual countries through *joint exercises, joint planning, joint training* and, ultimately, maybe getting to *interoperability of equipment and methods of operation* between NATO and the partner state. What we're doing via this method is expanding NATO's capability by bringing in more assets to do the kinds of things that NATO is going to be doing in this new post-Cold War, post-Soviet world. Those kind of things, of course, include *peacekeeping*, but they also would include such things as *search and rescue operations, disaster relief operations, and crisis management* kind of operations." (the wireless file, October 22, 1993, kursiv vom Vf.).

Diese Initiative zu einer intensiveren militärischen Zusammenarbeit mit der Nato richtete sich an alle interessierten Staaten Ost- und Ostmitteleuropas, im Prinzip aber auch an die neutralen Mitgliedstaaten der KSZE. Der Vorschlag bezweckte offensichtlich in erster Linie, das osteuropäische Drängen auf Vollmitgliedschaft bei der Nato abzulenken.

Aufschlussreich waren in diesem Zusammenhang nun besonders die Reaktionen in der Schweiz. Die amerikanische Initiative sei "äusserst interessant" und "bestechend", erklärte Bundesrat Villiger, weil "der bilaterale Vertrag ... auf die Neutralität Rücksicht nehmen" könne.¹³ Das ungewöhnliche Interesse der Schweiz für einen Vorschlag, der gar nicht direkt an sie gerichtet war¹⁴, und die breite Wunschliste Villigers bestätigen vor allem wieder den Eindruck, dass sich die Schweiz gerade in den genannten sicherheitspolitischen Bereichen ziemlich isoliert fühlt.

Kein Einfluss auf Maastricht II

Die Beitrittsverhandlungen der EU mit den vier EFTA-Staaten sind so terminiert, dass letztere der Europäischen Union 1995 beitreten und als Vollmitglieder an der für 1996 geplanten Regierungskonferenz zum Maastrichter Unionsvertrag teilnehmen können. In den Beitrittsverhandlungen mit den EFTA-Staaten hat am 9. November 1993 die Verhandlungsrunde begonnen, in der es vor allem um die GASP geht. Die wirklich heiklen Dossiers sind natürlich wirtschaftlicher Natur. Die GASP gilt aber auch deshalb nicht als schwieriges Kapitel, weil die Bestimmungen des Maastrichter Vertrages vage formuliert sind. Entsprechend wird mit einem Abschluss des Dossiers GASP bis Ende 1993 gerechnet.¹⁵

Die Positionen der einzelnen Mitgliedstaaten, die die Beitrittsverhandlungen führen, sind natürlich unterschiedlich.¹⁶ Viel kompromissloser ist bekanntlich

¹³ Tages-Anzeiger und Der Bund, 6.11.93.

¹⁴ Bezeichnenderweise sind in Travemünde offenbar nur Finnland, Schweden und Österreich explizit als mögliche Partner genannt worden (NZZ Nr.250, 27.10.93). Entsprechend musste die Schweiz den Vorschlag über ihre Botschaft in den USA anfordern (Tages-Anzeiger, 6.11.93).

¹⁵ NZZ Nr.253, 30./31.10.93.

¹⁶ Obwohl gerade die Niederlande dem Vernehmen nach auf verbindlichen Auflagen bestehen, gab sich der niederländische Ministerpräsident Ruud

der Standpunkt der Kommission.¹⁷ Sie wird dabei vom Europäischen Parlament unterstützt¹⁸, dessen Bedeutung wesentlich darin liegt, dass es die Erweiterungsverträge letztlich zu ratifizieren haben wird.

Geht man davon aus, dass die Europäische Union an ihrer politischen Finalität festhält und sich im Hinblick auf einen späteren Aufbau einer gemeinsamen Verteidigungspolitik nicht die Hände binden will, so muss man annehmen, dass die EU keine Staaten aufnehmen wird, die an der *dauernden* Neutralität festzuhalten gewillt sind. Zwar wird ein sofortiges, vollumfängliches Engagement seitens aller EU-Mitglieder wohl nicht unabdingbare Voraussetzung für die Mitgliedschaft in der EU sein; denkbar sind aber auch in diesem Bereich nur befristete Übergangslösungen, kaum dauerhafte Ausnahmen.¹⁹ Die EU

Lubbers zur Frage der Vereinbarkeit von GASP und Neutralität überraschend flexibel: "Le Traité de Maastricht comprend des protocoles qui tiennent compte des particularités constitutionnelles des Etats, pour l'Irlande par exemple en raison de sa neutralité. Si la Confédération disait 'nous voulons vous rejoindre selon le modèle irlandais', nous n'aurions aucune raison valable de refuser. Mais il n'est pas question de tailler un arrangement sur mesure à la Suisse." (Le Nouveau Quotidien, 14.10.93). Lubbers gab dieses Interview allerdings im Hinblick auf den Besuch der niederländischen Königin Beatrix in der Schweiz; er wird sich später - schon gar, wenn er Kommissionspräsident der EU werden sollte - kaum gerne an diese Aussage erinnern lassen.

¹⁷ Die Kommission empfiehlt den Mitgliedstaaten, von Beitrittskandidaten bindende Zusagen zu verlangen, dass sie sich mit dem Ziel einer GASP identifizieren, sowie "spezifische und verbindliche Zusicherungen in bezug auf ihr politisches Engagement und ihre rechtliche Fähigkeit zur Erfüllung dieser Verpflichtungen". Vgl. die Kommissionsstudie mit dem Titel "Europa und die Problematik der Erweiterung", veröffentlicht am 24.6.92 und abgedruckt im Anhang an das Schlussdokument des Lissabonner EG-Gipfels (Europa Archiv 1992, D 489-514).

¹⁸ Entschliessung des Europäischen Parlamentes, Ziffer 21: Das Europäische Parlament "betont, dass die Kompatibilität des Sicherheitsstatus von Beitrittskandidaten mit den Bestimmungen, über die Gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik nach *einheitlichen und verbindlichen Massstäben und Kriterien* beurteilt werden muss, und dass dieselben Massstäbe und Kriterien *auch zukünftigen Beitrittsverhandlungen* zugrundegelegt werden sollen, ..." (kursiv vom Vf.).

¹⁹ Schlussfolgerungen des EG-Gipfels von Edinburgh, 11./12.12.92, Europa Archiv 1993, D 1-26, Ziffer 8: "Bedingung für die Mitgliedschaft wird es sein, dass der Vertrag über die Europäische Union und der gemeinsame

wird gegenüber den heute Neutralen bereits zum Zeitpunkt ihrer Aufnahme *auch formal* Minimalbedingungen im Bereich der Sicherheitspolitik stellen *müssen*; dabei dürfte es sich um die folgenden handeln:

1. Die *Anerkennung des Fernziels einer Gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik*; sie umfasst gemäss dem Unionsvertrag, Art. J 4.1, "sämtliche Fragen, welche die Sicherheit der Europäischen Union betreffen, wozu auf längere Sicht auch die Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik gehört, die zu gegebener Zeit zu einer gemeinsamen Verteidigung führen könnte."
2. Die *Nichtbehinderung der politischen Willensbildung* von EU-Partnern im Bereich der GASP. Bereits vor drei Jahren hat die EG als mögliche Bereiche für gemeinsame sicherheitspolitische Aktionen festgelegt: "Rüstungskontrolle, Abrüstung und damit zusammenhängende Fragen; KSZE-Angelegenheiten, bestimmte bei den Vereinten Nationen erörterte Fragen, einschliesslich friedenssichernde Massnahmen; wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit auf dem Rüstungssektor; Koordinierung der Rüstungsexportpolitik und Nichtverbreitung."²⁰
3. Die *Nichtbehinderung von militärischen Aktionen von WEU- oder Nato-Staaten*. Die EU wird verlangen müssen, dass die Kandidaten allfällige gemeinsame militärische Aktionen *passiv* unterstützen, indem sie ihre Logistik, ihr Territorium (z.B. Einsatzflugplätze) und ihren Luftraum für solche Aktionen zur Verfügung stellen.

Besitzstand - vorbehaltlich eventueller in den Verhandlungen vereinbarter Übergangsbedingungen - vollständig akzeptiert wird." Manfred Rist schätzt demgegenüber, dass Probleme im Bereich GASP "mit reinen Wortspielen umgangen werden können und sich in einseitigen Schlusserklärungen, Protokollen, Konjunktivformeln und ähnlichen diplomatischen Notbehelfen niederschlagen", vgl. NZZ Nr.263, 11.11.93.

²⁰ Schlussfolgerungen des EG-Gipfeltreffens vom 14./15.12.90 in Rom (vgl. Europa Archiv 1/1991 D 27-38). Bisher erfolgte in diesen Gebieten jedoch keine gemeinsame Aktion nach Art.J.3 des Unionsvertrages. An ihrem Gipfeltreffen in Brüssel von Ende Oktober 1993 hat die EU zudem fünf *aussenpolitische* Bereiche festgelegt, die bereits teilweise zu gemeinsamen Aktionen geführt haben: die humanitären Aspekte der Jugoslawienpolitik (insbesondere die Schaffung eines Versorgungskorridors), die Politik gegenüber dem Friedensprozess im Nahen Osten und Südafrika sowie die Beziehungen zu Mittel- und Osteuropa und die Politik gegenüber Russland. Vgl. NZZ Nr.253, 30./31.10.93.

Dieses dreifache Bekenntnis der zukünftigen Mitglieder der EU wird jede Konzeption, die die Neutralität als EU-kompatibel darstellt²¹, zu dem Zeitpunkt in innen- und aussenpolitische Rechtfertigungsnotwendigkeiten bringen, wo die EU den Schritt zu gemeinsamen sicherheitspolitischen Aktionen tut.

Direkte Auswirkungen der Integrationsverspätung der Schweiz im Bereich der GASP dürften sich vor allem mittelfristig ergeben, dann nämlich, wenn die EU ihre Mitglieder über das aktive *politische* Engagement im Bereich der GASP hinaus verpflichtet. Vorerst beinhaltet die GASP - wie gezeigt - einen erheblich höheren Grad an Verbindlichkeit in der Aussen- als in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik.²² Mittelfristig dürfte die EU aber auch in den letztgenannten Bereichen bindende Zusagen verlangen. Sie könnten etwa darin bestehen, dass die EU-Mitglieder untereinander im individuellen oder kollektiven Verteidigungsfall militärische Solidarität üben. In welcher Form und innert welcher Frist dies geschieht, dürfte dagegen *Gegenstand der Verhandlungen der Vertragsrevision nach der Erweiterung der EU 1996* sein.²³ Die bereits im Vorfeld des Maastrichter Vertrages vereinzelt geäußerte Idee, in die EU den Beistandsartikel des Nato-Vertrages zu übernehmen, wurde vom Europäischen Parlament wieder bekräftigt.²⁴

²¹ Vgl. den Bericht des Bundesrates zur Neutralität, S.40f.

²² Vgl. auch die Unterscheidung in der Entschliessung des Europäischen Parlamentes ..., Ziffer 3: das Europäische Parlament ... "*unterstreicht*, dass die Beitrittskandidaten vom Zeitpunkt ihres Beitritts an in der Lage sein müssen, sich vollständig und aktiv an der im Vertrag über die Europäische Union vorgesehenen Aussen- und Sicherheitspolitik zu beteiligen,..."; während es in Ziffer 8 heisst: ... "*würde es begrüßen*, wenn alle Beitrittskandidaten sich nach ihrem Beitritt aktiv und konstruktiv an der Entwicklung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik mit dem Ziel einer gemeinsamen Verteidigung beteiligen" (kursiv vom Vf.).

²³ In diesem Sinne auch Erich Reiter, Eine europäische Sicherheitspartnerschaft durch die WEU, in Österreichische Militärische Zeitschrift 2/1993, S.102.

²⁴ Vgl. die Entschliessung des Europäischen Parlamentes ..., Ziffer 10: Das Europäische Parlament "ist der Meinung, dass eine gemeinsame Verteidigung im Rahmen der Europäischen Union rein defensiven Charakter haben muss und gegenseitige Beistandsverpflichtungen analog zu den Bestimmungen von Artikel V des revidierten Brüsseler Vertrages beinhalten sollte, ...".

Diese Überarbeitung des Maastrichter Vertrages wird also ab 1996 im Kreis der dannzumal der EU angehörigen Staaten stattfinden. Wegen der verzögerten Integration wird die Schweiz darauf *keinen Einfluss* nehmen können. Dies dürfte mittelfristig weitere Nebeneffekte haben, die aus neutralitätskonservativer Sicht negativ erscheinen müssen. Namentlich müsste sich dieses politische Lager fragen, ob die Schweiz nicht zusammen mit Österreich, das als einziger Kandidat an seinem Neutralitätsvorbehalt festzuhalten gewillt scheint²⁵, eher einen Sonderstatus in der GASP hätte aushandeln können, als sie dies zu einem späteren Zeitpunkt alleine wird tun können. Jedenfalls wird Österreich, auf sich allein gestellt und mit geringem sicherheitspolitischem Eigengewicht, schwerlich im Stande sein, "als neutrales Land der EU beizutreten" und so ein Präjudiz zu schaffen, auf das sich die Schweiz zu gegebener Zeit berufen könnte.

Rückschlag für die sicherheitspolitische Integrationsdiskussion in der Schweiz

Seit 1991 ist die Bereitschaft der Bevölkerung zur sicherheitspolitischen Integration in der Bevölkerung rückläufig.²⁶ Wichtiger Ausdruck dieser allgemeinen Stimmung war das EWR-Ergebnis, das im Grunde mehr isolationistisch als wirtschaftlich begründet war.²⁷

Dieser Stimmung Rechnung tragend, büsste die offizielle Rhetorik im Vorfeld der Abstimmung vom 6.Juni 1992 markant an "Integrationsfreundlichkeit" ein. So war in der bundesrätlichen Botschaft vom Dezember 1991 zur Beschaffung von Kampfflugzeugen noch ziemlich deutlich der Eindruck erweckt worden,

²⁵ Vgl. etwa den Artikel "Doppelbödiges Neutralitätspolitik Österreichs", NZZ Nr.263, 11.11.93.

²⁶ Die Zustimmung zur Aussage "Die Schweiz sollte ihre Neutralität beibehalten" stieg von 79 % (1991) auf 82 % (1993), vgl. Haltiner, Sicherheit 1993.

²⁷ "Die Untersuchung der von den EWR-Gegnern und -Befürwortern spontan vorgebrachten Motivationen zeigt, dass sich am 6.Dezember viel eher zwei Vorstellungen über die Schweiz und ihre Zukunft gegenüberstanden, als dass zwei kalte und rationale Auswertungen der Kosten und Gewinne des EWR den Ausschlag gegeben hätten." GfS-Analyse, S.80.

die 34 F/A-18 könnten eine Anschaffung in der Integrationsperspektive sein.²⁸ Auch im März 1992 scheint dies noch gegolten zu haben²⁹; schon im Juni desselben Jahres aber hatte sich das Blatt offenbar gewendet.³⁰

Das EMD führte die Abstimmungskampagne schliesslich praktisch allein mit den Argumenten der autonomen Landesverteidigung, und wurde dabei auch vom EDA unterstützt.³¹ Ebenso hatten private Befürworter der politischen Öffnung und der Kampfflugzeugbeschaffung nach dem 6. Dezember nur noch verhalten vom integrationspolitischen Argument Gebrauch gemacht.³² Wenn das EMD das Ja zur F/A-18 Beschaffung schliesslich als "positives Signal

²⁸ "Bei den möglichen Zukunftsszenarien bezüglich der Sicherheit Europas und unseres Landes sind die Optionen Neutralität, Bündnis und europäisches Sicherheitssystem offen. Welche Option auch gewählt werden sollte, in jedem Fall ist eine glaubwürdige Armee nötig." Botschaft über die Beschaffung von Kampfflugzeugen (Rüstungsprogramm 1992), BBl 1992 I S.683-784, das Zitat S.694.

²⁹ Bundesrat Villiger am 19.3.92 im Ständerat: "Einem Bündnis beitreten heisst nicht nur Nehmen, sondern auch Geben. Auch als Bündnispartner müssten wir unsere Beiträge leisten ... Ich halte es ... in dieser Zeit des Umbruches nicht für ausgeschlossen, dass wir uns in einigen Jahren vielleicht in ein europäisches Luftverteidigungssystem eingliedern möchten." Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, 1993, S.284.

³⁰ Bundesrat Villiger am 12.6.92 im Nationalrat: "... ich sage ganz klar, dass für den Bundesrat der Beitritt zu einer militärischen Allianz nicht zur Diskussion steht. ... es (gibt) für uns im Augenblick auf militärischem Gebiet keine Alternative zur bewährten Maxime der bewaffneten Neutralität." Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, 1993, S.945.

³¹ Am 24.5.93 erklärte Bundesrat Cotti: "Die Bereitschaft zur Mitverantwortung und der Aufrechterhaltung einer *selbständigen Verteidigungsfähigkeit* bilden die beiden Hauptstützen unserer Sicherheitspolitik ... eine Mitwirkung am Aufbau einer europäischen Sicherheitsordnung und der Sicherung des Friedens setzt eine wirksame Landesverteidigung und *ein hohes Mass an Unabhängigkeit* voraus." (EDA Agenda, Mai 1993, S.124, kursiv vom Vf.).

³² So etwa Bruno Lezzi in NZZ vom 14.5.93, 15./16.5.93, 4.6.93 oder Ständerätin Monika Weber (LdU) in NZZ, 19.5.93.

nach aussen" auslegte, geschah dies auf der Ebene der traditionellen autonomen Argumentation.³³

Der Zusammenhang zwischen dem EWR-Nein und dem Ja zu neuen Kampfflugzeugen lag also auf der Hand. Entsprechend interpretierten Befürworter das Abstimmungsergebnis sogleich dahingehend, Volk und Stände hätten sich am 6.12. für eine eigenständige militärische Selbstbehauptung ausgesprochen und die Kampfflugzeuge seien die unabdingbare Voraussetzung dafür.³⁴ Dass das bereits im EWR-Nein zum Ausdruck gekommene Autonomiedenken nun auch eine verteidigungspolitische Verlängerung erhalten hatte, erkannten auch Gegner der Beschaffung an.³⁵ Schliesslich bestätigte eine Analyse des Abstimmungsergebnisses, dass dieses Nein ebenso stark isolationistisch motiviert war wie jenes zum EWR.³⁶

³³ Bundesrat Villiger nach der Abstimmung: "Dieses Land ist gewillt, sein Haus selber in Ordnung zu halten. Es ist dies ein Zeichen von Stabilität, Berechenbarkeit und vom Willen zur Selbstverantwortung und Selbstbehauptung. Dieses Signal ist wichtig in einer Zeit, wo wir unsere Position in Europa definieren und die Standortbedingungen unseres Werkplatzes verbessern müssen." EMD-Information, Juni 1993, o.S.

³⁴ Vgl. z.B. Ständerat Willy Loretan (FDP, AG) in Trumpf Buur Zitig 4/1993: "... Das EWR-Nein ... bedeutet ..., dass für uns eine Mitarbeit in einem kommenden sicherheitspolitischen europäischen Verbund kaum möglich sein wird, mit der Konsequenz, dass wir eben für die Wahrung unserer Neutralität und der Sicherheit gegen aussen eigenständig aufzukommen haben. Dabei kommt dem Schutz des Luftraumes vorrangige Bedeutung zu."

³⁵ Vgl. z.B. Elmar Ledergerber in: Wir Brückenbauer vom 9.6.93: "Das Motto 'Wir Schweizer sind alleine am stärksten' hat hier (d.h. am 6.6.93) möglicherweise eine Fortsetzung gefunden. Wenn der Alleingang wirklich den Ausschlag gegeben haben sollte, wäre dies aber äusserst bedenklich." Ähnlich Oskar Reck in Le Nouveau Quotidien vom 7.6.93: "Dans les deux cas, le même réflexe a joué. La majorité a choisi la crispation sur la neutralité, le repli sur une identité perpétuellement menacée et dont les termes sont les mêmes qu'au siècle dernier, lorsque la Suisse était seule en démocratie, entourée de monarchies. La croyance qui explique tout ce débat tient en un slogan: 'Une Suisse neutre est une Suisse sauvée'".

³⁶ Vox-Analyse Nr.49, S.23: "In der Gruppe, welche dem Argument zustimmt, dass die Schweiz mit einer starken Flugwaffe ihre militärische und politische Unabhängigkeit in Europa bewahre, stimmten 89 % nein."

Allerdings hatten vor der Abstimmung gerade Experten Zweifel am Sinn eines autonomen Luftschirms geäußert³⁷, und Zweifel blieben bis über den Abstimmungstag hinaus auch im Volk weit verbreitet.³⁸

Angesichts der Diskrepanz zwischen der Zustimmung zur Abstimmungspropaganda und dem Abstimmungsverhalten stellt sich die Frage, ob nicht gerade der Einstieg in die (aus der Sicht der Schweiz) übernächste Technologiestufe die Gelegenheit gewesen wäre, die finanziellen und militärtechnischen Grenzen der neutralen, d.h. autonomen Landesverteidigung einzugestehen, anstatt die Kampagne auf eine einseitige Interpretation des EWR-Ergebnisses auszurichten. Anders formuliert: Das EMD hat mit den zwei Staffeln F/A-18 zwar ein wertvolles militärisches Integrationselement errungen, es dürfte aber mit seiner Kampagne die innenpolitische Bereitschaft, den Weg der sicherheitspolitischen Integration auch tatsächlich zu beschreiten, nicht gerade erhöht haben.

Gefährdung der Blauhelmvorlage durch die F/A-18-Kampagne ?

Durch die F/A-18-Kampagne des EMD wurden also die Gegner einer sicherheitspolitischen Öffnung der Schweiz sichtlich gestärkt. Von einem Teil der Gegner wurde gerade das EWR-Nein auch als Argument gegen die Blauhelmvorlage der Schweiz ins Feld geführt.³⁹ Demgegenüber stellte

³⁷ Vgl. Gustav Däniker, der eine "Entflechtung" der Neutralität und der eigenständigen Verteidigung forderte, indem - im Sinne einer "abgestuften Strategie" - klar erklärt würde, "welche Sicherheitsaufgaben autonom erledigt werden können und welche im Kollektiv zu bewältigen sind." NZZ Nr.70, 25.3.93.

³⁸ Vox-Analyse Nr.49, S.23: "Zwar erklärten sich 59 % der Stimmberechtigten damit einverstanden, dass eine sinnvolle Verteidigung des Luftraums nur noch mit den europäischen Nachbarländern realisiert werden kann. Aber das Einverständnis mit dieser Aussage ist viel weniger verhaltensrelevant: In der Gruppe, die Einverständnis erklärt, stimmten schliesslich 54 Prozent ja und 46 Prozent nein."

³⁹ Dazu treffend Lezzi: "Wer unter Berufung auf ein traditionelles Neutralitätsverständnis und in Erinnerung an den EWR-Entscheid im vergangenen Spätherbst gegen eine Beteiligung der Schweiz an friedenserhaltenden Missionen der Vereinten Nationen eintritt und einer militärpolitischen Abschottung das Wort redet, hat den seit 1989 eingetretenen

Bundesrat Villiger fest, dass die Blauhelmvorlage als Signal gerade nach dem Scheitern des Beitritts zu Uno und EWR besonders wichtig ist.⁴⁰ Er wurde unterstützt von Parlamentariern, die ebenfalls vor einer *weiteren* Isolation der Schweiz bei einem Scheitern der Blauhelmvorlage warnten.⁴¹ Dass ein Schweizerisches Blauhelmbataillon im Ausland positiv aufgenommen würde, versteht sich von selbst.⁴²

Die F/A-18-Kampagne könnte sich nun als Hypothek erweisen, wenn die Landesregierung in den nächsten Monaten die Blauhelmvorlage zu vertreten haben

Wandel nicht erkannt. Mit dem rigiden Festhalten an einem Modell, das dazu diene, die Einflussnahme von Hegemonialmächten in Europa auf unser Land abzuwenden, würden wir uns aussenpolitisch in eine Randposition manövrieren." NZZ Nr.130, 9.6.93.

⁴⁰ "Mit der Aufstellung von Blauhelmtruppen will die Schweiz ein sichtbares Signal internationaler Solidarität setzen und den Gedanken der kollektiven Sicherheit mittragen. Nachdem wir nicht Mitglied der Uno sind und im Dezember den EWR abgelehnt haben, sind solche Signale besonders wichtig. Eine Schweiz, die als nützliches Mitglied der Völkerfamilie und nicht als egoistischer Einzelgänger empfunden wird, ist auch sicherer. Wer Solidarität gewährt, kann auch eher mit Solidarität rechnen, wenn er sie braucht." Ansprache vor der Schweizerischen Gesellschaft für Aussenpolitik, Genf, 22.2.93, Manuskript, S.22f.

⁴¹ Vgl. Ständerat Loretan: "Ein Nein zu ... Blauhelmtruppen wäre nach dem 6. Dezember 1992 für das internationale Ansehen unseres Landes ebenso schädlich wie ein Ja zu den beiden Selbstentwaffnungs-Initiativen ... Wir würden dann endgültig als eigensüchtige, auf uns selbst fixierte aussen- und sicherheitspolitische Trittbrettfahrer dastehen, die nur für sich selber schauen und keine Beiträge an ein europäisches Sicherheitssystem erbringen wollen ..."; oder auch Nationalrat Mühlemann: "Es besteht kein Zweifel, dass wir uns in letzter Zeit im aussenpolitischen Bereich wiederholt ins Abseits manövriert haben. Wir gelten als eine Nation des 'sacro egoismo', die für Weltverantwortung, für Solidarität, für Mithilfe in Krisenlagen unserer Nachbarn wenig Verständnis zeigt. Diese Vorlage ist eine gute Chance, um hier ein schiefes Bild geradezurücken ...". Vgl. das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung. Ständerat, 1993, S.57, bzw. Nationalrat, 1993, S.1123.

⁴² So etwa Däniker in NZZ Nr.70, 25.3.93. Tatsächlich soll der positive Blauhelmentscheid des Parlaments in Rom - offenbar in Verkennung der staatsrechtlichen Tücken der schweizerischen Gesetzgebung - auch als praktischer Beweis dafür gewertet worden sein, dass der Schweiz tatsächlich daran gelegen ist, sich nach der EWR-Abstimmung nicht ins Schneckenhaus zurückzuziehen. So die NZZ Nr.139, 19./20.6.93.

wird. Denn dann wird es darum gehen, klar zu machen, weshalb eine *ausgreifende* sicherheitspolitische Solidarität der Schweiz gefragt ist. Die Schwierigkeit liegt wohl vor allem darin, dass zugunsten der Blauhelme kaum ein direkter und handfester Eigennutzen für die Schweiz geltend zu machen ist.⁴³ Entsprechend ist gegenwärtig offenbar nur eine deutliche Minderheit der Bevölkerung dieser Vorlage günstig gestimmt.⁴⁴ Erstaunlicherweise scheint im Volk vor allem unter Anhängern der Sozialdemokraten eine deutliche Mehrheit die Vorlage abzulehnen, während in den drei bürgerlichen Parteien die Befürworter leicht überwiegen.⁴⁵ Nachdem das Referendum von Lega, Auto- und Schweizer Demokraten ergriffen worden war, deutet sich für einmal zu einer Militärvorlage eine unheilige Allianz der Gegner an. Diese zu überwinden, wird eine wichtige Aufgabe sein, die der Bundesrat bis zum voraussichtlichen Abstimmungstermin im Juni 1994 zu erfüllen hat.

Die Blauhelmvorlage ist in ihrer Bedeutung *kaum zu überschätzen*. Sie wird zurecht als "erster grosser Test" für den Willen der Schweizer Bevölkerung bezeichnet, die Sicherheitspolitik zu öffnen.⁴⁶ Es geht aber nicht nur darum, mit einem relativ bescheidenen⁴⁷ Schritt die friedenserhaltende Rolle der *Uno* zu unterstützen und allenfalls eine zweite *Uno*-Abstimmung innenpolitisch vorzubereiten, sondern die Vorlage hat noch weitere Dimensionen. So ist

⁴³ Das EMD wird die Öffentlichkeit v.a. mit drei Argumenten zu gewinnen suchen, die aber schwerlich quantifizierbar sind: 1. mit dem Interesse am Gelingen einer wirksamen Krisenprävention im Rahmen der *Uno*, 2. mit dem zunehmenden politischen Preis einer Verweigerung dieser Leistung und 3. mit dem Erfahrungsgewinn für die nicht kriegserfahrene Milizarmee. Vgl. Villiger, NZZ Nr.253.

⁴⁴ Eine im Oktober 1993 von der GfS durchgeführte Umfrage über die Blauhelme ergab 38 % ja, 46 % nein, 16 % unentschieden, vgl. TA, 12.11.93. Die Tendenz scheint abnehmend zu sein: Auf die Frage, "Die Schweiz sollte UNO-Truppen stellen", hatten 1990/91 48 %, im Frühling 1993 noch 47 % mit Ja geantwortet. Vgl. Haltiner, Sicherheit 93.

⁴⁵ Gemäss der in Anm.44 zitierten Umfrage sehen die Prozentzahlen unter den Parteigängern wie folgt aus: SPS: 38 % ja, 50 % nein, CVP: 42 % ja, 37 % nein, FDP: 58 % ja, 39 % nein, SVP: 56 % ja, 38 % nein.

⁴⁶ So Generalstabschef Liener vor der AOG Zürich, vgl. NZZ Nr.257, 4.11.93.

⁴⁷ Gemäss The Military Balance 1993/94 stellen (am Stichtatum 1.6.93) Österreich 858 Mann, Schweden 1071 Mann und Finnland gar 1345 Mann an *Uno*-Aktionen.

namentlich in der EU die Sichtweise verbreitet, das Uno-Engagement ihrer Mitglieder stehe in einem Zusammenhang mit der Entwicklung der GASP.⁴⁸ Dies bedeutet, dass die Stellung von Blauhelmen auch in der sicherheitspolitischen Integrationsperspektive unseres Landes *von grosser Bedeutung* ist. Abgesehen davon geht es bei der Blauhelmvorlage schliesslich auch um die längerfristige Legitimation der Armee selber. Denn geht man davon aus, dass die Schweiz von seiten ihrer direkten Nachbarn militärisch auf absehbare Zeit hinaus nicht bedroht ist, so dürfte die Unterstützung für die Landesverteidigung in der schweizerischen Öffentlichkeit nur mit einem "out-of-area"-Engagement der Schweizer Armee längerfristig sicherzustellen sein.

Die Ablehnung der Blauhelmvorlage würde die Schweiz also wohl nicht nur auf ihrem Uno-Kurs weit zurückwerfen, sondern auch auf dem Weg zu einem vollwertigen Sicherheitspartner in der europäisch-atlantischen Sicherheitspolitik. Sollte die amerikanische Initiative "Partnership for Peace" (vgl. oben) im Januar zu einem Vorschlag der Nato werden, so wäre die Schweiz nach einem Scheitern der Vorlage als Partner wohl nicht mehr sehr gefragt. Es dürfte dann schwer zu verhindern sein, dass sich das Wort "schweizerisch" im sicherheitspolitischen Vokabular vollends zu einem Synonym für "unsolidarisch" entwickelt - Anzeichen dafür gibt es bereits.⁴⁹

⁴⁸ Vgl. die Entschliessung des Europäischen Parlamentes ..., Ziffer 12: Das Europäische Parlament "begrüssst, dass verschiedene Beitrittskandidaten sich bereits in der Vergangenheit vielfach aktiv und engagiert am KSZE-Prozess sowie an Friedensmissionen der Vereinten Nationen beteiligt haben und sieht darin *eine günstige Voraussetzung*, damit die Europäische Union in Zukunft im Rahmen der GASP eine aktive gemeinsame Politik der Konfliktverhinderung und Konfliktschlichtung betreiben kann, ..." (kursiv vom Vf.) und Ziffer 13: "würde es begrüssen, wenn die Staaten, mit denen Beitrittsverhandlungen geführt werden, gegebenenfalls bereits vor ihrem Beitritt und gemäss ihrem verfassungsmässigen Möglichkeiten sich an friedenserhaltenden oder friedensstiftenden Einsätzen der Europäischen Union beteiligen würden". Dass eine Ablehnung der Blauhelmvorlage des Bundesrates in Brüssel "auf grosses Unverständnis stossen" würde, bestätigt auch die Ressortforschungsstudie von Günther Bächler, Was meinen ausländische Akteure zur Zukunft der Neutralität ? Eine qualitative Analyse von zwanzig Interviews, Bern 1993.

⁴⁹ So schrieb etwa der Auslandchef von "Die Welt" zur innenpolitischen Debatte über das deutsche Uno-Engagement: "Mr. Kohl has been fighting a lonely battle against entrenched public opinion. It will take time to overcome the *Switzerland mentality* of the West Germans and the prison

Bibliographie

Entschiessung des Europäischen Parlamentes über die Erweiterung und Neutralität (auf Antrag des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten und Sicherheit) vom 2.September 1993.

Bericht des Bundesrates zur Neutralität, Bern, November 1993 (= Anhang zum Bericht über die Aussenpolitik der Schweiz in den 1990er Jahren), Bern, 29.November 1993.

Analyse des votations fédérales du 6 décembre 1992, ed. GfS Institut de recherche et Université de Genève, Genf, 1993.

Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 6.Juni 1993, hg. vom Forschungsinstitut der Schweizerischen Gesellschaft für praktische Sozialforschung und vom Forschungszentrum für schweizerische Politik der Universität Bern (= Vox-Analyse Nr.49), Bern, August 1993.

Karl W. Haltiner, Sicherheit 93, Ergebnisse einer Repräsentativbefragung, in: Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft Nr.30, Zürich 1994 (im Druck).

Kaspar Villiger, Sicherheitspolitik im Schritt mit der Zeit. Plädoyer für eine rasche Realisierung der Armee 95, NZZ Nr.253, 30./31.10.93.

mentality of the East Germans." Jochen Thies in: International Herald Tribune, 30./31.10.93 (kursiv vom Vf.).

Kurzangaben über die Autoren

Jacques Hürlimann, Dr. phil., ist Leiter der Kernstudiengruppe schweizerische Sicherheitspolitik an der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETH Zürich.

Thomas Köppel, cand. phil., ist Mitarbeiter in der Kernstudien-
gruppe schweizerische Sicherheitspolitik an der Forschungsstelle
für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETH Zürich.

Mauro Mantovani, Dr. phil., ist Mitarbeiter in der Studiengruppe
internationale Sicherheitspolitik an der Forschungsstelle für
Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETH Zürich.

Chronologie

Chronologie zur schweizerischen Sicherheitspolitik von Mai 1992 bis Dezember 1993

zusammengestellt von Daniel Bircher unter Mithilfe von Martin Arnet

17. Mai

Mit 920 734 Ja gegen 728 140 Nein stimmt das Schweizer Volk dem *Beitritt zum Internationalen Währungsfonds (IMF) und zur Weltbank* zu.

19./26. Mai

Der Bundesrat gibt bekannt, dass die Schweiz in Kürze ein Gesuch um Aufnahme von *Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Gemeinschaft (EG)* einreichen werde. Bundesrat René Felber erklärt, dass der EG-Beitritt seit dem 22. Oktober 1991 erklärtes Ziel des Bundesrates sei. Am 26. Mai wird das offizielle schweizerische Gesuch in Brüssel überreicht.

1. Juni

Der Bundesrat beschliesst auf der Basis der Uno-Resolution 757 *Sanktionen gegen Ex-Jugoslawien*. Die Massnahmen sehen ein umfassendes Handels- und Dienstleistungsverbot vor. Humanitäre Hilfe, einschliesslich Lebensmittellieferungen, ist vom Embargo ausgenommen.

1. Juni

Die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) reicht die von 503 719 Personen unterzeichnete *Initiative "für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge"* ein. Die Vorlage sieht ein Verbot neuer Kampfflugzeug-Käufe zwischen dem 1. Juni 1992 (Rückwirkungsklausel) und dem 31. Dezember 1999 vor.

3.-14. Juni

Bundesrat Flavio Cotti unterzeichnet am *Erdgipfel in Rio* die Konvention über Klimaschutz und die Konvention über die Artenvielfalt.

4. Juni

Der Ständerat billigt das *Zivilschutz-Leitbild 95*, das u.a. die Senkung des Schutzdienstpflichtalters von 60 auf 52 Jahre und eine Reduktion des Sollbestandes von 520 000 auf 380 000 Mann vorsieht. Der professionalisierten Ausbildung und der Katastrophenhilfe wird im neuen Leitbild ein zentraler Stellenwert eingeräumt.

10.-12. Juni

Mit 103 gegen 84 Stimmen und bei 7 Enthaltungen beschliesst der Nationalrat den Kauf von 34 *F/A-18-Kampfflugzeugen*. An diesen Entscheidung wird die Auflage geknüpft, dass das Eidgenössische Militärdepartement (EMD) bis zur Volksabstimmung keine weiteren finanziellen Verpflichtungen mehr eingehen dürfe.

15. Juni

Der Ständerat stimmt dem *Armeeleitbild 95* zu. Kritische Voten aus allen politischen Lagern richten sich u.a. gegen das Fehlen einer allgemeinen Dienstpflicht als Ersatz für die allgemeine Wehrpflicht, gegen die Kürzung der Rekrutenschulen und gegen das Bedrohungsbild, das die Ängste der jüngeren Generationen kaum berücksichtige.

16. Juni

Der Ständerat erklärt die *Initiative "40 Waffenplätze sind genug"* als gültig. Er folgt damit dem Vorschlag seiner vorberatenden Kommission nicht, dass die Initiative gegen den Grundsatz der Einheit der Materie verstosse.

17. Juni

Das Bundesgericht erklärt die jurassische *Volksinitiative "Unir"* über die Wiedervereinigung aller sechs französischsprachigen Amtsbezirke des Juras, die vom Kanton Bern in Lausanne angefochten wurde, als ungültig.

18. Juni

Die Schweiz tritt den beiden Uno-Menschenrechtskonventionen bei. Die Beitrittsurkunden zum *Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte* und zum *Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte* werden vom schweizerischen Beobachter bei der Uno hinterlegt.

27. Juni

Über 1000 Offiziere der Schweizer Armee treten in Bern zu einem *Rapport über die Armeereform 95* an. Bundesrat Kaspar Villiger informiert über die geplanten Reformen und plädiert für eine vorbehaltlose Unterstützung der schweizerischen Landesverteidigung.

1. Juli

Der Bundesrat beschliesst, dem Parlament eine Zusatzbotschaft über die Weiterführung der verstärkten Zusammenarbeit mit ost- und mitteleuropäischen Staaten zu unterbreiten. Damit verbunden ist der dritte *Osteuropa-Rahmenkredit* über 600 Millionen Franken.

6. Juli

Mit 30 gegen 5 Stimmen bewilligt der Ständerat 600 Millionen Franken für den *dritten Osteuropa-Rahmenkredit*. Der Minderheitsvorschlag von Loretan (FDP, AG), wonach der Kredit mit dem Abzug russischer Truppen aus dem Baltikum verbunden werden sollte, wird abgelehnt.

10. Juli

Der *Vertrag über die konventionellen Streitkräfte in Europa* (VKSE) wird am Gipfel der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Helsinki ab sofort in Kraft gesetzt. Der bereits 1990 unterzeichnete Vertrag sieht die Herabsetzung der Obergrenzen von Armeebeständen und Waffen in Europa vor.

24. August

Der Bundesrat verabschiedet die *Botschaft über eine Schweizer Blauhelmtruppe* und leitet sie an das Parlament weiter. Das Konzept des Bundesrat sieht eine 600 Mann starke Blauhelmtruppe vor, die der Uno oder der KSZE zur Verfügung gestellt werden soll.

26. August

Mit 128 gegen 58 Stimmen und 6 Enthaltungen ratifiziert der Nationalrat das *Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum* (EWR). Die erforderlichen Gesetzesanpassungen werden dem nachträglichen Gesetzesreferendum unterstellt.

28. August

Der Ständerat lehnt die *Initiative "40 Waffenplätze sind genug"* ab. Der Gegenvorschlag von René Rhinow (FDP, BL) wird ebenfalls verworfen. Rhinows Vorschlag sieht neben der Beschränkung auf 40 Waffenplätze vor allem raumplanerische Auflagen vor.

3. September

Die Uno-Abrüstungskonferenz billigt nach 24jährigen Verhandlungen den *Vertrag über ein weltweites Chemiewaffenverbot*. Das Abkommen verbietet die Entwicklung, Herstellung, Lagerung und Verbreitung chemischer Waffen. Die bestehenden C-Waffen-Bestände müssen

innerhalb von zehn Jahren nach Inkrafttreten des Vertrages vernichtet werden.

12. September

Die *Gruppe für eine Schweiz ohne Armee* feiert ihr zehnjähriges Bestehen. Die 1982 gegründete Organisation zählt 30'000 Mitglieder.

15. September

Der Direktor des Bundesamtes für Flüchtlinge (BFF), Peter Arbenz, schlägt einen *Schweizer Truppeneinsatz in Ex-Jugoslawien* vor. Laut Arbenz soll ein Einsatz von logistischen Formationen zur Verminderung weiterer Flüchtlingsströme aus diesen Gebieten in die Schweiz beitragen. Der Vorschlag des BFF-Direktors wird vom EMD und von Bundesrat Koller als "unrealistisch" eingestuft.

19. September

Am ETH-Symposium über "Sicherheitspolitik und Medien" spricht unter anderen der Generalinspekteur der deutschen Bundeswehr Klaus Naumann. Die Veranstaltung befasst sich mit der allgemeinen Frage, welche *Sicherheitspolitik* die Schweiz in einem Europa von morgen brauche.

23. September

Die Schweiz erhält den 24. Sitz in den Führungsgremien von *IMF* und *Weltbank*. Sie wird eine Gruppe anführen, der Polen, Aserbaidschan, Kirgistan, Turkmenistan, Usbekistan und das Beobachtermitglied Tadschikistan angehören.

23. September

Mit 37 gegen 2 Stimmen und 1 Enthaltung stimmt der Ständerat dem *EWR-Abkommen* zu.

24. September

Die Arbeitsgemeinschaft für Rüstungskontrolle, die Sozialdemokratische Partei der Schweiz und der Christliche Friedensdienst reichen die *Initiativen für weniger Militärausgaben* und *für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr* ein.

27. September

Das Schweizervolk lehnt das Entschädigungs- und Infrastrukturgesetz ab, nimmt jedoch das revidierte Geschäftsverkehrsgesetz an. Die drei

Vorlagen bilden einen Teil der *Parlamentsreform*, die von den freisinnigen Ständeräten René Rhinow (BL) und Gilles Petitpierre (GE) 1990 angeregt worden ist.

1. Oktober

Die vom Bundesrat genehmigte *Staatsschutzweisung* tritt in Kraft. Die Weisung sieht vor, dass der Generalsekretär des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements (EJPD) oder sein Stellvertreter die Tätigkeiten der Bundespolizei regelmässig überprüft.

2.-3. Oktober

In Bern treffen die *Verteidigungsminister der vier europäischen Neutralen* Finnland, Österreich, Schweden und Schweiz auf Einladung Bundesrat Villigers zusammen. Gesprächsthemen des zweitägigen Treffens sind die aktuelle sicherheitspolitische Lage, die Rolle der Streitkräfte in der modernen Sicherheitspolitik und die Perspektiven für eine künftige europäische Sicherheitsordnung.

8. Oktober

Der Nationalrat heisst mit deutlicher Mehrheit das *Armeeleitbild 95* gut. Minderheitsanträge zur Reduzierung der EMD-Ausgaben und des Truppenbestandes werden abgewiesen.

9. Oktober

Der National- und der Ständerat stimmen dem *Eurolex-Paket* zu. Weiter wird der EWR-Vertrag in der Schlussabstimmung im Nationalrat mit 127 gegen 61 Stimmen und im Ständerat mit 39 gegen 4 Stimmen angenommen.

11. Oktober

Die Vereinigung "Agir pour demain" und die ETH-Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse führen eine Tagung zum Thema *Einwanderung: Abbau von Konflikten* durch. Ziele des Workshops sind die Erarbeitung von Lösungen zur Verhütung/Beilegung von Konflikten im Zusammenhang mit dem Flüchtlings- und Einwanderungsproblem in der Schweiz.

12.-23. Oktober

In Genf findet das *Expertentreffen der KSZE* statt. Es soll weitere Massnahmen zur friedlichen Beilegung von Streitfällen zwischen den Teilnehmerstaaten ausarbeiten. Ausserdem wollen die Experten die

Grundlagen zur Schaffung eines internationalen Gerichtshofes formulieren.

19. Oktober

Bundesrat Kaspar Villiger informiert die Kantonsregierungen über den Entscheid, die zukünftige schweizerische "*Blauhelm-Schule*" in Bière anzusiedeln.

20. Oktober

Der Bundesrat präzisiert die neuen Massnahmen gegen den Missbrauch im *Asyl- und Ausländerrecht*. Der Polizei wird es somit künftig u.a. möglich sein, gewissen Asylbewerbern ohne Aufenthaltsgenehmigung den Aufenthalt an bestimmten Orten zu untersagen.

21. Oktober

Der Bundesrat verabschiedet die *Verordnung über die Förderung der wissenschaftlichen Begleitforschung zur Drogenprävention und Verbesserung der Lebensbedingungen Drogenabhängiger*. Die Verordnung sieht Versuche mit ärztlich kontrollierter Drogenabgabe an maximal 500 Personen vor und ist bis 1996 gültig.

21. Oktober

Der Bundesrat beschliesst, dass die Schweiz 1993 einen Beitrag von 17,2 Millionen Franken für die Beteiligung an *friedensfördernden Aktionen der Uno* bereitstellen wird. Vorgesehen sind die Entsendung von Personal, logistische und finanzielle Unterstützung und Gute Dienste.

26. Oktober

Die Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETH Zürich führt eine Arbeitstagung unter dem Titel "*Die sicherheitspolitische Integration in Europa als Herausforderung für die Schweiz*" durch. Im Rahmen dieser Tagung werden mögliche Einflüsse einer gesamteuropäischen und einer atlantischen oder westeuropäischen Sicherheitsarchitektur auf die schweizerische Sicherheitspolitik diskutiert.

27. Oktober

Der Basler Chemiekonzern Hoffmann-La Roche widerspricht in einem Bericht den Vorwürfen des Westdeutschen Rundfunks, wonach in Seveso *Dioxin* illegal zu militärischen Zwecken produziert worden sei.

28. Oktober

Der Bundesrat lehnt die *Initiative "für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge"* ab. Bundesrat Kaspar Villiger weist darauf hin, dass der Bundesrat es nicht verantworten könne, "dass die Schweiz ihre Fähigkeit zur Verteidigung fahrlässig aufs Spiel setzt."

29. Oktober

Bei einem Arbeitsbesuch erörtern Bundesrat Flavio Cotti und der ungarische Aussenminister Géza Jeszensky Fragen der *sicherheitspolitischen Zukunft Europas*. Jeszensky bekräftigt das ungarische Interesse an einem EG- und Nato-Beitritt, und er bezeichnet die bilateralen Beziehungen zur Schweiz als "ausgezeichnet auf allen Stufen".

1. November

Die Schweizerische Friedensstiftung führt auf der Lenzburg eine Tagung zum Thema "*Umweltflüchtlinge als Konfliktpotential*" durch. Das Treffen befasst sich mit den Zusammenhängen zwischen Umweltzerstörungen und Fluchtbewegungen.

2.-11. November

Unter der Leitung von alt Bundeskanzler Walter Buser findet die *Strategische Führungsübung 1992* statt. Im Unterschied zu früheren Gesamtverteidigungsübungen verzichtet die Übungsleitung auf den Einsatz militärischer Truppen und konzentriert sich auf die Schulung des zivilen Krisenmanagements.

8. November

Die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee kündigt für Herbst 1993 die Lancierung einer *Initiative zur Abschaffung des Zivilschutzes* an. Die GSoA begründet ihr Begehren damit, dass das neue Zivilschutzgesetz des Bundesrates, basierend auf dem Zivilschutzkonzept 95, "einen neuen Anstrich für eine alte Fassade" darstelle.

12. November

Bundespräsident René Felber, Bundeskanzler François Couchepin und Professor Kurt Eichenberger stellen das Konzept der *Regierungsreform 93* vor. Kernpunkte der Reform sind der Einsatz von zusätzlichen Staatssekretären, eine flexiblere Führungs- und Verwaltungsstruktur und die erweiterte Organisationskompetenz des Bundesrates.

12. November

Die politische Kommission der Uno-Generalversammlung verabschiedet die *C-Waffen-Konvention*. Der Vertrag sieht vor, dass zehn Jahre nach der Ratifizierung durch 65 Staaten alle chemischen Waffen und Produktionsmittel unter internationaler Kontrolle vernichtet sein müssen.

13.-14. November

Der Schweizerische Arbeitskreis Militär und Sozialwissenschaften führt eine Tagung zum Thema *Friedensfördernde Massnahmen* durch. Das Ziel der Tagung ist, den Begriff der friedensfördernden Massnahmen näher einzugrenzen.

25. November

Der Bundesrat beschliesst, dass nach dem 1. Juni 1993 für die *Ausfuhr aller biologischen Wirkstoffe*, die als *B-Waffen* verwendet werden können, eine Bewilligung nötig ist. Die Ausfuhrkontrolle ist Bestandteil der Massnahmen, die der Bundesrat im Zusammenhang mit der Gefahr einer Weiterverbreitung von Massenvernichtungsmitteln ergriffen hat.

25. November

Der Bundesrat schickt das *neue Militärgesetz* in die Vernehmlassung. Das als Wehrverfassung bezeichnete Gesetz bildet die rechtliche Grundlage für die Armee 95. Neu vorgesehen wird ein Assistenzdienst neben dem Aktiv- und dem Ordnungsdienst. Er dient der Unterstützung ziviler Behörden bei Bewachungsdiensten, Katastrophen und terroristischen Drohungen.

2. Dezember

Der Nationalrat kürzt das *EMD-Budget* gegenüber dem bundesrätlichen Vorschlag um 150 Millionen Franken. Nach Angaben des Militärdepartements können dadurch weitere Entlassungen nicht ausgeschlossen werden.

6. Dezember

Der Schweizer Soverän lehnt das *EWR-Abkommen* mit 1 786 121 Nein gegen 1 763 016 Ja ab. Die Vorlage scheidet zudem am Ständemehr (16 Kantone sind dagegen).

8. Dezember

Das *Grüne Kreuz* wird gegründet. Die Umweltstiftung setzt sich zum Ziel, sich weltweit für die Verhinderung und Bewältigung ökologischer Krisen einzusetzen.

10. Dezember

Der Nationalrat lehnt die *Initiative "für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge"* deutlich ab.

10.-13. Dezember

Die Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETH Zürich führt eine internationale Tagung zum Thema *Wasserprobleme im Nahen Osten* durch. Unter den 80 Wissenschaftlern diskutieren auch 25 israelische und 23 palästinensische Experten.

13. Dezember

Mit 6722 Ja gegen 5322 Nein stimmt das *Fürstentum Liechtenstein* dem Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) zu. Das Fürstentum verfolgt somit einen von der Schweiz abweichenden integrationspolitischen Kurs.

15. Dezember

Der KSZE-Aussenministerrat beschliesst, dass Genf Sitz des neuen *Vergleichs- und Schiedsgerichtshofes der KSZE* wird. Damit wird eine 20 Jahre alte schweizerische Idee verwirklicht.

16. Dezember

Mit 126 Stimmen ohne Gegenstimme heisst der Nationalrat das *Transitabkommen* zwischen der Schweiz und der EG gut. Das Abkommen sieht unter anderem eine 28-Tonnen-Limite für Lastwagen in der Schweiz vor.

17. Dezember

Mit grosser Mehrheit stimmt der Nationalrat dem Beitritt zur *Anti-Rassismus-Konvention* zu. Der Beitritt zum Übereinkommen gegen jede Form von Rassendiskriminierung wird zusammen mit einer Ergänzung des Strafrechts gutgeheissen.

23. Dezember

Der Bundesrat schickt die Entwürfe zu einem neuen *Zivilschutzgesetz* und zum teilrevidierten *Schutzbautengesetz* in die Vernehmlassung. Der Katastrophen- und Nothilfe wird in Zukunft gleiche Bedeutung beigemessen wie der klassischen Zivilschutzaufgabe im Kriegsfall.

7. Januar

Explosionen in Bern und im Berner Jura fordern ein Todesopfer. Die beiden Anschläge haben *jurapolitischen Hintergrund*, und die Aktivisten stammen aus der Separatistengruppe Béliers.

14. Januar

Bundesrat René Felber unterzeichnet für die Schweiz in Paris die *internationale Konvention gegen Chemiewaffen*.

16. Januar

Der Schweizer Verwaltungsratsdelegierte des *Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK)*, Karl Lustenberger, wird in Somalia ermordet.

16. Januar

Das Bundesamt für Flüchtlinge veröffentlicht erste Zahlen zur *Asylstatistik 1992*. Danach ist für 1992 ein Rückgang der Asylgesuche um 57 Prozent festzustellen.

26. Januar

Die Bundeskanzlei erklärt die *Volksinitiative "für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr"* mit 108 762 gültigen Unterschriften als zustande gekommen.

3. Februar

Der Bundesrat beschliesst die Fortführung der *schweizerischen Beteiligung an der Mission zur Überwachung der Uno-Sanktionen gegen Serbien-Montenegro*.

3. Februar

Der Bundesrat beschliesst, der Bundesversammlung eine Botschaft über den Beitritt der Schweiz zum *zweiten Fakultativprotokoll zur Abschaffung der Todesstrafe* zu unterbreiten. Damit gibt der Bundesrat zu verstehen, dass er sich in Zukunft auch auf globaler Ebene für die Abschaffung der Kapitalstrafe einsetzen will.

5. Februar

In fünf Verstecken entdecken Polizisten der Kantone Bern, Jura, Neuchâtel und Zürich insgesamt 21,8 Kilogramm Sprengstoff, der von *jurassischen Aktivisten* für politisch motivierte Attentate vorgesehen war.

15. Februar

Der Bundesbeschluss und die *Verordnung über die Einsicht in Akten der Bundesanwaltschaft* treten in Kraft.

17. Februar

Das EMD gibt bekannt, dass die Schweiz im Jahr 1992 *Rüstungsgüter* im Wert von 258,8 Millionen Franken exportiert habe. Das entspreche einem Anteil an den Gesamtexporten von 0,28 Prozent.

21. Februar

Auf die Maschinenbaufirma Bioengineering AG im zürcherischen Wald wird ein politisch motivierter *Sprengstoffanschlag* verübt. Für den dritten Anschlag auf die Firma übernimmt eine iranische Organisation die Verantwortung.

22. Februar

Die Schweizerische Offiziersgesellschaft führt ein Seminar zum Thema "*Neutralität der Schweiz - ein Sonderfall Schweiz?*" durch. Der Tenor am Ende der Veranstaltung lautet, dass ein dynamischer Neutralitätsbegriff es der Schweiz erlauben sollte, an der europäischen Sicherheitspolitik teilzunehmen.

23. Februar

Die deutsche Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth spricht an der Universität Zürich zum Thema *Fremdenfeindlichkeit*. Süssmuth sieht unter anderem die sogenannten Modernisierungsverlierer als Ursache der neuen Fremdenfeindlichkeit.

26. Februar

Im Keller des Béliers-Chefs Daniel Pape werden 50 Handgranaten gefunden. Die Bundesanwaltschaft schliesst eine Beteiligung Papes an Sprengstoffanschlägen im Zusammenhang mit der *Jurafrage* nicht aus.

27. Februar

Der Bundesrat stellt ein Grobkonzept für den zukünftigen *Zivildienst* vor. Der bundesrätliche Vorschlag sieht drei Modelle vor: das Tatbeweismodell, die Begründung vor einer Kommission und das schriftliche Verfahren.

5. März

Der Nationalrat stimmt einem Rahmenkredit von 600 Millionen Franken für die *Nachfolgestaaten der Sowjetunion* zu. Alle Anträge, die Vorlage zurückzuweisen und die Kredite für die Stilllegung oder Sanierung von Atomkraftwerken zu verwenden, scheitern.

8. März

Der Ständerat verabschiedet das *Bundesgesetz über die Blauhelmtruppen* ohne Gegenstimme.

11. März

In Bern gründen sicherheitspolitisch interessierte Parlamentarier die *Parlamentarische Gruppe für Sicherheitspolitik*. Die Gruppe sieht die Diskussion über den schweizerischen Beitrag zur Friedenssicherung und zur Rüstungsbegrenzung als ihre Hauptaufgabe.

16. März

Der Bundesrat verabschiedet das *militärische Bauprogramm für das Jahr 1993*. Die Verpflichtungskredite belaufen sich auf 65,5 Millionen Franken (Vorjahr: 159,76 Millionen Franken). Die Behandlung im Parlament wird erst nach der Volksabstimmung über die Waffenplatzinitiative erfolgen.

20. März

Der Präsident des IKRK, Cornelio Sommaruga, und Bundesrat René Felber unterzeichnen ein *Sitzabkommen*. Das Abkommen garantiert dem IKRK weiterhin vollständige Handlungsfreiheit und Unabhängigkeit in der Schweiz.

23. März

Unter dem Vorsitz von Bundesrat René Felber findet in Genf eine einwöchige *europäische Bevölkerungskonferenz* statt. Schwerpunkt der Konferenz bilden die Themen internationale Migration, Fruchtbarkeit und Familie, Gesundheit und Sterblichkeit sowie Bevölkerungswachstum und Altersstruktur.

4. April

Der ehemalige Flieger- und Flab-Chef Arthur Moll erklärt, dass das *Pilotenaustauschprogramm* zwischen der Schweiz und Südafrika in der Zeit von 1983 bis 1988 unter seiner Verantwortung begonnen worden sei.

5. April

Die Jahrestagung des *Schweizerischen Katastrophenhilfekorps (SKH)* steht im Zeichen zunehmender Flüchtlingsströme. SKH-Chef Charles Raedersdorf zeigt sich in seiner Ansprache besorgt über die zunehmende "Verpolitisierung der humanitären Hilfe".

7. April

Der Bundesrat empfiehlt dem Nationalrat, die Verfassungsänderung für ein *Verbot von Rückwirkungsklauseln in Volksinitiativen* abzulehnen. Er macht vor allem Auslegungs- und Abgrenzungsprobleme gegen das Verbot geltend.

11. April

Bundesrat Kaspar Villiger gibt bekannt, dass die Schweiz in Zukunft "aktiv an der *europäischen Sicherheit* teilnehmen" wolle. Villiger betont, dass der Bundesrat eine flexiblere Praxis der Neutralitätspolitik anstrebe und eine Zusammenarbeit mit der Nato oder der Westeuropäischen Union (WEU) nicht ausschliesse.

12.-17. April

Bundesrat Otto Stich reist in die vier GUS-Staaten *Aserbaidshan, Kirgistan, Turkmenistan und Usbekistan*. Die vier Staaten bilden zusammen mit der Schweiz eine Ländergruppe im IWF und in der Weltbank.

20. April

In seiner Botschaft an die Eidgenössischen Räte veröffentlicht der Bundesrat Zahlen über die Entwicklung der *Bundesausgaben*. Diese sind seit 1990 um 30 Prozent gestiegen, womit sich die Staatsquote von 10,7 auf 11,2 Prozent erhöht hat.

27. April

Die Schweizer Regierung verschärft das *Embargo gegenüber Rest-Jugoslawien*. Ab sofort sind Personentransporte und Ein- und Ausfuhren von Waren ohne Einverständnis der zuständigen Behörden verboten. Weiterhin nicht unter das Embargo fallen Waren für humanitäre und medizinische Zwecke sowie Nahrungsmittel.

27. April

In der nationalrätlichen Europadebatte verteidigen die Bundesräte Flavio Cotti, Jean-Pascal Delamuraz und Arnold Koller die *Europapoli-*

tik des Bundesrates. Die Landesregierung respektiere zwar das Nein des Volkes zum EWR, strebe jedoch keinen schweizerischen Alleingang an.

27. April

In Genf findet im Rahmen der Nahost-Friedensgespräche ein Treffen der *Multilateralen Gruppe Wasserressourcen* statt. An der Konferenz werden u.a. Probleme der nahöstlichen Wasserverteilung diskutiert.

29. April

Der Nationalrat beschliesst mit 95 gegen 69 Stimmen, dass zukünftige Volksinitiativen keine *Rückwirkungsklauseln* mehr enthalten dürfen.

3. Mai

Die Schweizerische Vereinigung für Politische Wissenschaften führt auf Schloss Lenzburg eine Tagung zum Thema "*Schweizerische Sicherheitspolitik im Wandel*" durch. Die Veranstaltung fördert ein breites Meinungsspektrum zutage, das von Beibehaltung über Anpassung bis zur Aufgabe der schweizerischen Neutralität reicht.

4. Mai

Bundesrat Adolf Ogi erklärt vor der Vereinigung der Auslandspresse, dass eine neue *Europa-Abstimmung* erst dann durchgeführt werde, wenn ein Ja der Schweizer Stimmberechtigten "sicher" sei.

5. Mai

Der Bundesrat bewilligt eine zeitlich befristete *Sondermission des schweizerischen Botschafters in Paris, Edouard Brunner*, im Dienste des Generalsekretärs der Vereinten Nationen (Uno) in Georgien.

8. Mai

Die *Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS)* führt ihre Generalversammlung durch. Die Organisation bereite sich, so der Grundtenor an der Versammlung in Bern, auf den nächsten EWR-Abstimmungskampf vor.

12. Mai

Die Expertenkommission "Grenzpolizeiliche Personenkontrollen" stellt einen Bericht zu *Problemen der inneren Sicherheit* vor. Die Kommission schlägt internationale Koordination und die Einsetzung eines Koordinators für innere Sicherheit vor.

21. Mai

Der Bundesrat beantragt dem Parlament die Teilnahme am *System für friedliche Streitbeilegung in Europa*. Das KSZE-Übereinkommen sieht ein Vergleichs- und ein freiwilliges Schiedsgerichtsverfahren vor. Der neue KSZE-Gerichtshof soll Sitz in Genf haben.

26. Mai

Der Bundesrat verabschiedet die *Botschaft über die jährlichen Bundesbeiträge an das Sitzbudget des IKRK*. Mit der vorgeschlagenen Budgeterhöhung bleibt der Bund der wichtigste Beitragszahler des Genfer Sitzes.

28. Mai

Die ständerätliche Geschäftsprüfungskommission (GPK) kritisiert in einem Bericht das *Fehlen einer aussenpolitischen Konzeption* des Eidgenössischen Departements für Auswärtige Angelegenheiten (EDA). Die GPK weist darauf hin, dass das EDA die Führungsrolle in der Aussenpolitik übernehmen müsse, damit deren Kohärenz gewährleistet sei.

2. Juni

Der Bundesrat erteilt der Firma Pilatus die *Exportbewilligung für PC-7-Trainingsflugzeuge* nach Südafrika. Die Landesregierung bekräftigt damit die Erklärungen der Stanser Werke, dass das Flugzeug nicht für Kriegszwecke eingesetzt werden könne. Weiter verdeutlicht der Bundesrat, dass die Schweiz sich nicht an das Uno-Embargo gegen Südafrika gebunden fühle.

2. Juni

Das Schweizerische Rote Kreuz (SRK) kündigt an, ein Ambulatorium für *Folteropfer* einzurichten. Das SRK will damit einen Beitrag zur Therapie schwer traumatisierter Flüchtlinge in der Schweiz leisten.

6. Juni

Das Schweizer Stimmvolk lehnt die *"Waffenplatzinitiative"* mit 1'124'144 Ja gegen 1'391'026 Nein und die *"Stop-F/A-18-Initiative"* mit 1'074'875 Ja gegen 1'435'146 Nein ab.

7. Juni

Der Bundesrat schickt die *Regierungsreform 93* in die Vernehmlassung.

7. Juni

Der Nationalrat überweist mit 78 gegen 12 Stimmen die Motion für ein *Migrationsgesetz* an seine staatspolitische Kommission.

8. Juni

Mit 102 gegen 53 Stimmen lehnt der Nationalrat eine parlamentarische Initiative der Sozialdemokratischen Partei ab, die einen neuen Anlauf zum *Uno-Beitritt* verlangt.

11. Juni

Mit 106 gegen 18 Stimmen stimmt der Nationalrat dem *Bundesgesetz über die Blauhelmtruppen* zu. Er verzichtet auf neutralitätspolitische Vorbehalte.

12. Juni

In Bern wird das von Georg Kreis herausgegebene Buch "*Staatsschutz in der Schweiz 1935-1990*" vorgestellt. Es bestätigt über weite Strecken das Bild des schweizerischen Staatsschutzes, das 1990 beim Bekanntwerden der Fichenaffäre entstanden ist.

17. Juni

An ausserordentlichen Von-Wattenwyl-Gesprächen erörtern der Bundesrat und die Regierungsparteien den *schweizerischen Integrationsprozess* und die Beziehungen der Schweiz zur Europäischen Gemeinschaft (EG).

19. Juni

Die "*Erklärung von Bern*" (EvB) feiert ihr 25jähriges Bestehen. Die EvB hat heute 18'000 Mitglieder und setzt sich vor allem für Anliegen der Dritten Welt ein.

19. Juni

Im Genfer Vorort Conches weiht der ehemalige Präsident der Sowjetunion Michail Gorbatschow das operationelle Zentrum des *Internationalen Grünen Kreuzes* ein. In Genf soll unter anderem ein ökologisches Alarmnetz eingerichtet werden.

22. Juni

Die diesjährige Tagung der europäischen Justizminister in Lugano befasst sich mit Fragen des *Minderheitenschutzes*. Unter den Tagungsteilnehmern besteht Konsens darüber, dass der Schutz der Minderheiten eine sehr wichtige Voraussetzung für Frieden und politische Stabilität in Europa ist.

23. Juni

Der Bundesrat bewilligt *Waffen- und Munitionsexporte* nach Indonesien. Das Eidgenössische Departement für Auswärtige Angelegenheiten (EDA) äussert aufgrund der kritischen Menschenrechtssituation in Indonesien Bedenken zu diesem Geschäft.

23. Juni

Der Bundesrat beschliesst, den Kredit des EDA für *friedenserhaltende Massnahmen* von 14,2 auf 16,2 Millionen Franken zu erhöhen. Damit belaufen sich die Ausgaben für friedenserhaltende Aktionen im laufenden Jahr auf insgesamt 37 Millionen Franken.

23. Juni

Das EG-Parlament ratifiziert das Zusatzprotokoll zum *Vertrag über den europäischen Wirtschaftsraum*.

25. Juni

Kurdische Oppositionelle greifen die türkische Niederlassung in Bern an. Durch die von Botschaftsangehörigen abgefeuerten Schüsse wird ein Demonstrant getötet, und mehrere Demonstranten werden verletzt. Das EDA überreicht dem türkischen Botschafter eine Protestnote.

26. Juni

Die israelische Tageszeitung "Ma'ariv" publiziert eine Reportage über die Verwicklung von Schweizer Firmen in *Lieferungen sensibler Stoffe an den Iran*. Die gelieferten Materialien sollen für die Entwicklung atomarer, biologischer und chemischer Waffen verwendet werden können.

26. Juni

Die staatspolitische Kommission des Nationalrates spricht sich gegen zwei parlamentarische Initiativen aus, welche die *Volkswahl des Bundesrates* verlangen. Ebenfalls zurückgewiesen wird eine Initiative für ein qualifiziertes Ständemehr bei Verfassungsänderungen.

29. Juni

Die Bundesräte Flavio Cotti und Jean-Pascal Delamuraz treffen sich in Brüssel mit sechs EG-Kommissaren zu Orientierungsgesprächen. Im Zentrum stehen *Fragen der bilateralen Beziehungen Schweiz - EG* und mögliche Vertiefungen.

29. Juni

Peter Arbenz tritt als Chef des Bundesamts für Flüchtlinge zurück. In Zukunft wird sich Arbenz mit der Entwicklung einer *schweizerischen Migrationspolitik* befassen. Bereits 1989 hat eine von ihm geleitete Strategiegruppe ein Modell für eine "umfassende Migrationspolitik" vorgelegt.

1. Juli

Die gegen Haiti verhängten *Wirtschaftsmassnahmen* treten in Kraft. Die Schweiz schliesst sich somit der Uno-Resolution 841 an.

1. Juli

Der Bundesrat unterbreitet dem Parlament ein zweites Massnahmenpaket gegen den *Missbrauch des Finanzplatzes Schweiz*. Die Vorschläge sehen Massnahmen für den Kampf gegen mafiose Organisationen und Möglichkeiten für die Konfiszierung krimineller Gewinne vor.

1. Juli

Der Bundesrat legt der Firma Pilatus nahe, ihre *PC-9-Flugzeuge* nur in modifizierter, nicht zum Kampfeinsatz brauchbarer Form an Südkorea zu verkaufen.

6. Juli

Der Bundesrat stellt zwei Varianten zur Zulassung zum *Zivildienst* vor. Im ersten Fall muss der Antragsteller den Militärdienst mit seinem Gewissen nicht vereinbaren können, im zweiten Fall müssen spezielle ethische Grundwerte geltend gemacht werden.

20. Juli

Schweizer Justizoffiziere befragen Kriegsflüchtlinge aus Ex-Jugoslawien. Die Befragungen dienen der Beweissammlung für das geplante *Uno-Tribunal* über Verletzungen des Völkerrechts im Jugoslawienkonflikt.

22. Juli

In Bern wird die Volksinitiative "Jugend ohne Drogen" mit 143'740 Stimmen eingereicht. Die Vorlage verlangt eine restriktivere *Drogenpolitik* und will die limitierten Drogenversuche des Bundes verbieten.

24. Juli

Der Uno-Sicherheitsrat beantragt von der Schweiz die Entsendung von *Militärbeobachtern* nach Abchasien. Das EDA erachtet die Entsendung als möglich.

25. Juli

Die Lega dei Ticinesi ergreift das Referendum gegen das *Bundesgesetz über die Blauhelmtruppen*. Die Autopartei und die Schweizer Demokraten schliessen sich dem Entscheid der Lega an. Nach Ansicht der drei Parteien würde die Entsendung von Blauhelmen die Neutralität der Schweiz untergraben.

28. Juli

Der schweizerische *Uno-Sonderbeauftragte* Edouard Brunner trifft in Georgien ein, wo er mit den Konfliktparteien in Abchasien einen dauerhaften Waffenstillstand aushandeln soll.

1. August

Die Revision des *Kriegsmaterialgesetzes* sieht unter anderem eine Neuklassierung der PC-7- und PC-9-Flugzeuge als Kriegsmaterial vor. Das strengere Gesetz, das im Herbst in die Vernehmlassung gelangt, stellt den bundesrätlichen Gegenvorschlag zur SP-Initiative "für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr" dar.

4. August

Das Bundesamt für Flüchtlinge erklärt, dass ein *Repatriierungsabkommen* für abgewiesene tamilische Asylsuchende mit Sri Lanka in den nächsten Wochen abgeschlossen werde. Die Vorbereitungen für das Abkommen sind nach der Ermordung von Präsident Ranasinghe Premadasa im Frühjahr unterbrochen worden.

12. August

Die Firma Oerlikon-Bührle beschliesst, den *schweizerischen Parteien* künftig Unterstützungsbeiträge zukommen zu lassen. Während die bürgerlichen Parteien die angekündigten Spenden dankend entgegenneh-

men, verkündet die SPS, dass sie die Mittel in die Kampagne für ein Verbot der Rüstungsexporte stecken werde.

13. August

Unter dem Vorsitz von alt Ständerat Paul Bürgi (FDP, SG) konstituiert sich die *Arbeitsgemeinschaft für eine offene Schweiz (Agos)*. Im Vordergrund der Aktivität der Arbeitsgemeinschaft steht eine zweite, erfolgreiche EWR-Abstimmung. Weiter will die Agos einen Beitrag an die Überwindung der europapolitischen Spaltung der Schweiz leisten.

18. August

Der Bundesrat verabschiedet das revidierte *Zivilschutzgesetz*. Damit wird das bereits genehmigte Zivilschutz-Leitbild in die Tat umgesetzt, und die Kosten für den Zivilschutz sollen beträchtlich abnehmen.

20.-21. August

Auf Schloss Münchenwiler bei Murten findet eine Tagung der Vereinigung "Agir pour demain" zum Thema *Regierungsreform* statt. Die Teilnehmer sind sich einzig darin einig, dass die Zeit für Reformen dränge.

24.-27. August

Unter dem Vorsitz von Bundesrat Flavio Cotti findet die jährliche *Botschafterkonferenz* in Bern statt. Am Treffen werden vor allem Fragen der Beziehungen Schweiz - Europa erörtert.

30. August-1. September

In Genf findet eine *Internationale Konferenz zum Schutz von Kriegsopfern* statt. Im Zentrum der Zusammenkunft stehen Fragen der Durchsetzung des humanitären Völkerrechts.

3. September

Das Komitee "Geboren am 7. Dezember 1992" reicht mit 113'725 Unterschriften eine *Initiative zum Beitritt der Schweiz zum EWR* ein.

7. September

An der Jahreskonferenz der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (DEH) und des Bundesamtes für Aussenwirtschaft (Bawi) werden Fragen der *Menschenrechtssituation* in Empfängerländern von humanitärer Hilfe erläutert.

12. September

Der Mailänder Staatsanwalt Gherardo Colombo wirft der Schweiz mangelnde Unterstützung bei den Ermittlungen im *Mailänder Schmiergeld- und Korruptionsskandal* vor. Eine grosse Anzahl von illegalen Finanztransaktionen wurden über Schweizer Bankkonten abgewickelt, und eine Verwicklung der Chemiefirmen Sandoz und Ciba-Geigy kann nicht ausgeschlossen werden.

13. September

Tod des Mitbegründers des Rassemblement Jurassien (RJ), *Roland Béguelin*. Béguelin setzte sich während seiner politischen Laufbahn für die Gründung und später für die Anliegen des Kantons Jura ein.

14. September

Die Zentralstelle für Gesamtverteidigung (ZGV) führt ein Seminar zum Thema "*Friedliche Streitbeilegung*" durch.

16. September

Aussenminister Flavio Cottis Vorschlag zur Einrichtung eines Büros der *Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO)* in Bern wird vom Bundesrat gebilligt.

20. September

Das EDA schickt einen Revisor nach Moskau, um einen Bericht über die Arbeit der *Schweizer Botschaft* in der russischen Hauptstadt zu erstellen. Kritik am Führungsstil von Botschafter Jean Pierre Ritter und an der Arbeitsweise der konsularischen Abteilung wurde auch von einer nach Moskau gereisten Nationalratskommission geäussert.

23. September

Ständerat René Rhinow (FDP, BL) reicht eine von 26 Parlamentariern unterzeichnete Motion ein, die den Bundesrat zur *Vorbereitung eines schweizerischen Uno-Beitritts* verpflichtet.

ab 28. September

Truppen der Schweizer Armee stehen bei Aufräumarbeiten im Oberwallis im Einsatz. Das zum Katastrophengebiet erklärte Oberwallis wurde durch *Hochwasser* stark geschädigt.

29. September

Der Bundesrat erklärt in einer aussenpolitischen Standortbestimmung den *Beitritt der Schweiz zur EG* weiterhin als Endziel seiner Europapolitik.

1. Oktober

Der Ständerat beschliesst mit 16 gegen 12 Stimmen die Streichung der *Kantonsklausel* in der Bundesverfassung. Der Entschluss bedarf noch der Zustimmung von Volk und Ständen.

5. Oktober

Das Referendum gegen das *Bundesgesetz über schweizerische Truppen für friedenserhaltende Operationen* wird mit 82'350 Unterschriften eingereicht.

8. Oktober

In Bern wird die *Konferenz der Kantonsregierungen* gegründet. Sie hat die Koordinierung von Kantonsinteressen und die Zusammenarbeit mit dem Bund zum Ziel und steht damit in Konkurrenz zu dem vom Bund präsierten Kontaktgremium Bund - Kantone.

9./10. Oktober

Die Bundesräte Adolf Ogi und Flavio Cotti unterzeichnen am Europaratsgipfel in Wien die "*Wiener Erklärung*". Eckpfeiler der Erklärung sind ein verbesserter Minderheitenschutz und ein Aktionsplan zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus.

13. Oktober

Sintflutartige Regenfälle führen zu grossen *Überschwemmungen* in der Südschweiz. Betroffen sind vor allem Locarno, Ascona und weitere Gemeinden am Lago Maggiore.

14. Oktober

Verschiedene Flüchtlingshilfswerke und kirchliche Kreise opponieren gegen die bevorstehende *Ausweisung von 100 Kosovo-Albanern*, deren Asylgesuche abgelehnt wurden. Gefordert wird insbesondere ein genereller Verzicht auf Rückschaffung von Asylsuchenden nach Kosovo.

15. Oktober

Die Geschäftsprüfungskommission der Eidgenössischen Räte veröffentlicht ihren Bericht zum schweizerischen *Pilotenaustausch* mit

Südafrika. Die Kommission kommt zum Schluss, dass der Austausch einem militärischen Bedürfnis entsprach, politisch jedoch sehr heikel war.

18. Oktober

Der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl erklärt anlässlich eines Arbeitsbesuches in der Schweiz, dass er sich in der EG bei den *bilateralen Verhandlungen* mit der Schweiz für ein "vernünftiges Entgegenkommen" der Gemeinschaft einsetzen wolle. Kohl wiederholt sein Interesse an einer schweizerischen Mitwirkung am europäischen Einigungsprozess.

18. Oktober

Mit 110'000 Unterschriften reicht die Schweizerische Volkspartei (SVP) die *Initiative "gegen die illegale Einwanderung"* ein. Die Hauptforderung des Volksbegehrens lautet, dass auf Asylgesuche von illegal Eingereisten nicht mehr eingegangen werde.

20. Oktober

Der Bundesrat setzt die am 8. September 1993 sistierten *Wirtschaftsmassnahmen gegenüber Haiti* wieder in Kraft.

22. Oktober

Die Direktion für Entwicklungshilfe und humanitäre Zusammenarbeit (DEH) stellt drei Millionen Franken für das soziale Wiederaufbauprogramm des Uno-Hilfswerks für *Palästina-Flüchtlinge* zur Verfügung.

27. Oktober

Der Bundesrat schickt das neue *Kartellgesetz* in die Vernehmlassung. Mit dem neuen Gesetz soll in der Schweiz ein wirksamerer Wettbewerb ermöglicht werden. Von einem generellen Kartellverbot wird jedoch abgesehen.

29. Oktober

Das EMD gibt bekannt, dass die Schweiz nur zwei Militärbeobachter für die *Uno-Mission* nach Georgien entsenden werde. Somit wird dem Wunsch der Vereinten Nationen nach zwölf Beobachtern zur Zeit nicht nachgekommen.

29. Oktober

Der St. Galler Professor Heinz Hauser kommt in einer Studie zum Schluss, dass eine *Gatt-Mitgliedschaft* der Schweiz wirtschaftlich unabdingbar sei. Ohne Beitritt zum Zollabkommen werde die Schweiz mit "katastrophalen Konsequenzen" konfrontiert.

30. Oktober

Bundesrat Arnold Koller erklärt an der Delegiertenversammlung der CVP der Schweiz das Jahr 1994 zum *Jahr der inneren Sicherheit im Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)*.

1. November

Mit dem Inkrafttreten des *Vertrags von Maastricht* wird die Europäische Gemeinschaft (EG) zur Europäischen Union (EU). Neben dem Aufbau einer gemeinsamen Verteidigungspolitik und der Einführung einer gemeinsamen Währung sieht der Vertrag eine zunehmende politische Integration der Mitgliedländer vor.

1. November

Der Bundesrat verabschiedet eine zusätzliche, von der Finanzkommission des Ständerats verlangte Kürzung der Ausgaben im *Budget 1994* von 624 Millionen Franken.

1. November

An einer Tagung der Schweizerischen Friedensstiftung wird eine *Umfrage der ETH Zürich zur Neutralität* vorgestellt: Die Mehrheit der Bevölkerung tritt für eine aussenpolitische Öffnung ein, 82 Prozent sprechen sich jedoch gegen die Aufgabe der Neutralität aus.

4. November

Im Rahmen ihres Staatsbesuches in der Schweiz ruft die holländische Königin Beatrix die Schweiz zur *europäischen Öffnung* auf und verweist in diesem Zusammenhang auf die niederländische Aussenpolitik.

6. November

An einer Tagung der Schweizerischen Gesellschaft Technik und Armee spricht sich Bundesrat Kaspar Villiger für eine *Normalisierung der Beziehungen zur Nato und zur Westeuropäischen Union (WEU)* aus. Villiger bewertet die Nato-Initiative "Partnerschaft für den Frieden" des amerikanischen Verteidigungsminister Les Aspin als "bestechend".

9. November

Der EU-Aussenministerrat erörtert in Brüssel das Verhältnis der Europäischen Union zur Schweiz nach dem EWR-Nein und stimmt dem belgischen Vorschlag zur Aufnahme von *bilateralen Verhandlungen* mit der Schweiz zu.

9. November

Staatssekretär Jakob Kellenberger informiert Vertreter von südafrikanischen Parteien und Hilfswerken über die Bereitschaft der Schweiz, für das Plebiszit vom 27. April 1994 in Südafrika *Wahlbeobachter* zu entsenden.

9. November

Das Schweizerische Rote Kreuz (SRK) kritisiert die *Asylpolitik* des Bundesamtes für Flüchtlinge. Das Hilfswerk weist insbesondere auf die fehlende Sorgfalt von Beamten, die fragwürdige Argumentation bei Asyl-Entscheiden und die Gesetzesauslegung hin.

10. November

Der Bundesrat beschliesst, den Einsatz der schweizerischen Sanitätseinheit im Rahmen der *Uno-Mission zur Überwachung des Referendums in der Westsahara* bis Ende Juni 1994 zu verlängern. Nach diesem Zeitpunkt ist der Rückzug der Sanitätseinheit vorgesehen.

12. November

Der "Schweizerische Arbeitskreis Militär und Sozialwissenschaften" führt eine Tagung zum Thema "*Miliz in der Schweiz - auch in der Zukunft?*" durch.

13. November

Das Eidgenössische Militärdepartement gibt die Schliessung von fünf der zwölf *Militärflugplätze* bekannt. Begründet wird der Entscheid mit der anstehenden Reduktion der Flugwaffe um einen Drittel.

15. November

In Bern wird ein vom Bundesamt für Justiz bestellter Bericht über die "*Bedeutung des organisierten Verbrechens in der Schweiz*" vorgestellt. Die Autoren unterstreichen u.a. die Stellung der Schweiz als "Drehscheibenfunktion" des organisierten Verbrechens.

16. November

Das Feldarmeeekorps 2 führt eine *strategische Führungsübung* unter den Bedingungen von Armee 95 durch. Nach dem Wegfall des Warschauer Paktes als konkreter Feind bilden "Fundamentalismen aller Art" die neuen potentiellen Gefahren.

17. November

Staatssekretär Jakob Kellenberger stattet *Kanada* einen zweitägigen Arbeitsbesuch ab. Im Mittelpunkt der Gespräche stehen Gemeinsamkeiten der beiderseitigen Interessenlagen und Denkansätze in aussenpolitischen Fragen. Während seines anschliessenden Aufenthalts in den *USA* weist Kellenberger gegenüber hohen amerikanischen Regierungsbeamten auf das Festhalten der Schweiz an der Neutralität hin. Der Staatssekretär unterstreicht jedoch das Schweizer Interesse an einer Annäherung an die Nato im Rahmen der amerikanischen Initiative "Partnerschaft für den Frieden".

18. November

Die Wirtschaftszeitung "Cash" veröffentlicht einen Artikel, der den Fund von zehn Kilogramm Uran auf einer Autobahnraststätte mit dem *Nachrichtendienst des Eidgenössischen Militärdepartements* in Verbindung bringt. Laut EMD ist auch Geheimdienstchef Peter Regli in die Affäre verwickelt.

22. November

Bundesrat Kaspar Villiger trifft in Bern mit dem russischen Verteidigungsminister Pavel Gratschow zusammen. Im Zentrum der Gespräche stehen Fragen der *Sicherheit in Europa*, der schweizerischen Neutralität und der Nato-Erweiterung.

22.-23. November

Auf seinem Arbeitsbesuch in Schweden und Finnland diskutiert Bundesrat Flavio Cotti Fragen der *europäischen Integration* und Probleme des Reformprozesses in Mittel- und Osteuropa.

28. November

Mit 1 347 054 Ja gegen 673 847 Nein nimmt das Schweizer Volk den Systemwechsel von der Warenumsatzsteuer (Wust) zur *Mehrwertsteuer* an.

29. November

Der Bundesrat verbietet die *Kurdische Arbeiterpartei (PKK)* vorerst nicht.

30. November-1. Dezember

In Rom findet das vierte Treffen des *Rates der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)* statt. Im Zentrum des Treffens steht die Frage der Rolle der KSZE bei der Lösung verschiedener Konflikte in Europa. Bundesrat Flavio Cotti erklärt, dass die Schweiz bis Herbst 1994 die von der KSZE geforderten Obergrenzen für ihre Truppenbestände und für bestimmte Waffensysteme festlegen wolle.

30. November

Die Verkehrsminister der Europäischen Union (EU) verschieben die Verabschiedung des Mandats für *Verhandlungen mit der Schweiz im Sektor Luft- und Strassenverkehr* auf spätestens April 1994. Somit können bilaterale Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU frühestens eineinhalb Jahre nach dem EWR-Nein aufgenommen werden.

1. Dezember

Der St. Galler Professor Paul Richli kommt in einem Rechtsgutachten zum Schluss, dass die *Volksinitiative "für weniger Militärausgaben und mehr Friedenspolitik"* das Gebot der Einheit der Materie verletze.

2. Dezember

Der Ständerat genehmigt das *Rüstungsprogramm 1993* oppositionslos. Der Rat beschliesst damit Verpflichtungskredite in der Höhe von 1,947 Milliarden Franken.

2. Dezember

Vertreter Georgiens und Abchasiens unterzeichnen in Genf nach zweitägigen Verhandlungen unter der Leitung des *schweizerischen Unosonderbeauftragten Edouard Brunner* eine Waffenstillstandsvereinbarung.

2. Dezember

Der Bundesrat stellt den *Bericht über die Aussenpolitik der Schweiz in den 1990er Jahren* mit einem Anhang zur Neutralitätspolitik vor. Leitmotiv der zukünftigen Aussenpolitik der Schweiz ist die Mitwirkung und Mitentscheidung in wichtigen internationalen Gremien. Die Lan-

desregierung hält am strategischen Ziel des Beitritts zur Europäischen Union und zur Uno fest.

3. Dezember

Während seines Besuchs in der Schweiz bescheinigt der französische Staatspräsident François Mitterrand dem Schweizer Bundesrat Mut in der *Europafrage*. Er beurteilt zudem die Schweizer Neutralität positiv und sieht in ihr kein Hindernis auf dem Weg Richtung Europa.

Forschungsprojekte

Forschungsprojekte

Die folgende Liste von Forschungsprojekten umfasst Arbeiten zur Sicherheitspolitik, die an schweizerischen Institutionen laufen oder kürzlich abgeschlossenen wurden. Die Projekte sind nach den Namen der beteiligten Forscher alphabetisch geordnet. Die Liste beruht auf einer Umfrage, die die Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETH Zürich in der ersten Hälfte des Jahres 1993 durchführte. Ab 1994 wird die Umfrage möglicherweise in Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Informations- und Daten-Archivdienst für die Sozialwissenschaften (Sidos), Neuchâtel, durchgeführt. Im Hinblick auf diese allfällige Kooperation wurde darauf verzichtet, als Anhang des vorliegenden Bulletins ein Formular "Sicherheitspolitische Forschung in der Schweiz: Erhebung 1994" zu veröffentlichen.

Autor: Bächler, Günther
Titel: Die Schweiz und die Nato / WEU aus der Sicht internationaler Akteure
Art des Projekts: Ressortforschung
Stand: abgeschlossen
Kontaktadresse: Schweizerische Friedensstiftung
Postfach 43
3000 Bern 13
Tel. 031 22 55 82
Fax 031 22 55 83
Publikation: Beitreten oder Trittbrettfahren? Die Zukunft der Neutralität in Europa. Jahrestagung der Schweizerischen Friedensstiftung auf Schloss Hünigen, 29. / 30. Oktober 1993

Autoren: Bühler, Stephan; Binzegger, Daniel
Titel: Die Wertschätzung der Offiziersausbildung in zivilen Unternehmungen 1992
Kurzbeschreibung: Schriftliche Befragung von zivilen Personalverantwortlichen zur Bedeutung der militärischen Ausbildung und Karriere im Rahmen von Stellenbesetzungen
Art des Projekts: Seminararbeit
Stand: abgeschlossen

Kontaktadresse: MFS / ETHZ
Steinacherstr. 101b
8804 Au / Wädenswil
Tel. 01 782 11 22
Fax 01 781 30 77

Autor: Bundesamt für Zivilschutz (Vizedirektor Bruno Hofstettler)

Titel: Risikokataster bzw. Risikoinventar

Kurzbeschreibung: Bezüglich des zusätzlichen Hauptauftrages, den der Bundesrat dem Zivilschutz erteilt hat, soll die Ressortforschung im Bereich der Katastrophen und anderer Notlagen vertieft werden. Es ist eine systematisch-vergleichende Bestandesaufnahme der Risiken vorzunehmen, die es dem Bund, den Kantonen und den Gemeinden erlaubt, bei der Planung von Massnahmen von den gleichen Voraussetzungen auszugehen. Der sogenannte Risikokataster soll auf nationaler Ebene angelegt werden und eine vergleichende Übersicht über die Katastrophenrisiken ermöglichen. Die Ergebnisse dieser Studie sollen schliesslich in einem Handbuch der Katastrophewirkungen zusammengefasst werden, welches vor allem den Gemeinden als Grundlage für die konkrete Massnahmenplanung dienen wird.

Art des Projekts: Ressortforschung

Stand: laufend

Abschlussstermin: 1996

Kontaktadresse: Bundesamt für Zivilschutz
Vizedirektor Bruno Hofstettler
Monbijoustr. 91
3003 Bern
Tel. 031 61 51 55
Fax 031 61 52 36

Autoren: Costa, Stefan; Müller, Daniel; Schaer, Andreas

Titel: Die sicherheitspolitische Diskussion im Parlament seit dem Erscheinen des Berichts 90

Kurzbeschreibung: Auswirkungen des Berichtes des Bundesrates zur schweizerischen Sicherheitspolitik vom 1. Oktober 1990 (Bericht 90) auf die Diskussion und den Ent-

Art des Projekts: scheidfindungsprozess des Parlaments in der Periode Sommer 1991 bis Herbst 1992
Seminararbeit, FSP Universität Bern
Stand: abgeschlossen
Kontaktadresse: Andreas Schaer
Chutzenstrasse 44
3007 Bern
Tel. 031 45 98 62

Autor: Danspeckgruber, Wolfgang F.
Titel: Neutrality or The Concept and Policy of Classical Permanent Neutrality in Europe and Contemporary Challenges - the Example of Technology
Art des Projekts: Dissertation
Kontaktadresse: c / o Programme for Strategic and International Security Studies
Graduate Institute for International Studies
132, Rue de Lausanne
Case postale 32
1211 Genf

Autor: Diethelm, Robert
Titel: Beiträge der Schweiz zu friedenserhaltenden Operationen
Kurzbeschreibung: Analyse der Entwicklungen im Bereich der friedenserhaltenden Operationen von Völkerbund, Uno, KSZE und der diesbezüglichen Haltung der Schweiz
Art des Projekts: Dissertation
Stand: laufend
Abschlussstermin: 1996
Kontaktadresse: Robert Diethelm
Hochschule St. Gallen
Bodanstrasse 4
9000 St. Gallen
Tel. 071 30 24 37

Autoren: Diverse
Titel: A-Waffen, Einwirkungen und Schutz

- Kurzbeschreibung:** Bearbeitung wissenschaftlich-technischer Aspekte der nuklearen Bedrohung:
- Verfolgen der Entwicklung bei A-Abrüstung und A-Verifikation
- Abschätzen der Bedeutung und Gefährdung durch nukleare Proliferation, Sabotage- oder Terrorhandlungen und Erpressungsmöglichkeiten. Durchführung von Grundlagenarbeiten auf dem Gebiet der bei A-Explosionen auftretenden Effekte und des Schutzes vor diesen Auswirkungen
- Art des Projekts:** Projekt im Rahmen des Langfristigen Forschungsplans der GRD, EMD
- Stand:** laufend
- Kontaktadresse:** Dr. M. Keller
Gruppe für Rüstungsdienste
AC-Laboratorium Spiez
3700 Spiez
Tel. 033 55 11 11
Fax 033 55 25 91
- Publikationen:** Anet, Bernard, Das Nuklearerbe der Sowjetunion, eine Dokumentation, Januar 1992.
Anet, Bernard, Die nukleare Bedrohung im Wandel, Bericht ACLS 9315, April 1993.
- Veranstaltung:** Für Herbst 1993 ist die Organisation einer Tagung von Fachexperten im Rahmen des Forschungsprojektes über das Thema "Entwicklungen im Bereich der nuklearen Bedrohung und ihre Rückwirkungen auf die Sicherheitspolitik in der Schweiz" vorgesehen.
-

- Autoren:** Diverse
- Titel:** BC-Waffen, Einwirkungen und Schutz (technische Bedrohungsanalyse)
- Kurzbeschreibung:** Laufende Beurteilung wissenschaftlich-technischer Aspekte der Bedrohung durch aktuelle und potentielle chemische Kampfstoffe. Erarbeitung von Grundlagen für Schutzmassnahmen, umfassend den Nachweis, den physikalischen und medikamentösen Schutz, die Entgiftung; dazu Aspekte der Proliferationsrisiken.
- Art des Projekts:** Projekt im Rahmen des Langfristigen Forschungsplans der GRD, EMD
- Stand:** laufend

Kontaktadresse: Dr. U. Huber
Gruppe für Rüstungsdienste
AC-Laboratorium Spiez
3700 Spiez
Tel. 033 55 11 11
Fax 033 55 25 91

Publikationen: Diverse interne Arbeitspapiere

Veranstaltung: 1994: Tagung zum Thema Filtration von aerosol- und gasförmigen Luftschadstoffen

Autoren: Diverse

Titel: Bearbeitung von Problemen der Verifikation im Zusammenhang mit dem Chemiewaffenübereinkommen

Kurzbeschreibung: Bearbeiten verschiedener Teilaspekte wie Verifikationsprozedere, Anforderungsprofile der Inspektoren und deren Ausbildung, Evaluieren von geeigneten Analysemethoden und -geräten und Implementation des Übereinkommens in der Schweiz

Art des Projekts: Projekt im Rahmen des Langfristigen Forschungsplans der GRD, EMD

Stand: laufend

Abschlussstermin: 1996

Kontaktadresse: H. Staub
Gruppe für Rüstungsdienste
AC-Laboratorium Spiez
3700 Spiez
Tel. 033 55 11 11
Fax 033 55 25 91

Publikationen: Diverse Arbeitspapiere

Autoren: Diverse

Titel: Szenarien von Armee-Einsätzen unterhalb der Kriegsschwelle

Kurzbeschreibung: Einsatzszenarien und Problemerkataloge

Art des Projekts: Private Trägerschaft

Stand: laufend

Abschlussstermin: Ende 1993

Kontaktadresse: Josef Inauen
Eidgenössische Militärbibliothek
Forschungsdienst
3003 Bern
Tel. 033 67 50 95
Fax 033 67 50 93

Publikation: Publikation im Rahmen der Vereinigung Schweizerischer Nachrichtenoffiziere

Autoren: Diverse
Titel: Umfassende Risikoanalyse der Schweiz
Kurzbeschreibung: Das Projekt "Umfassende Risikoanalyse" wurde zur Beantwortung der Kommissionsmotion "Periodischer Bericht zur Sicherheitspolitik" sowie der Postulate "Risikoanalyse" und "Militärische Verwundbarkeit der schweizerischen Industriegesellschaft" konzipiert. Es soll eine periodische, sowohl die machtpolitischen als auch die übrigen existentiellen Gefahren berücksichtigende sicherheitspolitische Lagebeurteilung ermöglichen.

Art des Projekts: Ressortforschung
Stand: laufend
Abschlussstermin: 1994
Kontaktadresse: Dr. Herbert Braun
Chef Sektion Grundlagenstudien
Zentralstelle für Gesamtverteidigung
3003 Bern
Tel. 031 324 40 16

Autor: Fajnor, Michael
Titel: Multilaterale Anstrengungen zur Kontrolle konventioneller Rüstungstransfers und die Schweiz
Kurzbeschreibung: Zusammenfassende Darstellung aller laufenden multilateralen Bemühungen um die Kontrolle des Exports konventioneller Rüstungsgüter / Dual-Use-Güter sowie des Transfers relevanter Technologien. Perspektiven für die 90er Jahre. Vorschläge für verbesserte Kontrollmechanismen. Mitwirkungsmöglichkeiten der Schweiz

Art des Projekts: Ressortforschung
Stand: laufend
Abschlussstermin: März 1994

Kontaktadresse: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse FSK
ETH-Zentrum SEU
8092 Zürich
Tel. 01 632 40 27
Fax 01 363 91 96

Publikation: Vorgesehen im Rahmen der "Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung" im Frühling / Sommer 1994.

Autoren: Friedli, Richard; Jaeggi, Christian; Gebhardt, Günther

Titel: Zum Einfluss spirituell / religiöser Erfahrungen in Konfliktsituationen

Kurzbeschreibung: Empirische Studie zur Friedenserziehung

Art des Projekts: Nationalfonds-Projekt (historischer Teil der Dissertation von Günther Gebhardt)

Stand: abgeschlossen

Kontaktadresse: Institut für Religionswissenschaft
Universität Miséricorde
1700 Freiburg
Tel. 037 21 94 78
Fax Universität: 037 21 97 03
Prof. Richard Friedli
C. P. 556
1762 Givisiez
Tel. 037 26 44 32

Publikationen: Friedli, Richard, Arrogantes Christentum, fundamentalistischer Islam. Droht ein neuer Religionskonflikt? in: Bächler G. / Steinweg R. / Truger A., Das neue Chaos der nationalen Egoismen. Friedensforscher zur Lage, 1993.

Veranstaltungen: Vorgesehen bei der Veröffentlichung der Studie, voraussichtlich Frühjahr 1994.

Autor: Gabriel, Jürg Martin

Titel: La neutralidad en el mundo contemporaneo

Art des Projekts: Beiträge und Berichte des Instituts für Politikwissenschaft / HSG, 191

Stand: abgeschlossen

Kontaktadresse: J.M. Gabriel
Institut für Politikwissenschaft

Bodanstr. 4
9000 St. Gallen

Autor: Gabriel, Jürg Martin
Titel: Swiss Neutrality 1945-90: Success or Failure?
Art des Projekts: Beiträge und Berichte des Instituts für Politikwissenschaft / HSG, 192
Kontaktadresse: J.M. Gabriel
Institut für Politikwissenschaft
Bodanstr. 4
9000 St. Gallen

Autor: Gabriel, Jürg Martin
Titel: Transitional Authority
Art des Projekts: Beiträge und Berichte des Instituts für Politikwissenschaft / HSG, 201
Stand: laufend
Abschlussstermin: 1993
Kontaktadresse: J.M. Gabriel
Institut für Politikwissenschaft
Bodanstr. 4
9000 St. Gallen

Autor: Gabriel, Jürg Martin
Titel: Die Überwindung des Kriegszustandes
Art des Projekts: Beiträge und Berichte des Instituts für Politikwissenschaft / HSG, 200
Stand: laufend
Abschlussstermin: 1993
Kontaktadresse: J.M. Gabriel
Institut für Politikwissenschaft
Bodanstr. 4
9000 St. Gallen

Autor: Gabriel, Jürg Martin
Titel: Wirtschaftssanktionen: Begriffe, Faktoren, Theorien
Art des Projekts: Beiträge und Berichte des Instituts für Politikwissenschaft / HSG, 184
Stand: abgeschlossen

Kontaktadresse: J.M. Gabriel
Institut für Politikwissenschaft
Bodanstr. 4
9000 St. Gallen

Autor: Gabriel, Jürg Martin
Titel: Wirtschaftssanktionen: Drittstaaten und Neutrale
Art des Projekts: Beiträge und Berichte des Instituts für Politikwissenschaft / HSG, 185
Stand: abgeschlossen
Kontaktadresse: J.M. Gabriel
Institut für Politikwissenschaft
Bodanstr. 4
9000 St. Gallen

Autor: Goetschel, Laurent
Titel: Zwischen kommunikativer Effizienz und politischer Legitimität. Die Information der Schweizer Behörden im Hinblick auf die Volksabstimmung über den EWR-Vertrag vom 6. Dezember 1992
Art des Projekts: Dissertation
Kontaktadresse: c / o Programme for Strategic and International Security Studies
Graduate Institute for International Studies
132, Rue de Lausanne
Case postale 32
1211 Genf

Autoren: Haltiner, Karl W.; Bertossa, Luca
Titel: Stand der sicherheitspolitischen Information in der schweizerischen Bevölkerung
Kurzbeschreibung: Empirische Untersuchung zum Thema "Sicherheitspolitische Information in der schweizerischen Bevölkerung" am Beispiel der wehrpolitischen Initiativen 1993
Art des Projekts: Ressortforschung
Stand: abgeschlossen

Kontaktadresse: MFS / ETHZ
Steinacherstr. 101b
8804 Au / Wädenswil
Tel. 01 782 11 22
Fax 01 781 30 77

Autor: Haltiner, Karl W.; Spillmann, Kurt R.
Titel: Sicherheitspolitik im Spiegel der öffentlichen Meinung - Einstellungen und ihre Hintergründe
Art des Projekts: Ressortforschung laufend seit 1990
Publikationen: "Sicherheit 1991 - Ergebnisse einer Repräsentativbefragung". Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft Nr.18, Zürich 1991.
"Sicherheit 1993 - Ergebnisse einer Repräsentativbefragung". Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft Nr. 30, Zürich 1994.
Kontaktadressen: Dr. Karl W. Haltiner
MFS / ETHZ
Steinacherstr. 101b
8804 Au / Wädenswil
Tel. 01 782 11 22
Fax 01 781 30 77
Prof. Dr. Kurt R. Spillmann
Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse FSK
ETH-Zentrum SEU
8092 Zürich
Tel. 01 632 40 25
Fax 01 363 91 96

Autor: Hättenschwiler, P., Forschungsgruppe für Ernährungssicherung, Institut für Informatik IIUF der Universität Fribourg
Titel: ESSA, Ernährungssicherungs-Strategie Angebotslenkung
Kurzbeschreibung: PC-Modell zur Berechnung der kostenminimalen Umstellung der landwirtschaftlichen Produktion im Falle einer massiven Nahrungsmittelversorgungskrise
Art des Projekts: Ressortforschung
Stand: laufend
Abschlussstermin: 1996

Kontaktadresse: Geschäftsstelle des Ernährungsamts
G. Lötscher
Belpstrasse 53
3003 Bern

Autor: Heinimann, Hansruedi
 Titel: FLAM-Naturgefahren
 Kurzbeschreibung: Naturgefahren dokumentieren, analysieren und bewerten und die Ergebnisse umsetzen
 Art des Projekts: Ressortforschung
 Stand: laufend
 Abschlussstermin: 1995
 Kontaktadresse: Prof. Dr. Hansruedi Heinimann
 ETH-Zentrum D-WAHO
 8092 Zürich
 Tel. 01 632 32 35
 R. Baumann
 Tel. 031 67 78 38
 Fax 031 67 78 66
 Publikation: Referat vom 29.4.1993 an einer Tagung der forstlichen Arbeitsgruppe Naturgefahren
 Veranstaltungen: Dezember 1993: Zwischenbericht

Autoren: Kissling, Christian; Peter, Hans-Balz, Ökumenische Arbeitsgruppe Sicherheitspolitik
 Titel: Friedensethik vor neuen Herausforderungen. Zur Beurteilung supranationaler Sicherheitspolitiken
 Kurzbeschreibung: Beurteilung der Teilnahme der Schweiz an supranationalen Sicherheitssystemen aus ethischer Sicht
 Art des Projekts: Private Trägerschaft
 Stand: laufend
 Abschlussstermin: 1994
 Kontaktadressen: Dr. Chr. Kissling Prof. Dr. H.- B. Peter
 Justitia et Pax Institut für Sozialethik
 Postfach 6872 Sulgenauweg 26
 3001 Bern 3007 Bern
 Tel. 031 381 59 55 Tel. 031 372 25 14
 Fax 031 381 83 49 Fax 031 371 54 18
 Veranstaltung: Teilnahme an der Tagung der Schweizerischen Friedensstiftung vom 29. / 30.10.1993

Autor: Kläy, Dieter
Titel: Perestrojka in der Sowjetarmee - eine empirische Analyse der sowjetischen Militärpresse unter Gorbatschow 1985-1991
Kurzbeschreibung: Eine Standortbestimmung der Sowjetunion in den achtziger Jahren leitet den ersten Teil dieser Studie ein. Die Chronologie der wichtigsten innen- und ausenpolitischen Ereignisse soll den Annäherungsprozess an westliche Positionen veranschaulichen. Besonders wird auf die sicherheitspolitische Dimension und die Doktrindebatte hingewiesen. Im zweiten Teil wird die wissenschaftliche Basis zur Untersuchung geliefert. Der dritte und vierte Abschnitt fassen zusammen und beurteilen die Lage. Ausbildung, Demokratie, Disziplin, Führung, Nationalitätenproblematik, Recht, soziale Dimension, Strukturentwicklung, Taktik und Technologie bilden die Kernpunkte der Untersuchung. Im fünften Teil werden mögliche Zukunftsszenarien diskutiert. Der letzte Abschnitt schliesst mit einer Beurteilung der Auswirkungen auf die Schweiz.

Art des Projekts: Dissertation
Stand: abgeschlossen
Kontaktadresse: Militärische Führungsschule ETHZ
Steinacherstr. 101b
8804 Au / Wädenswil
Tel. 01 782 11 22
Fax 01 781 30 77

Autor: KOF - ETHZ / FAI Universität Basel
Titel: Arbeitskräftebedarf und -angebot in Krisenzeiten
Kurzbeschreibung: PC-Modell zur Simulation von Versorgungsstörungen und zur Berechnung der Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt

Art des Projekts: Ressortforschung
Stand: laufend
Abschlussstermin: Erweiterung und Aktualisierung der Daten 1993 / 94
Kontaktadresse: Geschäftsstelle des Arbeitsamts
Dr. P. Wehrli
Belpstrasse 53
3003 Bern

Autor: Köppel, Thomas
Titel: Auf dem Weg zur Doppelstrategie: Geschichte der schweizerischen Sicherheitspolitik 1945-1973
Art des Projekts: Lizentiatsarbeit
Stand: abgeschlossen
Kontaktadresse: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse FSK
Kernstudiengruppe Schweizerische Sicherheitspolitik
ETH-Zentrum SES
8092 Zürich
Tel. 01 632 39 65
Fax 01 364 00 69

Autor: Kux, Stephan
Titel: Cooperation and Conflict in the Commonwealth of Independent States
Kurzbeschreibung: Die Studie untersucht die grösseren Zusammenhänge und Entwicklungslinien der Aussen- und Sicherheitspolitik der sowjetischen Nachfolgestaaten. Unterschieden wird zwischen der innenpolitischen, interrepublikanischen und internationalen Beziehungsebene. Dabei zeichnet sich eine zunehmende Regionalisierung der Entwicklungen in der GUS ab.
Art des Projekts: Volkswagen-Stiftung
Stand: laufend
Abschlussstermin: September 1993
Kontaktadresse: Dr. Stephan Kux
Forschungsstelle für Politische Wissenschaft
Wiesenstr. 9
8008 Zürich
Tel. 01 257 31 16
Fax 072 72 30 76
Publikation: Conflict and Confederalism in the Commonwealth of Independent States, in: Jens-Joachim Hesse (Hrsg.), The Costs and Benefits of Federalism, Oxford University Press, Oxford, 1993.

Autor: Kux, Stephan
Titel: Revolution und Aussenpolitik: Der aussen- und sicherheitspolitische Wandel am Beispiel der UdSSR
Kurzbeschreibung: Der Zerfall der UdSSR ist das Resultat der aussen- und sicherheitspolitischen Neuorientierung und des

politischen und wirtschaftlichen Niedergangs im Innern. Die Studie untersucht das Zusammenwirken dieser Faktoren auf nationaler und internationaler Ebene und zeichnet den Übergang vom Primat der Aussenpolitik zum Primat der Innenpolitik nach.

Art des Projekts: Habilitation
Stand: laufend
Abschlussstermin: Dezember 1993
Kontaktadresse: Dr. Stephan Kux
Forschungsstelle für Politische Wissenschaft
Wiesenstr. 9
8008 Zürich
Tel. 01 257 31 16
Fax 072 72 30 76

Autor: Kux, Stephan
Titel: Der Wandel der Aussen- und Sicherheitspolitik der USA nach dem Kalten Krieg
Kurzbeschreibung: Nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation durchläuft die Aussen- und Sicherheitspolitik der USA eine tiefgreifende Neuorientierung. Das Buch versucht die Positionen in der aussen- und sicherheitspolitischen Debatte nachzuzeichnen und die konzeptuelle Weiterentwicklung darzustellen.
Stand: laufend
Abschlussstermin: September 1994
Kontaktadresse: Dr. Stephan Kux
Forschungsstelle für Politische Wissenschaft
Wiesenstr. 9
8008 Zürich
Tel. 01 257 31 16
Fax 072 72 30 76

Autor: Linke, Manfred
Titel: Schweizerische Aussenpolitik 1945-1989
Kurzbeschreibung: Eine von amtlichen Verlautbarungen des Bundesrates ausgehende, kommentierte Übersicht
Art des Projekts: Dissertation
Stand: laufend
Abschlussstermin: 1994
Kontaktadresse: Manfred Linke
Institut für Politikwissenschaft

Dufourstr. 45
9000 St. Gallen
Tel. 071 30 26 02
Fax 071 30 26 05

Autor: Mantovani, Mauro
Titel: Nato-Mitglied Schweiz? Implikationen einer sicherheitspolitischen Integration der Schweiz
Kurzbeschreibung: Die Studie versucht, im Sinne der Auslotung einer der bundesrätlichen Optionen, erste Antworten auf die Fragen zu geben, welche mit einem hypothetischen Beitritt der Schweiz zur Nato verbunden wären: Welche Voraussetzungen muss ein Kandidat gemäss Nato-Vertrag erfüllen, welche Erwartungen bestehen in politischer und militärischer Hinsicht von seiten der Bündnispartner, welches wären die Rückwirkungen auf die schweizerische Sicherheitspolitik und Armee, und worin könnten spezifisch schweizerische Beiträge bestehen?
Art des Projekts: Grundlagenforschung
Abschlussstermin: Januar 1994
Kontaktadresse: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse FSK
ETH-Zentrum SEU
8092 Zürich
Tel. 01 632 40 27
Fax 01 363 91 96
Publikation: Vorgesehen im Rahmen der "Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung" im Frühling 1994

Autor: Martin, Marc
Titel: La coopération entre les pays européens de l'OTAN dans le développement d'armes: Une étude de cas: Le MRCA Tornado
Art des Projekts: Dissertation
Kontaktadresse: c / o Programme for Strategic and International Security Studies
Graduate Institute for International Studies
132, Rue de Lausanne
Case postale 32
1211 Genf

Autor: Meiers, Franz-Josef
Titel: Die Zukunft der Nuklearwaffen nach dem Ende des Kalten Krieges
Kurzbeschreibung: Im Mittelpunkt der Studie stehen drei Themenkomplexe:
1. Die Veränderungen in der amerikanischen Nukleardoktrin "from massive retaliation to discriminate deterrence", die einhergeht mit grundlegenden waffentechnologischen Veränderungen ("conventionalization")
2. Die Zukunft der strategischen Rüstungskontrolle nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion
3. Die Zukunft der nuklearen Abschreckung in Europa: Von der Modernisierung zur De-Nuklearisierung, die Rolle von "extended deterrence"
Art des Projekts: Volkswagen-Stiftung, Hannover (D)
Stand: laufend
Abschlussstermin: September 1994
Kontaktadresse: Tel. 022 731 17 30
Fax 022 738 35 82
Publikation: geplant (vermutlich in Englisch)

Autoren: Meiers, Franz-Josef; Goetschel, Laurent
Titel: Bedingungen und Konturen eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems
Kurzbeschreibung: In einem historischen Vergleich werden die grundlegenden sicherheitspolitischen Zielvorstellungen der wichtigsten Akteure in der Zwischenkriegszeit und in der Periode des Kalten Krieges herausgearbeitet und die Versuche ihrer Umsetzung in politische Realität bzw. die Gründe ihres Scheiterns analysiert. Das Interesse richtet sich dabei auf die Frage, ob und wenn ja welche historischen Lehren für die Gegenwart und Zukunft europäischer Sicherheit gezogen werden können.
Art des Projekts: Nationalfonds-Projekt
Stand: abgeschlossen
Kontaktadresse: Tel. 022 731 17 30
Fax 022 738 35 82

Publikation: Bedingungen europäischer Sicherheit. Von der Versailler Friedensordnung bis zum Ende des Kalten Krieges, Bern 1993.

Autoren: Nicolas, Georges; Parker, Geoffrey; Wanders, Anne-Christine
Titel: Géopolitique des Europes
Kurzbeschreibung: Etude sur l'avenir de l'Europe tel qu'il est vu par les gouvernements européens, dans le but d'élaborer un "Atlas des Futurs géopolitiques des Europes"
Sources: discours des responsables politiques au pouvoir dans les pays du continent européen
Art des Projekts: Nationalfonds-Projekt
Stand: laufend
Abschlussstermin: Oktober 1994
Kontaktadresse: Université de Lausanne
Institut de recherches interdisciplinaires
BFSH 2
1015 Lausanne-Dorigny
Tel. 021 692 47 38
Fax 021 692 47 99
Publikation: Atlas des futurs géopolitiques des Europes.

Autor: Pallinger, Zoltan Tibor
Titel: Aussenpolitik im Postkommunismus: Ungarn
Kurzbeschreibung: Neuere Entwicklungen in der ungarischen Aussen- und Sicherheitspolitik
Art des Projekts: Dissertation
Stand: laufend
Abschlussstermin: 1996
Kontaktadresse: Zoltan Tibor Pallinger
Hochschule St. Gallen
Bodanstrasse 4
9000 St. Gallen
Tel. 071 30 24 36

Autor: Ries, Tomas
Titel: Finland's Security Policy after the USSR
Kurzbeschreibung: Suivre l'évolution de la politique de sécurité de la Finlande après 1985
Art des Projekts: privé

Stand: laufend
Kontaktadresse: Tomas Ries
ITC-HEI
Box 36
1211 Genf 21
Tel. 022 731 17 30
Fax 022 738 35 82

Autor: Ries, Tomas
Titel: The New Security-Political Environment in the North after the Fall of the USSR
Kurzbeschrieb: Analyser les nouveaux problèmes de sécurité au nord après la chute de l'URSS, court terme (pollution, migration, crime) et moyen terme (évolution politique et militaire en Russie, dangers potentiels, tels guerre civile, etc.)
Art des Projekts: Europaprogrammet, Oslo, Norwegen
Stand: laufend
Abschlussstermin: Rapports prévus Septembre 1993, Mars 1994
Kontaktadresse: Tomas Ries
ITC-HEI
Box 36
1211 Genf 21
Tel. 022 731 17 30
Fax 022 738 35 82
Publikationen: Articles: "Nordic Integrity in a New Europe." *International Defense Review*, Vol. 24 No. 7, July 1991, pp. 760-762.
"Säkerhetspolitik i omvandling." *Att Välja Väg*, Helsinki, Söderströms, 1991, pp. 109-122.
"Russia's Military Inheritance." *International Defense Review*, Vol. 25 No. 3, March 1992, pp. 223-226.

Autor: Ries, Tomas
Titel: Soviet Strategic Nuclear Interests and Soviet Policy towards the Nordic Region 1955-1985
Kurzbeschrieb: 1. Evolution de la stratégie nucléaire soviétique 1955-1985
2. Conséquences politiques et militaires pour les pays nordiques
Art des Projekts: Dissertation
Stand: abgeschlossen

Kontaktadresse: Tomas Ries
ITC-HEI
Box 36
1211 Genf 21
Tel. 022 731 17 30
Fax 022 738 35 82

Publikationen: Soviet Strategic Interests in the Arctic. (avec Gén. T. Huitfeldt et Maj. G. Øyna) *Forsvarsstudier*, No. 4, Oslo: IFS, August 1992, 274 p.

Autoren: Riklin, Alois; Eugster, Markus
Titel: Militärische Verteidigung im Urteil der Schweizer
Art des Projekts: Beiträge und Berichte des Instituts für Politikwissenschaft / HSG, 197
Stand: abgeschlossen
Kontaktadresse: Institut für Politikwissenschaft
Hochschule St. Gallen
Dufourstrasse 45
9000 St. Gallen
Tel. 071 30 26 00
Fax 071 30 26 05

Autoren: Riklin, Alois; Eugster, Markus
Titel: Neutralität
Art des Projekts: Beiträge und Berichte des Instituts für Politikwissenschaft / HSG, 194
Stand: abgeschlossen
Kontaktadresse: Institut für Politikwissenschaft
Hochschule St. Gallen
Dufourstrasse 45
9000 St. Gallen
Tel. 071 30 26 00
Fax 071 30 26 05

Autoren: Riklin, Alois; Eugster, Markus
Titel: Nichtmilitärische Verteidigung im Urteil der Schweizer
Art des Projekts: Beiträge und Berichte des Instituts für Politikwissenschaft / HSG, 180
Stand: abgeschlossen

Kontaktadresse: Institut für Politikwissenschaft
Hochschule St. Gallen
Dufourstrasse 45
9000 St. Gallen
Tel. 071 30 26 00
Fax 071 30 26 05

Autoren: Riklin, Alois; Eugster, Markus
Titel: Schweizerische Neutralität vor der europäischen
Herausforderung
Art des Projekts: Beiträge und Berichte des Instituts für Politikwis-
senschaft / HSG, 177
Stand: abgeschlossen
Kontaktadresse: Institut für Politikwissenschaft
Hochschule St. Gallen
Dufourstrasse 45
9000 St. Gallen
Tel. 071 30 26 00
Fax 071 30 26 05

Autor: Roder, Peter
Titel: Chemieereignis-Datenbank
Kurzbeschreibung: Abklärungen bezüglich interessierter Benutzer in der
Schweiz und Datenlieferanten. Erarbeitung eines
Anforderungsprofils und Vergleich mit bestehenden
Datenbanken. Übernahme der Datenbank PC-FACTS
von TNO, Apeldoorn NL, unter Vereinbarung einer
gegenseitigen Zusammenarbeit auf dem Gebiet
Chemiesicherheit, Chemiesüßfälle. Recht zur
gesamtschweizerischen Nutzung der Datenbank mit
der Durchführung von Recherchen.
Art des Projekts: Projekt im Rahmen C-Sicherheitsfragen, GRD, EMD
Stand: laufend
Abschlussstermin: Datenbank funktionell ab Herbst 1993
Kontaktadresse: Dr. P. Roder
Gruppe für Rüstungsdienste
AC-Laboratorium Spiez
3700 Spiez
Tel. 033 55 11 11
Fax 033 55 25 91
Publikationen: Informationsschreiben an interessierte Kreise sowie
diverse Arbeitspapiere im AC-Laboratorium Spiez

Veranstaltung: Fachseminar im Rahmen des Polyprojekts "Risiko und Sicherheit technischer Systeme" der ETH Zürich, 18.10.93

Autoren: Ruloff, Dieter; Vagenas, Constantin
Titel: Europe in a changing International Security Environment. Can Europe play the new role required of it?
Kurzbeschreibung: Following the fundamental structural change in the international system that has been taking place since the end of the Cold War, Europe is having to face new and increasingly complex challenges, especially in the security field. Western Europe will increasingly be confronted with trying to contain the spillover effects of the instability in the areas to the east and south of its borders. Europe will have to play a far greater role in providing for its own security needs. But is it capable of playing this role? The project tries to discuss this main question.
Art des Projekts: Universitätsforschung
Stand: laufend
Abschlussstermin: Dezember 1993
Kontaktadresse: Forschungsstelle für Politische Wissenschaft
Abt. Internationale Beziehungen
Wiesenstr. 9
8008 Zürich
Tel. 01 257 31 15 / 16
Publikation: Paper presented on the ISA

Autor: Schaller, André
Titel: Die Teilnahme der Schweiz an den gegen Irak gerichteten wirtschaftlichen Massnahmen der Uno
Art des Projekts: Beiträge und Berichte des Instituts für Politikwissenschaft / HSG, 181
Stand: abgeschlossen
Kontaktadresse: Institut für Politikwissenschaft
Hochschule St. Gallen
Dufourstrasse 45
9000 St. Gallen

Autor: Schweizerisches Afghanistan-Archiv

Titel: Zukunft Afghanistans
Art des Projekts: Private Trägerschaft
Kontaktadresse: Stiftung - Fondation Bibliotheca Afghana
Schweizerisches Afghanistan-Archiv
Benzburweg 5
4410 Liestal
Tel. 061 921 98 38
Publikationen: Strategischer Überfall - das Beispiel Afghanistan
(Quellenband, Teil I bereits erschienen, Teil II im Druck)

Autor: Senn, Hans
Titel: Dissuasionsstrategie während des Zweiten Weltkrieges (Band VII der Reihe "Der Schweizerische Generalstab", hg. von Helbing und Lichtenhahn, Basel)
Kurzbeschrieb: Im Vordergrund stehen Darstellung und Beurteilung des militärischen Führungsapparates und der von ihm getroffenen Massnahmen. Diese werden unter Einbezug der übrigen Elemente wie Moral, Wirtschaft, Finanzen, Diplomatie, nachrichtendienstliche Funktionen und Gute Dienste auf ihren dissuasiven Wert untersucht.
Art des Projekts: Nationalfonds-Projekt
Abschlussstermin: 1995
Kontaktadresse: Dr. Hans Senn
Vorackerweg 35
3073 Gümligen
Tel. 031 951 74 17
Publikationen: Krieg und Gebirge. Der Einfluss der Alpen und des Juras auf die Strategie im Laufe der Jahrhunderte, Kapitel "Vom Versailler Vertrag bis heute", Neuenburg 1988.
Die Geschichte der schweizerischen Landesbefestigung, Kapitel "Die Epoche von 1921 bis 1945", Orell Füssli, Zürich 1992.

Autor: Spillmann, Markus
Titel: Die Verwundbarkeit von Staaten / Der Einfluss exogener Faktoren auf das Länderrisiko
Kurzbeschrieb: In den internationalen Beziehungen bezeichnet ein Länderrisiko jede Veränderung im nationalen und internationalen Umfeld, die einen negativen Einfluss

auf zwischenstaatliche Geschäftsbeziehungen aller Art haben könnte. Die Länderrisiko-Analyse versucht dabei, solche Risiken systematisch und prognostisch einzuschätzen. In Ergänzung zu bestehenden Verfahren setzt sich das Projekt zum Ziel, in einer Pilotstudie ein methodisches Instrumentarium zu entwickeln und empirisch zu überprüfen, das eine Isolation von korrelierenden Risiken erlauben soll. Die Analyse solcher Klumpenrisiken stellt einen ersten Schritt dar, auf dem Hintergrund der modernen Portfolio-Theorie unsystematische Länderrisiken diversifizieren zu können.

Art des Projekts: Lizentiatsarbeit
 Stand: laufend
 Abschlusstermin: Frühling 1994
 Kontaktadresse: Forschungsstelle für Politische Wissenschaft
 Abt. Internationale Beziehungen
 Wiesenstr. 9
 8008 Zürich
 Tel. 01 257 31 15 / 16

Autoren: Spillmann, Kurt R. und Bächler, Günther (Leitung);
 Böge, Volker; Klötzli, Stefan; Lang, Christoph; Libiszewski, Stephan (wiss. Mitarbeiter)
 Titel: Environment and Conflicts Project (ENCOP)
 Kurzbeschreibung: Das Forschungsprojekt untersucht die Beziehungen zwischen anthropogenen Umweltzerstörungen und aktuellen und potentiellen Gewaltkonflikten, vor allem in der Dritten Welt.
 Art des Projekts: Ressortforschung
 Stand: laufend
 Abschlusstermin: Ende 1994
 Kontaktadressen: Prof. Dr. Kurt R. Spillmann
 Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse FSK
 ETH-Zentrum
 8092 Zürich
 Tel. 01 632 40 25
 Fax 01 363 91 96
 Günther Bächler
 Schweizerische Friedensstiftung SFS
 Wasserwerksgasse 7
 3011 Bern

Tel. 031 22 55 82
Fax 031 22 55 83

Publikationen: Im Rahmen des Projektes wird eine Reihe von ENCOP Occasional Papers mit Fall- und Regionalstudien herausgegeben. Bis jetzt wurden acht Studien publiziert. Ausserdem: Ökologische Konflikte im internationalen System und Möglichkeiten der friedlichen Bearbeitung. Münster 1993.

Autoren: Spillmann, Kurt R. (Leitung); Hilfiker, Hanspeter (wiss. Mitarbeiter)

Titel: Integrierte Risikoanalyse

Kurzbeschreibung: Methodologische Vorarbeiten, um ein EDV-Arbeitsinstrument für eine integrierte Risikoanalyse des Systems Schweiz zu entwickeln. Die integrierte Risikoanalyse versteht sich als Weiterentwicklung der klassischen machtpolitischen Sicherheitsanalyse und soll als Grundlage für die sicherheitspolitische Entscheidungsfindung eingesetzt werden.

Art des Projekts: Institutseigene Forschung

Stand: laufend

Kontaktadresse: Prof. Dr. Kurt R. Spillmann
Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse FSK
ETH-Zentrum
8092 Zürich
Tel. 01 632 40 25
Fax 01 363 91 96

Autor: Stiefel, Matthias

Titel: Stratégie de l'aide humanitaire suisse

Kurzbeschreibung: Réflexions sur le contexte national et international changeant de l'aide humanitaire, liens avec coopération ou développement politique humanitaire, politique de sécurité etc., élaboration d'une nouvelle stratégie

Art des Projekts: Ressortforschung

Stand: laufend

Kontaktadresse: c / o Programme d'études stratégiques et de sécurité internationale (PESI)
Graduate Institute for International Studies
132, rue de Lausanne
Case Postale 32
1211 Genève

Publikationen: publications internes

Veranstaltungen: éventuellement en collaboration avec le DDA

Autor: Wicht, Bernard

Titel: Sicherung / Bereitschaft

Kurzbeschreibung: Dokumentation über einige Negativ-Kriegsbeispiele zum Thema Sicherung und Bereitschaft.

Art des Projekts: Mech Div 11 und Eidgenössische Militärbibliothek

Stand: abgeschlossen

Kontaktadresse: Josef Inauen
Eidgenössische Militärbibliothek
Forschungsdienst
3003 Bern
Tel. 033 67 50 95
Fax 033 67 50 93

Forschungsstelle für Sicherheitspolitik, Zürich 1993.

Bulletin 1993
zur schweizerischen Sicherheitspolitik

edited by
Kurt R. Spillmann

Online version provided by the
International Relations and Security Network

A public service run by the
Center for Security Studies at the ETH Zurich
© 1996-2004

